

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

11 25

Séance du conseil communal du 18.12.2025

DE

Gemeinderatssitzung
vom 18. Dezember 2025

P04

FR

Séance du conseil communal
du 18 décembre 2025

P27

EN

Municipal Council meeting
of 18 December 2025

P47



- 📍 1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen
- ☎ +352 31 02 62 - 1
- ✉ reception@strassen.lu
- 🌐 www.strassen.lu
- 📘 Commune de Strassen
- 📷 Strassen_Stroossen
- 🌐 CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg



Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico

Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty

Échevine - LSAP



AREND Anne

Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse

Échevine - déi gréng



BRAUN Laurent

Conseiller - CSV



GIERENZ Tun

Conseiller - CSV



BUTLER Andrew

Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude

Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul

Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie

Conseillère - déi gréng



FISCHER Marc

Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine

Conseillère - DP



THEIN Daniel

Conseiller - DP



KANDEL Nicolas

Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise

Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 18. Dezember 2025

TAGESORDNUNG

1. **Diskussion und Abstimmung über den berechtigten Haushalt 2025 und den Haushaltsvoranschlag 2026.**
2. **Genehmigung des Kostenvoranschlags für den Ausbau des Rathauses.**
3. **Verabschiedung des Masterplans für die Neugestaltung des Ortskerns von Strassen.**
4. **Verabschiedung einer Vereinbarung mit dem Versorgungsunternehmen SUDENERGIE.**
5. **Verkehr:**
 - a) **Änderung des Allgemeinen Verkehrsreglements (Nachtrag 23)**
6. **Änderung der Tarife für Essen auf Rädern.**
7. **Änderung der Tarife für betreutes Wohnen im „Centre Riedgen“.**
8. **Verabschiedung einer Resolution gegen das Kernkraftwerk Cattenom.**
9. **Verabschiedung einer Gebührenordnung für kommunale Einrichtungen.**
10. **Vergabe von Zuschüssen für humanitäre Hilfswerke.**
11. **Urbanismus:**
 - a) **Genehmigung der Vereinbarung und des Ausführungsprojekts im Rahmen des Teilbebauungsplans PAP GAASCHTBIERG TEIL 1**
 - b) **Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des geänderten Gesetzes vom 25.02.2022 über das Kulturerbe**
12. **Verschiedenes.**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Jean Claude Roob (LSAP), Mitglied des Gemeinderats.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung und heißt alle Mitglieder des Gemeinderats zur letzten Sitzung im Jahr 2025 willkommen. Er weist darauf hin, dass es in dieser Sitzung vor allem um die Verabschiedung des Gemeindehaushalts gehen wird. Dann teilt er den Gemeinderatsmitgliedern mit, dass Gemeinderat Jean Claude Roob (LSAP) entschuldigt ist und Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) eine Vollmacht erteilt hat.

1. Diskussion und Abstimmung über den berechtigten Haushalt 2025 und den Haushaltsvoranschlag 2026.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den Hauptpunkt dieser Sitzung ein: die Diskussion und Abstimmung über den berechtigten Haushalt für 2025 sowie den Haushaltsvoranschlag für 2026. Er weist darauf hin, dass der Bericht der Finanzkommission vorgelegt wurde, allerdings nicht ohne einige interne Spannungen innerhalb der Kommission. Er bittet darum, die Prüfung des Haushalts in ruhiger Stimmung anzugehen.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt die technischen Details des Haushaltsplans vor und verweist darauf, dass den Mitgliedern des Gemeinderats bereits in der vorherigen Sitzung der Haushalt vollständig präsentiert wurde. Sie weist jedoch darauf hin, dass vor der Abstimmung noch einige – wenn auch geringfügige – Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Sie beginnt mit dem berechtigten Haushalt für das Haushaltsjahr 2025. Im Kapitel Sonderausgaben muss ein Posten nach oben korrigiert werden: die Pumpstation Helfent. Aufgrund einer unerwarteten Rechnung steigen hier die Kosten um 50.000 Euro, von 1.230.000 auf 1.280.000 Euro.

Darüber hinaus müssen im ordentlichen Haushalt mehrere technische Anpassungen vorgenommen werden. Eine Ausgabe in Höhe von 2.000 Euro wird für den Kauf von Nähmaschinen wieder aufgenommen. Diese sind unverzichtbar um einen reibungslosen Ablauf des ab Februar geplanten Nähkurses für Erwachsene zu gewährleisten. Sie erwähnt außerdem, dass die Reparaturarbeiten an der Straßenbeleuchtung

umfangreicher als erwartet ausfallen und zusätzliche Kosten in Höhe von 30.000 Euro anfallen, sowie 50.000 Euro für außerplanmäßige Straßenreparaturen. Schließlich müssen 14.000 Euro zusätzlich für die Reparatur eines Wasserlecks im Obergeschoss des Verwaltungsgebäudes veranschlagt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die außerordentlichen Ausgaben für 2025 von 41.076.477 auf 41.126.477 Euro steigen, während die ordentlichen Ausgaben von 47.198.599 auf 47.294.599 Euro angehoben werden.

Was den Haushaltsvoranschlag für 2026 angeht, kündigt sie eine spezifische Erhöhung der ordentlichen Ausgaben um 31.000 Euro an, die der Anpassung der Preise für Essen auf Rädern Rechnung trägt, im Einklang mit den vom Centre Riedgen vorgenommenen Anpassungen. Dieser Betrag war im zuvor vorgelegten Haushalt noch nicht berücksichtigt worden. Somit werden die Gesamtausgaben im ordentlichen Haushalt 2026 auf 51.698.000 Euro korrigiert.

Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass für die Abstimmung diese neu angepassten und aufgeführten Beträge gelten.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die jüngsten Änderungen des Haushaltsplans an seiner Einschätzung nichts Grundlegendes ändern. Er betont wie wichtig diese Etappe im Haushaltsverfahren ist, dass der Haushalt nicht nur eine Aneinanderreihung von Zahlen sei, sondern ein echtes Instrument der politischen Steuerung, welches die Prioritäten der Gemeinde und ihre auf lange Sicht angelegte Vision widerspiegele.

Zuerst geht er auf die Einnahmen ein. Er stellt fest, dass der allgemeine Dotationsfonds der Gemeinden (Fonds de dotation globale) im berichtigten Haushalt 2025 um 2,5 % aufgestockt wird, was 1,2 Millionen Euro zusätzlich entspricht, und für 2026 zusätzlich 2 Millionen Euro. Die kommunale Gewerbesteuer verzeichnet einen geringeren Anstieg: 900.000 Euro im Jahr 2025 und 200.000 Euro im darauffolgenden Jahr. Er betont, dass fast 84 % der ordentlichen Einnahmen von solchen Quellen abhängen, auf die die Gemeinde nur wenig Einfluss hat, wodurch

Strassen unvorhersehbaren externen Schwankungen ausgesetzt ist.

Bei den außerordentlichen Einnahmen stellt er im berichtigten Haushalt 2025 einen starken Rückgang von 11,9 auf 5,2 Millionen Euro fest. Dies führt er auf das Ausbleiben gewisser Immobilienverkäufe zurück, insbesondere der ursprünglich auf 5,6 Millionen Euro geschätzten Wohnungen. Diese Beträge werden im Haushalt 2026 erneut in Höhe von 3,7 Millionen Euro ausgewiesen, was seiner Meinung nach bei der Präsentation des Haushaltes zu einem gekünstelten Eindruck führt.

Allerdings begrüßt er die beobachtete Verbesserung hinsichtlich der Beantragung und der Gewährung von Subventionen. Diesbezüglich erwähnt er insbesondere die Renaturierung des Parkplatzes, den Place Pescher, ein Sozialwohnungsbauprojekt, den Skatepark und den Fußballplatz, die alle in erheblichem Umfang bezuschusst wurden.

Auf der Ausgabenseite verzeichnet er im Vergleich zu 2024 einen Anstieg um 5,4 Millionen Euro im berichtigten Haushalt 2025, wobei der ordentliche Haushalt 2026 Ausgaben in Höhe von 51 Millionen vorsieht.

Ein besonderes Augenmerk sollte seiner Ansicht nach auf den Anstieg der Personalausgaben gelegt werden: Im Jahr 2024 wurden 17 zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, was erhebliche Auswirkungen auf die Sozialabgaben hatte. Da die Gemeinde stetig wächst und ihre Infrastruktur sowie ihre Dienstleistungen entsprechend ausgebaut werden, geht er davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird, und weist auf die künftigen Auswirkungen des Arbeitszeitkontos auf diese Ausgaben hin.

Er bedauert zudem, dass für die Jahre 2025 und 2026 keine Mittel in den Haushaltsreservefonds eingebracht wurden, was ihn zu der Empfehlung veranlasst, die ordentlichen Ausgaben strikt zu überwachen.

Im Bereich der außerordentlichen Ausgaben stellt er eine erhebliche Diskrepanz zwischen den bewilligten und den tatsächlich getätigten Ausgaben fest, insbesondere bei Immobilienkäufen: im berichtigten Haushalt 2025 sind 5 Millionen veranschlagt, aber nur 1,5 Millionen für 2026.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) unterstreicht ebenfalls das hohe Niveau an Investitionen, das vom Finanzminister im letzten Haushaltsrundsreiben lobend erwähnt wurde. Er zählt mehrere Großprojekte auf: die neue Schule, ein Parkhaus, das Centre Riedgen, die Modernisierung des Ortskerns von Strassen, Photovoltaikanlagen, Tiny Houses, die Vergrößerung des Rathauses, den Bau des Jugendhauses, die Baustelle Reckenthal, eine neue Leichenhalle, die Verlegung der Apotheke in den Ortskern und schließlich die Vergrößerung der Sporthalle. Diese umfangreiche Liste weckt in ihm Erinnerungen an den Song „I want it all“ der Band Queen, den er implizit als Metapher für die aktuelle Investitionsstrategie heranzieht: wir wollen alles, und wir wollen es sofort.

Was das Aufnehmen neuer Schulden angeht, mahnt er zu mehr Vorsicht und weist darauf hin, dass die Gemeinde zwar offiziell noch schuldenfrei ist, diese Situation sich aber mit der Umsetzung sämtlicher Projekte rasant ändern könnte. Er empfiehlt, die Projekte wohlüberlegt zu staffeln und sie gegebenenfalls an den tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Abschließend weist er darauf hin, dass der berichtigte Haushalt 2025 einen beeindruckenden Überschuss von 16,5 Millionen aufweist, insbesondere dank eines Übertrags von 11 Millionen aus dem Haushaltsjahr 2024. Dank dieses Polsters kann das Jahr 2026 mit größerer Gelassenheit angegangen werden. Hier sieht der Haushalt ebenfalls einen – wenn auch bescheideneren – Überschuss von 840.000 Euro vor. Aufgrund der derzeit eher vorsichtigen Haushaltspolitik hält er es jedoch für möglich, dass der Berichtigungshaushalt 2026 positiver ausfallen könnte. Er verweist auch darauf, dass die Gemeinde nach wie vor über Rücklagen in Höhe von 26 Millionen Euro verfügt.

Abschließend betont er, dass der Haushalt einen langsamen, aber stetigen Anstieg der Einnahmen, einen schnelleren Anstieg der Ausgaben, einen Rückgang der Überschüsse und einen zunehmenden Investitionsdruck spiegelt. Die DP würdigt den Nutzen und die Legitimität vieler Projekte, fordert jedoch eine strikte Festlegung von Prioritäten und einen effizienten Einsatz der Ressourcen, um eine solide Finanzpolitik zu gewährleisten.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Exekutive diese Bedenken teile, insbesondere was die ordentlichen Ausgaben für Löhne und Gehälter angehe. Er betont, dass man bewusst eine Strategie der gestaffelten Projektplanung verfolge, um sich einen gewissen Handlungsspielraum bewahren zu können. Als Beispiel führt er das Fußballstadion an, das ohne Darlehen finanziert wurde, im Gegensatz zur künftigen Schule, einem wesentlich kostspieligeren Projekt, dessen Bau erst in Angriff genommen werde, sobald andere wichtige Posten abgedeckt seien. Er fügt hinzu, dass die Vergrößerung der Sporthalle bewusst aufgeschoben wurde und dass die Leichenhalle sowie das CIPA-Projekt engmaschig überwacht werden.

Schöffin Anne Arend (CSV) pflichtet dem bei und bestätigt, dass eine wichtige Sitzung stattgefunden habe, um die zeitliche Planung der Projekte anzupassen. Die neue Schule stellt eine gewaltige Investition von 50 Millionen dar, und es wird, sowohl aus finanziellen als auch aus logistischen Gründen, alles getan, um zu vermeiden, dass es zu einer zeitlichen Überschneidung bei der Durchführung dieser großen Bauvorhaben kommt. Sie betont zudem, dass im Gegensatz zu den Schulen, für bestimmte Projekte, wie das CIPA, erhebliche Fördermittel gewährt werden.

Abschließend zeigt sich der Bürgermeister erfreut darüber, dass der neue Minister die Finanzierungsmodalitäten überdenken möchte, indem er eine regelmäßige finanzielle Unterstützung einführt, die über die gesamte Dauer der Bauvorhaben hinweg ausgezahlt wird und nicht erst bei deren Abschluss. Die wird die Gemeinden in die Lage versetzen, ihre strukturelle Verschuldung in Grenzen zu halten. Dies zeugt von einem besseren Verständnis der lokalen Gegebenheiten und ist umso willkommener, als dieser Minister die Herausforderungen auf kommunaler Ebene aus erster Hand kennt.

Schöffin Anne Arend (CSV) verweist darauf, dass dieser Grundsatz im Bereich der Sportinfrastrukturen bereits Anwendung findet.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) geht auf mehrere Haushaltsposten ein, zunächst auf die Aufwendungen für Empfänge, die mit über einer Million Euro veranschlagt sind. Er betont, wie beachtlich diese

Summe ist, erst recht in Anbetracht der teilweise umstrittenen Qualität mancher Veranstaltungen. Seiner Meinung nach entsprechen die erbrachten Leistungen nicht immer den dafür aufgewendeten Mitteln. Er hat den Eindruck, dass es zu einer regelrechten Inflation von Veranstaltungen kommt, bei der die Bürger manchmal mit Angeboten übersättigt werden, was auf Kosten der Relevanz und der Qualität geht. Während einige Events – wie das „Stroossen Open Air“ – seiner Auffassung nach ein voller Erfolg sind, werfen andere jedoch ernsthafte Fragen auf.

Er nennt das „Stroossefestival“, das dieses Jahr rund 300.000 Euro gekostet haben soll, dies bei einem eher enttäuschendem Ergebnis. Da die Wetterbedingungen eher ungünstig waren und es kein wirklich geeignetes Konzept gab um bei schlechtem Wetter auf einen anderen Ort ausweichen zu können, seien mehrere Auftritte abgesagt oder nicht wie geplant durchgeführt worden. Gleiches gilt für kleinere Veranstaltungen wie den Tag des Baumes, dessen Kosten im Verhältnis zu dem, was angeboten wird, als unverhältnismäßig hoch angesehen werden: Einen Baum pflanzen und gemeinsam auf ihn anstoßen. Seiner Meinung nach liegen die tatsächlichen Besucherzahlen bei bestimmten Veranstaltungen, wie beispielsweise der „Nuits des Sports“, der Sportnacht, weit unter den Erwartungen, wobei die angegebenen Besucherstatistiken seiner Ansicht nach manchmal wenig repräsentativ sind.

Er findet es bedauerlich, dass trotz wiederholter Misserfolge bei bestimmten Initiativen es nicht zu einem kritischen Hinterfragen kommt. Das Foodtruck-Festival ist ein weiteres Beispiel dafür: Obwohl es früher sehr beliebt war, zieht es seiner Meinung nach heute keine großen Besucherzahlen mehr an. Er fordert die Gemeinde auf, analytischer vorzugehen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis jeder Aktion nüchtern zu prüfen, dies unter Berücksichtigung der Erwartungen einer jungen und weltoffenen Bevölkerung. Er bedauert auch, dass das 175-jährige Jubiläum der Gemeinde nicht als Gelegenheit genutzt wurde, um sowohl den alteingesessenen als auch den neuen Einwohnern die lokale Geschichte näherzubringen.

Anschließend geht er auf Umweltfragen ein und meint, dass die Bemühungen in Sachen Energiewende den erklärten Zielen nicht gerecht werden. Die 2025

tatsächlich getätigten Investitionen lägen deutlich unter dem, was geplant war. Er räumt ein, dass der neue Parkplatz am Fußballplatz mit Solarmodulen ausgestattet ist, sieht jedoch in Strassen, sowohl was die Infrastruktur als auch die globale Energiestrategie angeht, noch viel ungenutztes Potenzial.

Er bedauert, dass es kein intelligentes System zur Regenwassernutzung gibt, insbesondere auf dem Fußballplatz, und dass noch immer Unklarheit dahingehend besteht, wie die Elektrifizierung des kommunalen Fuhrparks vorangetrieben werden soll. Da der Haushaltsposten für Kraftstoffe erhöht wurde, geht er davon aus, dass diese Umstellung noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt.

Er fordert eine ehrgeizige Umweltpolitik, die über rein symbolische Maßnahmen wie das Repair Café hinausgeht. Seiner Ansicht nach ähnelt die derzeitige Strategie eher einer Jagd nach Ökopunkten als einer tatsächlichen Umsetzung von umfassenden und kohärenten Lösungen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass eine Debatte über die Kosten für Bewirtung durchaus angebracht sein könne, weist jedoch die Kritik am „Stroossefestival“ zurück. Seiner Ansicht nach war dies ein gut organisiertes Event. Allerdings bestätigt er, dass das Foodtruck-Festival nicht wieder stattfinden wird, da es seiner Meinung nach nicht mehr den Erwartungen entspricht. Er betont, wie wichtig es ist, weiterhin Veranstaltungen in kleinerem Rahmen zu organisieren, da sie das kulturelle Leben vor Ort bereichern, selbst wenn dabei nicht Hunderte von Besuchern zusammenkommen. Er weist den Vorwurf eines nicht aufeinander abgestimmten Veranstaltungsprogramms zurück und verweist auf positive Rückmeldungen seitens der Bürger, die die professionelle Arbeit der Kulturdienststellen zu schätzen wissen.

Was das 175-jährige Jubiläum von Strassen betrifft, räumt er ein, dass die Veranstaltung länger im Voraus hätte vorbereitet werden können. Er betont jedoch, dass trotz allem eine historische Aufarbeitung in Angriff genommen wurde, um die Geschichte der Gemeinde zu würdigen. Was die Eingliederung ausländischer Einwohner angeht, verweist er auf das Café Babel und die Tatsache, dass bei Veranstaltungen wie der „Marche

gourmande“ eine rege Beteiligung der internationalen Gemeinschaft zu verzeichnen ist.

In Hinblick auf die Energiewende räumt er ein, dass hier mehr Anstrengungen hätten unternommen werden können, fügt jedoch hinzu, dass derzeit innovative Projekte in Arbeit sind, insbesondere rund um das Thema Energiegemeinschaften von Bürgern und einer App zur Überwachung des eigenen Verbrauchs. Er weist darauf hin, dass alle neuen, von der Gemeinde angeschafften kleineren Fahrzeug Elektroantrieb haben. Er räumt jedoch ein, dass Elektro-Kleintransporter hinsichtlich der Nutzlast noch nicht vollständig den Anforderungen entsprechen. Aufgrund dieser technischen Einschränkung, ist es derzeit noch nicht möglich, in diesem Bereich vollständig auf Elektrofahrzeuge umzusteigen.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) meldet sich zu Wort, um sich für die „Nuit du Sport“ einzusetzen. Ihrer Ansicht nach ist diese Veranstaltung ein großer Erfolg und noch dazu relativ kostengünstig. Sie unterstreicht die positive Atmosphäre, insbesondere für die Kinder, und weist die Behauptung zurück, die Besucherzahlen seien überschätzt worden. Was den „Tag des Baumes“ angeht, hebt sie die symbolische Bedeutung hervor, die Familien diesem Ereignis beimessen, welches sie als sinnstiftend erachtet.

Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass das ursprüngliche Budget für den Tag des Baumes auf 20.000 Euro festgesetzt worden war, die Veranstaltung dann jedoch deutlich weniger gekostet habe, nämlich nur rund 10.000 Euro. Diese Kosten begründet sie mit der Anfertigung neuer Tafeln sowie den angebotenen Erfrischungen, und merkt an, dass diese Art von Veranstaltung, die wenig kostet, bei den Teilnehmern aufrichtige Freude weckt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) eröffnet ihre Rede mit der Feststellung, dass sie dankbar dafür ist, in einem Land zu leben, in dem demokratische Debatten frei und ohne Angst vor Repressionen geführt werden können. Sie dankt allen, die an der Aufstellung des Haushaltsplans mitgewirkt haben, insbesondere den Dienststellen der Gemeinde, und spricht auch den lokalen Vereinen ihren Dank aus, die bei der Organisation zahlreicher kommunaler Veranstaltungen helfen.

Sie schließt sich den Aussagen des Gemeinderats Nicolas Kandel (DP) an, was die steigende Anzahl von Veranstaltungen betrifft, was einen erheblichen Einsatz von Gemeindepersonal mit sich bringt. Sie ruft dazu auf, diese Veranstaltungen einer umfassenden Bewertung zu unterziehen, um zu prüfen, inwiefern sie rationalisiert werden können, sowohl um personelle Ressourcen einzusparen als auch um die Qualität und Wirkung bestimmter Initiativen zu verbessern. Sie schlägt vor, dass die Kulturkommission unter dem Vorsitz von Paul Klensch (LSAP) derartige Überlegungen federführend in Angriff nehmen könnte.

Anschließend geht sie auf das Management der großen Infrastrukturprojekte ein, bei dem ihrer Meinung nach der Aspekt Inklusion zu kurz kommt. Sie äußert ihr Bedauern darüber, dass die Mitglieder des Gemeinderats oft erst zu einem späten Zeitpunkt einbezogen werden, wenn die Projekte bereits abgeschlossen sind. Sie plädiert dafür, von Anfang auf engere Zusammenarbeit zu setzen mittels einer gemeinsam erarbeiteten Bedarfsanalyse für die Gemeinde, einer gemeinsamen Ausarbeitung der Lastenhefte und einer gemeinsam durchgeführten Prüfung der architektonischen Varianten und der Finanzdaten. Ihrer Ansicht nach würden mit dieser Methode die Projekte eher als gemeinsames Anliegen wahrgenommen und es käme eher zu einvernehmlichen Haushaltsbeschlüssen, ähnlich wie dies in anderen Gemeinden wie Mondorf-les-Bains oder Bascharage der Fall ist.

Sie erwähnt dabei insbesondere das CIPA-Projekt, welches sie als strategisch wichtig erachtet, das ihr aber noch zu vage ist, insbesondere was eine mögliche Zusammenarbeit mit Bertrange angeht oder die Frage, ob es sinnvoll sein könnte, bestehende Einrichtungen, die nicht voll ausgelastet sind, zu nutzen. Sie schlägt vor, öffentlich-private Partnerschaften in Betracht zu ziehen, um schneller und effizienter auf den Bedarf an Infrastrukturen reagieren zu können. Sie betont zudem, dass die demographische Struktur der Gemeinde, mit einer großen Zahl an jungen Einwohnern, die Relevanz von Investitionen in bestimmte Arten von Einrichtungen langfristig in Frage stellen könnte.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erwähnt auch die Karatehalle, die vom Verband nicht mehr als nationales Zentrum anerkannt wird. Ihrer

Ansicht nach ergibt sich hier die Gelegenheit, die Nutzung der Halle zu überdenken und einen Umbau zu einer Multisportanlage in Betracht zu ziehen. Diese biete mehr Flexibilität und sei auch für andere Sportarten geeignet.

Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass der nationale Karateverband in ein neues Zentrum in Niederanven umzieht, weist jedoch darauf hin, dass die derzeitige Anlage weiterhin für andere Kampfsportarten genutzt werden könnte. Sie teilt mit, dass ein Termin mit dem Sportministerium ansteht, um eine eventuelle Neuausrichtung zu besprechen, und betont, dass diesbezüglich bereits finanztechnische Simulationen durchgeführt werden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) kommt noch einmal auf die Großprojekte zu sprechen und betont, dass der CIPA-Plan von 2023 nach wie vor aktuell ist. Er weist darauf hin, dass die Gespräche mit dem Ministerium hinsichtlich technischer Aspekte weitergeführt werden und dass derzeit Berechnungen durchgeführt werden, insbesondere mit dem derzeitigen Betreiber des Zentrums, Riedgen Sodexo, um die finanzielle Machbarkeit des Projekts zu prüfen. Was die Einbeziehung der Gemeinderäte in die Projekte angeht, räumt er ein, dass die Diskussionen dadurch bereichert werden können, betont jedoch gleichzeitig, dass die technischen Belange von den zuständigen Diensten gehandhabt werden. Er versichert, dass die Gemeinde darauf achtet, dass die Veranstaltungen vernünftig geplant und die Mitarbeiter in angemessenem Maße eingesetzt werden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bekräftigt erneut wie wichtig es ist, von Anfang an mehr Transparenz bei den Projekten zu gewährleisten, insbesondere was die im Rahmen der Ausschreibungen vorgestellten verschiedenen Varianten angeht. Sie äußert ihr Bedauern darüber, dass bestimmte Entscheidungen, wie etwa der Ausbau des Rathauses, ohne klare Alternativen vorgelegt wurden, und würde es begrüßen, wenn die Gemeinderäte die Möglichkeit bekämen, ihr jeweiliges Fachwissen einzubringen, um die Projekte zu bereichern.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) schließt sich diesen Ausführungen an und weist darauf hin, dass

es schwierig sei, eine Beurteilung über ein bereits fertiggestelltes Projekt abzugeben, wenn es keine Vergleichsmöglichkeiten gebe. Er spricht auch wieder die Frage der Übertragung der Gemeinderatssitzungen an und weist darauf hin, dass diese Transparenz in vielen anderen Gemeinden bereits gängige Praxis sei.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass dieses Vorhaben weiterhin aktuell sei, auch wenn dafür noch keine spezifische Haushaltslinie vorgesehen sei. Als erster Schritt könnte eine Teil- oder Testübertragung in Betracht gezogen werden.

Dann reicht Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) im Namen seiner Fraktion offiziell zwei Haushaltsänderungsanträge ein für die Anschaffung und Instandhaltung der für die Übertragung der Sitzungen des Gemeinderats erforderlichen Ausrüstung. Mit dem ersten Antrag soll der Posten „Kauf von IT-Ausrüstung“ von 70.000 auf 100.000 Euro aufgestockt werden. Bei dem zweiten wird eine Erhöhung um 8.000 Euro für die Wartung der Anlagen vorgeschlagen. Er weist darauf hin, dass bei den vorgeschlagenen Beträgen die Inflation bereits berücksichtigt wurde.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) begrüßt ausdrücklich die von der Finanzschöffin Anne Arend (CSV) geäußerte Absicht, künftige Projekte strenger zu überwachen, um sicherzustellen, dass diese ordnungsgemäß abgewickelt werden. Als Beispiel nennt er die Karatehalle, die 2016 eingeweiht, aber nie fachgerecht fertiggestellt wurde. Seiner Meinung nach kann ein Projekt, das auf einem klar definierten Lastenheft basiert erst dann als abgeschlossen angesehen werden kann, wenn alle Vorgaben erfüllt sind. Für jede nachträgliche Änderung oder Verbesserung sollte ein neuer Haushaltsposten vorgesehen werden. Er begrüßt diesen rigorosen Ansatz, den er als sinnvoll erachtet.

Er schließt er sich auch den Ausführungen seiner Kollegen an, insbesondere denen von Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP), und betont die Notwendigkeit einer umfassenden Gesamtsicht. Es gehe nicht nur darum, in bestimmte Einzelprojekte eingebunden zu werden, sondern eine kohärente und abgestimmte Strategie für die Zukunft der Gemeinde auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang nennt er drei Schwerpunktbereiche: den Bedarf an Infrastruktur,

die Bildung strategischer Grundstücksreserven und die finanzielle Tragfähigkeit des Ganzen. Darüber hinaus fügt er einen Faktor hinzu, der seiner Ansicht nach von entscheidender Bedeutung ist, in den Diskussionen jedoch oft zu wenig Beachtung findet: die Lebensqualität.

Laut der im Finanzausschuss genannten Zahlen könnte die Gemeinde mittelfristig bis zu 6.000 zusätzliche Einwohner aufnehmen. Gemäß dieser Prognose würde die Gesamtbevölkerung auf etwa 17.000 oder sogar 18.000 Einwohner ansteigen. Angesichts eines solchen Wachstums hält er eine längerfristige Planung für unabdingbar. Er erwähnt auch die bis 2030 geplante Verlängerung der Tramlinie auf die Route d'Arlon, die die urbane Verdichtung weiter vorantreiben wird. Deswegen ist es seiner Meinung nach dringend notwendig, gemeinsam Überlegungen über die künftige Gestaltung dieses Gebietes anzustellen, und das weit über die rein finanziellen Aspekte des Haushaltsplans hinaus.

In seiner Antwort bestätigt Bürgermeister Nico Pundel (CSV) dass auch er eine Art Saturierung wahrnimmt. Ihm zufolge bringt der Zuzug neuer Einwohner keine Verbesserung der Lebensqualität mehr mit sich, eher ist das Gegenteil der Fall. Er betont, dass Strassen in einem Gebiet mit hohem Bebauungspotenzial innerhalb des zentralen Stadtgebiets liegt und dass ein eventueller konjunktureller Aufschwung die Nachfrage stark ankurbeln könnte. Allerdings ist auch er der Auffassung, dass die Lebensqualität mit 10.600 Einwohnern besser ist als bei den anvisierten 16.600. Auch er ruft dazu auf, bei jeder Entscheidung vor allem auf den Aspekt Lebensqualität zu achten.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) kommt auf den Erwerb von 16 Wohnungen durch die Gemeinde im Rahmen des Teilbebauungsplans PAP Suebelfeld zurück. Sie äußert Vorbehalte angesichts dieses Vorhabens, das sie nicht für sinnvoll hält. Ihrer Ansicht nach ergeben sich daraus zwei knifflige Optionen: Entweder vermietet die Gemeinde diese Wohnungen, und erhält dann 75 % Zuschuss vom Ministerium, oder sie verkauft sie weiter, was die Gemeinde zu einem Akteur auf dem Immobilienmarkt machen würde – eine Rolle, die ihrer Ansicht nach nicht angemessen ist für eine öffentliche Verwaltung.

Sie weist zudem auf den verwaltungstechnischen Aufwand hin, den ein solcher Wohnungsbestand mit sich bringen würde. Es müsste ein Wohnungsamt oder eine Art kommunale Hausverwaltung eingerichtet werden, um die Betreuung, Reparaturen und Instandhaltung sicherzustellen. Sie weist darauf hin, dass die Gemeinde bereits über etwa 50 erschwingliche Wohnungen oder Sozialwohnungen verfügt, und bezweifelt, dass es Sinn mach, noch weitere hinzuzufügen, zumal noch andere Großprojekte umgesetzt werden müssen.

Der Bürgermeister erwidert, dass in der Tat eine Vereinbarung unterzeichnet wurde, die die Gemeinde zum Erwerb dieser Wohnungen verpflichtet. Er weist jedoch darauf hin, dass derzeit noch Gespräche mit sozialen Trägern laufen, damit ein Teil, insbesondere das Hauptgebäude, von Dritten übernommen werden kann. Die übrigen, verstreut liegenden Wohnungen würden wahrscheinlich im Besitz der Gemeinde verbleiben. Er betont, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde sei als Immobilienagentur zu fungieren, und dass sowohl aus finanziellen als auch aus strukturellen Gründen eine gewisse Zurückhaltung geboten sei. Abschließend versichert er, dass das Schöffengericht darauf achten werde, dass diese Kaufpolitik überschaubar und vernünftig bleibt.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) ergreift ihrerseits das Wort, um zunächst die konstruktive Atmosphäre zu loben, in der alljährlich die Haushaltsberatungen im Gemeinderat stattfinden. Sie möchte auf die Punkte eingehen, die ihrer Ansicht nach besondere Beachtung verdienen.

Zunächst erwähnt sie das Engagement der Gemeinde im Bereich der sozialen Solidarität. Vor dem Hintergrund steigender Armut, selbst in einem Land wie Luxemburg, ist es ihrer Meinung nach besonders wichtig, dass diejenigen nicht in Vergessenheit geraten, die sich in einer prekären Lage befinden. Für sie ist sozialer Zusammenhalt nur möglich, wenn jeder daran teilhaben kann – sowohl in materieller als auch in kultureller und sprachlicher Hinsicht. Sie hebt daher die finanziellen Anstrengungen der Gemeinde hervor, die in diesem Jahr rund 1,4 Millionen Euro für soziale Maßnahmen aufwendet, und spricht sich klar gegen jeden Versuch aus, Einsparungen in diesem Bereich vorzunehmen. Sie begrüßt zudem die Investitionen für bezahlbaren

Wohnraum, der ihrer Meinung nach ein wesentliches Standbein ist, um diejenigen zu unterstützen, die sich in einer besonders prekären Lage befinden und fordert, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen mit erschwinglichen Mieten zu gewährleisten.

Anschließend begrüßt sie die für das Bildungswesen und die außerschulischen Einrichtungen bereitgestellten Mittel, die es den Kindern ermöglichen, an kulturellen Ausflügen, spannenden Projekten und pädagogischen Ferienlagern teilzunehmen und eine gute Betreuung zu erhalten. Sie betont, dass es nicht für alle Gemeinden selbstverständlich ist, in diesem Umfang in die Schulen zu investieren. Sie begrüßt zudem die Unterstützung für Jugendliche und Vereine, die sich für Jugendliche engagieren. Ihrer Meinung handelt es sich hierbei um Schlüsselemente wenn es darum geht, die persönliche Entfaltung, die Entwicklung sozialer Kompetenzen und die Chancengleichheit zu fördern.

Wie jedes Jahr geht sie auf die Energieeffizienz der kommunalen Gebäude ein: Obwohl 200.000 Euro vorgesehen waren, wurden nur 50.000 Euro aufgewendet. Sie hofft jedoch auf eine Trendwende im Jahr 2026. Positiv bewertet sie hingegen die Bemühungen im Bereich Umwelt und Artenvielfalt, insbesondere im Rahmen von Projekten, die in Zusammenarbeit mit Sicona durchgeführt werden und von denen einige ausgezeichnet und (mit)finanziert wurden. Sie bedauert jedoch, dass die Unterstützung für private Bemühungen im Bereich Artenvielfalt, wie z.B. die Beihilfe zur Anpflanzung von Hecken, zum Ersatz von Kiesflächen durch Naturgärten oder zur Bekämpfung der Bodenversiegelung, nach wie vor unzureichend ist.

Dann geht sie auf den Wasserpreis ein, der weiterhin unter den Gestehungskosten liegt. Sie bedauert, dass sich in dieser Hinsicht nichts tut, obwohl eine realistischere Preisgestaltung zum sparsameren Umgang mit Wasser und zum Einbau von Regenwassernutzungssystemen anregen könnte.

Was die sanfte Mobilität angeht, so ist sie der Ansicht, dass 25.000 Euro für Radwege bei weitem nicht ausreichen. Sie teilt ihre persönlichen Erfahrungen bezüglich der Gefahren beim Radfahren, insbesondere wenn die Straße gleichzeitig von Radfahrern und Autos

genutzt werden muss. Sie fordert daher dazu auf, die Infrastruktur für den Radverkehr auch den ehrgeizigen Zielsetzungen entsprechend anzupassen.

Sie begrüßt das Eingreifen der Gemeinde was die Sozialwohnungen in der Rue Henri Dunant angeht und erinnert daran, dass die Gemeinde, auch wenn dies nicht in ihren unmittelbaren Zuständigkeitsbereich fiel, dennoch ihrer Verantwortung gerecht geworden ist. Dies ist ihrer Ansicht nach eine wichtige Maßnahme, die verhindert, dass die Bewohner in eine prekäre Lage geraten.

Abschließend betont sie, dass die von der Gemeinde geplanten Investitionen weder überflüssig noch riskant, sondern durchweg notwendig sind. Sie räumt ein, dass die Rücklagen der Gemeinde geringer werden, betont jedoch, dass diese Ausgaben zugunsten der Lebensqualität getätigt werden – für die Kinder, für die Mitarbeiter der Gemeinde, für ältere Menschen, die in ihrem Dorf ihren Lebensabend verbringen möchten, und um einen lebendigen und angenehmen Ortskern zu schaffen. Sie ist der Ansicht, dass die künftigen Kreditaufnahmen, sofern sie gezielt eingesetzt werden, sinnvolle Investitionen darstellen, um die Lebensqualität in Strassen zu erhalten und zu verbessern – einer Gemeinde, die in den Augen vieler Einwohner nach wie vor ein besonders angenehmer Ort zum Leben ist.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont in seiner Antwort die wesentliche Bedeutung sozialer Einbindung. Diese beschränke sich nicht auf das Wohnen, sondern umfasse eine ganze Reihe von Projekten, wie jene rund um den Haff Schmit oder andere Orte der Begegnung, bei denen die Gemeinde Strassen eine Vorreiterrolle einnehme. Er weist darauf hin, dass Inklusion nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen betreffe, sondern sämtliche Bevölkerungsschichten.

Er bestätigt, dass erhebliche Anstrengungen im Bereich Bildung und bei der Maison Relais unternommen werden. Ziel ist es, eine hochwertige außerschulische Bildung anzubieten, sei es durch die Zusammenarbeit mit Sportvereinen oder durch pädagogische Aktivitäten im Wald und in den Schulgärten.

Er fügt hinzu, dass die Jugendlichen nun über ihren eigenen Raum verfügen und dass sich ihre Betreuung

in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Dann geht er auf das Thema sanfte Mobilität ein und weist darauf hin, dass ein Sportkoordinator das Sport- und Freizeitangebot ausbauen wird, auch in Bezug auf Aktivitäten, die am Abend stattfinden für Menschen, die gerne aktiv sind. Was die energetische Sanierung angeht, erwähnt er die Tätigkeit des kürzlich für die Dienststelle Umwelt eingestellten kommunalen Technikers, der die technischen Projekte in Zusammenarbeit mit einer Kollegin übernehmen wird, die stärker auf biologische Aspekte spezialisiert ist.

Was die Wasserpreise, die Radwege oder die Anbindung an die Stadt Luxemburg betrifft, bestätigt er, dass diesbezüglich Projekte in Arbeit sind, teilweise in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, auch wenn es bei einigen Entscheidungen noch etwas dauert, bis es zu konkreten Ergebnissen kommt. Er räumt auch ein, dass auf einigen Radwegen die Beleuchtung fehlt, und angesichts der Untätigkeit des Staates erwägt die Gemeinde nun, diese Vorrichtungen selbst zu finanzieren.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) zeichnet ein Bild der Gemeinde Strassen, die er als weltoffen und lebenswert beschreibt. Mit mehr als 10.000 Einwohnern besticht sie durch ihre Nähe zur Stadt Luxemburg, ihre gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie ihre vielfältige Vereinslandschaft und ihre Grünflächen. Seiner Meinung nach hat sich die Gemeinde im Laufe der Jahrzehnte von einem einfachen Bauerndorf zu einem städtischen Vorort entwickelt. Er fordert die aktuellen und zukünftigen Verantwortlichen auf, weiterhin in sanfte und innovative Mobilitätslösungen zu investieren, und bringt sogar die gewagte Idee eines autonomen Minibusses ins Spiel, der die einzelnen Ortsteile miteinander verbinden könnte.

Anschließend erinnert er an die Entwicklungen seit der Reform der Abfallsteuer im Jahr 2021 und hebt die zahlreichen Bemühungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung hervor: Reduzierung von Verpackungsmüll, Unterstützung des lokalen Handels, Einrichtung eines Repair Cafés, Givebox. Er begrüßt, dass das Defizit im Bereich Abfallwirtschaft nicht nur ausgeglichen werden konnte, sondern dass die Gemeinde im Jahr 2025 sogar einen Überschuss von 450.000 € verzeichnet. Das dritte Jahr in Folge fordert er das Schöffenkolle-

gium auf, über eine Umverteilung dieses Überschusses nachzudenken, damit dieser unmittelbar den Bürgern zugutekommt. Sei es durch eine Senkung der Gebühren oder durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen: verstärkte Umweltpolitik, Hilfen für junge Menschen und Senioren oder auch eine Stärkung der kommunalen Resilienz, insbesondere durch autonome Energieprojekte im Rahmen der Initiative „LëtZ Prepare“.

Er betont zudem, wie wichtig Investitionen im Bereich der Infrastrukturen für die Trinkwasser- und Abwasseraufbereitung sind, und verweist dabei auf die Quellen von Tenneberg und Brameschberg, die etwa 30 % des täglichen Bedarfs decken könnten. Er geht auch auf den Vorfall bezüglich der Wasserqualität ein, der sich an dem Wochenende ereignet hat, an dem das Stroossefestival 2025 stattfand. Seiner Ansicht nach werden die geplanten Schulungen verhindern, dass sich eine derartige Situation wiederholt. Er begrüßt die Tatsache, dass die Gemeinde weiterhin auf Selbstversorgung setzt, um ihre Resilienz zu stärken.

Er weist jedoch darauf hin, dass dieses Wachstum – die Einwohnerzahl ist in den letzten Jahren um 40 % gestiegen – auch strukturelle Probleme mit sich bringt: steigende Mieten, dichter Verkehr, Lärm- und Luftverschmutzung, Kriminalität, Sicherheitsprobleme, Vandalismus. Diese Herausforderungen sind zwar globaler Natur, müssen seiner Meinung nach jedoch auf lokaler Ebene antizipiert werden. Er betont, dass der Haushalt insgesamt dennoch solide bleibt und die notwendigen Mittel bereitstellt, um zahlreiche Strukturprojekte wie den Skatepark, das Fußballstadion, die Leichenhalle, Parkplätze, Schulinfrastrukturen, die Renovierung des Centre Barblé, das CIPA oder auch die Neugestaltung des Dorfzentrums in Angriff zu nehmen oder weiterführen zu können.

Er geht auch auf das Thema Jugend ein und begrüßt, dass deren Vorschläge Gehör finden. Beispielhaft erwähnt er den vom „Kannergemengerot“ gewünschten 3D-Drucker, dessen Anschaffung Teil eines umfassenderen Konzepts zur Digitalisierung im Bildungsbereich sein könnte zusammen mit dem STEAM-Makerspace aus dem Koalitionsprogramm. Er bedauert, dass diese Initiativen noch nicht im Haushalt 2026 aufgeführt sind, und fordert die Gemeinde auf, diese zu unterstützen.

Dann spricht er noch mal das Thema Sicherheit an und begrüßt die Einführung einer Videoüberwachung im Ortskern, ruft aber dazu auf, diesbezüglich noch weiter zu gehen und die Schulen und deren Umfeld noch sicherer zu gestalten, wobei eine Möglichkeit wäre, die Pausenhöfe während der Unterrichtszeiten abzusperren.

Er zeigt sich erfreut darüber, dass Strassen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus mit gutem Beispiel vorangeht, fordert die Gemeinde jedoch gleichzeitig auf, weiterhin von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen, um Projekte für bezahlbaren Wohnraum oder Mehrgenerationenwohnraum zu schaffen. Er erinnert zudem an den Aufruf von Minister Max Hahn im Jahr 2023, gemeindeeigene Grundstücke für modulare Unterbringungsstrukturen zur Verfügung zu stellen – ein Vorschlag, den er gerne in Strassen umgesetzt sehen würde.

Als Vorsitzender der Kulturkommission betont er schließlich die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt und hebt dabei herausragende Veranstaltungen wie die Biennale für zeitgenössische Kunst in Strassen, das auf zwei Tage verlängerte „Stroossefestival“, das Open Air Stroossen im Rahmen des Musikfestivals sowie lokale Ausstellungen hervor. Er spricht sich dafür aus, hier noch einen Schritt weiter zu gehen, indem beispielsweise eine Künstlerresidenz ins Leben gerufen oder Tiny Houses als Ateliers für Künstler bereitgestellt werden. Er befürwortet auch die Einführung von kostenlosem WLAN an öffentlichen Orten, insbesondere in Parks, Sportanlagen und dem künftigen Jugendzentrum, um Strassen als echte Smart City zu etablieren.

Abschließend versichert er, dass er für den vorliegenden Haushalt stimmen werde, da dieser es ermögliche, den grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung in Bezug auf Wohlbefinden, Lebensqualität, Sicherheit, Bildung, Wohnen und soziale Integration gerecht zu werden. Im Namen der LSAP-Fraktion bedankt er sich bei allen, die an der Ausarbeitung des Haushalts beteiligt waren und den täglichen Betrieb der Gemeinde sicherstellen, und weist darauf hin, dass sie es sind, die zusammen mit den Einwohnern und den gewählten Vertretern diesem Haushalt Leben einhauchen.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) bedankt sich im Namen der CSV-Fraktion bei dem Bürgermeister- und

Schöffenkollegium – und insbesondere bei der Finanzschöffin – sowie bei allen Mitarbeitern der Gemeinde, die an der Ausarbeitung des Haushaltsplans mitgewirkt haben.

Seiner Meinung nach knüpft der vorgelegte Haushalt an die Haushalte der Vorjahre an: es handelt sich hier um einen stabilen Haushalt, dessen Schwerpunkt auf Investitionen liegt, die für die Gestaltung der Zukunft notwendig sind, wobei gleichzeitig darauf geachtet wird, eine gesunde Finanzlage zu sichern. Er zeigt sich erfreut über die erhaltenen Zuschüsse, insbesondere über zwei Beihilfen in Höhe von jeweils 500.000 € vom Umweltministerium für die Entsiegelung und Begrünung einiger kommunaler Flächen.

Anschließend unterstreicht er die im Haushalt vorgesehenen konkreten Maßnahmen zum Umweltschutz: Rund zwei Millionen Euro werden für das Anbringen von Photovoltaikmodulen investiert, vor allem auf dem Fußballplatz und an den Schulgebäuden. Er geht auch auf die laufenden Überlegungen zu Genossenschaftsmodellen oder Energiegemeinschaften ein, um den Ausbau dieser Art von Anlagen weiter voranzutreiben.

Im Rahmen dieser Energiewende werden 250.000 € für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung bereitgestellt, die nach und nach durch LEDs ersetzt wird. 200.000 € sind für die energetische Sanierung gemeindeeigener Gebäude vorgesehen, und 300.000 € für Zuschüsse an Bürger, die Wärmepumpen oder Solaranlagen einbauen möchten. Er betont, dass, selbst wenn einige Haushaltsposten in den vergangenen Jahren nicht vollständig ausgeschöpft wurden, deren Bedeutung dadurch nicht in Frage gestellt wird.

Was den Anstieg der Energiekosten angeht, so relativiert er diese Entwicklung und weist darauf hin, dass die Gas- und Strompreise 2026 voraussichtlich sinken werden. Außerdem dürften der Wechsel des Stromanbieters sowie die teilweise Übernahme der Netzkosten durch den Staat dazu beitragen, dass die tatsächlichen anfallenden Ausgaben geringer ausfallen als prognostiziert.

Zur Frage der Abfallentsorgung merkt er an, dass die Umstellung auf das Verursacherprinzip zu einer deutlichen Verbesserung der Situation geführt habe.

Er betont zudem, dass 600.000 € für die Pflege der Parks vorgesehen sind, und versichert, dass die Grünflächen weiterhin gepflegt und aufgewertet werden.

Dann kommt er auf das Trinkwasser zurück, das nach den Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Vorfall von 2025 ein besonders brisantes Thema ist. Er versichert, dass zwar kein Gesundheitsrisiko nachgewiesen werden konnte, die Gemeinde dennoch hohe Investitionen in diesem Bereich tätigt: 200.000 € für technische Ausrüstung, 300.000 € für die Modernisierung der Quelle von Brameschberg und 300.000 € für Sanierungsarbeiten am Leitungsnetz. Parallel dazu werden 25.000 € für das Aufstellen öffentlicher Trinkwasserspender bereitgestellt, um den Zugang für alle zu gewährleisten, auch an Orten des öffentlichen Lebens.

Was das Thema Lebensqualität betrifft, freut er sich darüber, dass das Projekt zur Neugestaltung der Rue des Carrefours mit einem Etat von 800.000 € endlich vorankommt, was, so hofft er, zu einer Verkehrsberuhigung auf dieser stark befahrenen Achse führen wird. Er erwähnt auch die ersten Haushaltsposten für die künftige Neugestaltung des Dorfzentrums, einschließlich des Ausbaus des Rathauses, der aufgrund des starken Personalzuwachses der Gemeinde (+17 Vollzeitäquivalente in einem Jahr) notwendig geworden ist. Er betont, wie wichtig es ist, einen einfachen, reaktionsschnellen und effizienten Zugang zu den kommunalen Dienstleistungen zu gewährleisten, denn diese sind seiner Meinung nach der direkteste Berührungspunkt zwischen Staat und Bürgern.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt, dass die Gemeinde staatliche Subventionen in Anspruch nehmen möchte, wann immer diese gewährt werden, und sich dabei an die entsprechenden Bedingungen hält. Er erklärt, dass die Pflege der Grünflächen, bei der die Gemeinde zusätzlich zu ihren eigenen Teams mit fünf bis sechs weiteren Betrieben zusammenarbeitet, auf die Erhaltung der Artenvielfalt bei gleichzeitiger Wahrung eines ansprechenden Stadtbildes ausgerichtet ist.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) meldet sich dann zu Wort und erklärt, dass die Neugestaltung

des Pescher-Platzes bereits im ursprünglichen Bebauungsplan für das Viertel vorgesehen war. Es war vereinbart worden, dass dieser Bereich während des Baus der letzten Wohnanlagen geschlossen bleiben sollte, bevor er in einen begrünten Platz mit Bänken und gegebenenfalls Straßencafés umgestaltet wird. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass dieses Projekt nun konkrete Gestalt annimmt, noch dazu mit einer attraktiven Förderung, die es ermöglicht, das Lebensumfeld vor Ort weiter aufzuwerten.

Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) betont gleich zu Anfang die zentrale Bedeutung des Gemeindehaushalts für ein harmonisches Zusammenleben der Bürger in einer multikulturellen Gesellschaft. Aus seiner Sicht ist es über die persönliche Selbstverwirklichung hinaus unerlässlich, eine solidarische Gemeinschaft aufzubauen, in der jeder auf den anderen zählen kann. In diesem Zusammenhang verweist er an die unverzichtbare Rolle der örtlichen Vereine, die das Herzstück der Gemeinde Strassen sind. In diesen Vereinen kommen alle Generationen zusammen, jung und alt, und können ihren gemeinsamen Interessen nachgehen, sei es in den Bereichen Sport, Musik, Kultur oder Pfadfinderwesen.

Er bekräftigt den Wunsch der Gemeinde, diese Vereine weiterhin aktiv zu unterstützen, sei es durch finanzielle Zuwendungen, den Zugang zu Infrastrukturen oder durch den Einsatz von Gemeindemitarbeitern, insbesondere des Sportkoordinators. Er begrüßt, dass der Bogenschießenverein in diesem Jahr ein neues Vorhangssystem für seine Halle erhält, was die Trainingsbedingungen erheblich verbessern wird. Er erwähnt auch die Neugestaltung des Chalets Beim Fräiheetsbam, einem wichtigen Ort, der künftig von den Vereinen besser genutzt werden kann und Platz für zusätzliche Gemeinschaftsaktivitäten bietet.

Weiterhin betont er, dass kulturelle Veranstaltungen und Feste, wie Ausstellungen oder Festivals ohne den Einsatz von Vereinen schlichtweg nicht stattfinden würden. Anschließend geht er auf die Ausstellung ein, die dem Zeitraum 1930–1960 gewidmet ist und Werke von Künstlern aus Strassen und Luxemburg zeigt.

Was das Thema Jugend angeht, lobt Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) die Anstrengungen rund um

das neue Jugendhaus, einen ansprechenden und modernen Treffpunkt, der eine konkrete Alternative zu passiven Freizeitaktivitäten bietet. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde auch im Bildungsbereich viel investiert, nicht nur in neue Infrastrukturen (neue Schule, Ausbau der Ben-Heyard-Schule), sondern auch durch die Unterstützung qualitativ hochwertiger Schulprogramme, die von einem sehr engagierten Lehrpersonal angeboten werden. Er hebt außerdem die Rolle der Musikschule hervor, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, um ein breites Angebot für alle Altersgruppen bereitzustellen.

In Bezug auf Mobilität und Verkehr betont er die Bedeutung eines sicheren und zugänglichen Netzes, das Alternativen zum Privatauto bietet, insbesondere das Fahrrad und den Bus@stroossen. Er räumt ein, dass der Ausbau von Radwegen in einer städtischen Infrastruktur, die schon etwas älter ist, eine Herausforderung bleibt, betont aber dass weiterhin der politische Wille vorhanden ist, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.

Was das Thema Wohnen angeht, räumt er ein, dass dieses Problem weit über die Zuständigkeit einer einzelnen Gemeinde hinausgeht, betont jedoch den Beitrag, den Strassen leisten kann und muss. Die Gemeinde investiert weiterhin in Projekte für bezahlbaren Wohnraum, insbesondere in Tiny Houses und Wohnungen mit günstigeren Mieten, während sie gleichzeitig das Sozialamt mobilisiert, um Bürger in Not zu unterstützen. Im Jahr 2025 wurden 110 Anträge auf Wohnbeihilfe bearbeitet, was zeigt, dass hier ein echter Bedarf besteht.

Abschließend betont er, dass die Gemeinde trotz der zahlreichen Investitionen der letzten Jahre auch im Jahr 2026 schuldenfrei bleibt und einen Haushaltsüberschuss von 840.000 € aufweist. Seiner Ansicht nach sind diese Investitionen unerlässlich, um Strassen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, und sie müssen als zukunftsorientierte Entscheidungen gesehen werden, die darauf abzielen, Verzögerungen zu vermeiden, die auf lange Sicht sehr kostspielig wären.

Auch Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont die Bedeutung der Vereine, die seiner Meinung nach

die Identität der Gemeinde verkörpern. Er erinnert daran, dass die Gemeinde ihre Vereine nicht nur durch direkte Zuschüsse unterstützt, sondern ihnen auch bei der Organisation ihrer Veranstaltungen durch punktuelle materielle Hilfe wie Beleuchtung, Ausstattung und Infrastruktur behilflich ist. Die Neugestaltung des Chalets Beim Fräiheetsbam ist ebenfalls eine Priorität, da dieser Ort nach der Renovierung vielfältiger und abwechslungsreicher genutzt werden kann.

Was den Schulbereich anbelangt, so betont er, dass die Gemeinde hier einen klaren Kurs verfolgt: Bau einer neuen Schule, Ausbau der Ben-Heyard-Schule und schrittweise Umnutzung der übrigen Gebäude, insbesondere damit der Zyklus 4 in Hueflach langfristig beibehalten werden kann. Im Bereich Verkehr weist er darauf hin, dass einer der drei Schulbusse der Gemeinde einen Elektro-Antrieb hat – was auf nationaler Ebene eher selten ist – und dass auch der Bus@stroossen zu 100 % elektrisch ist.

Bezüglich des Wohnraums erwähnt er den kommunalen Vorfinanzierungsmechanismus, der es den Einwohnern ermöglicht, Wohneigentum zu erwerben, ohne die Grundstückskosten tragen zu müssen, da sie nur zum Selbstkostenpreis kaufen. Das Sozialamt ist für die Qualität seiner Arbeit bekannt, ebenso wie das Team des Jugendhauses, das innovative Projekte entwickelt, um die junge Bevölkerung vor Ort mit einzubinden.

Abschließend geht er kurz auf die Initiative „Fit duersch de Summer“ ein, eine Sportaktivität, die erfolgreich angelaufen ist und über die Programme „Sport Loisirs“ unter der Leitung des neuen kommunalen Sportkoordinators fortgesetzt wird.

Gemeinderat Andrew Butler (CSV) ergreift das Wort mit einer Prise Humor und Poesie und spricht über die Notwendigkeit, die Kommunikation rund um den Haushalt zu verbessern. Seiner Meinung nach verändert sich Strassen. Die Gemeinde wächst und befindet sich im Wandel, und dies erfordert Entscheidungen, die diesen Entwicklungen gerecht werden. Bis 2030 wird die Gemeinde mehr als 11.500 Einwohner haben: ein wichtiger Meilenstein, den es mit Weitsicht und ehrgeizigen Zielen zu begleiten gilt.

Er hebt die sozialen Schwerpunkte des Haushalts hervor, insbesondere Sozialfürsorge, Integration, Senioren, Kultur, Erwachsenenbildung und Wohnen. Seiner Meinung nach stellen diese Bereiche das Herzstück eines gelungenen Miteinanders dar. Er weist auf die zahlreichen Anfragen hin, die an die Gemeinde gerichtet wurden, darunter 59 Anträge im Zusammenhang mit Wohnen, von denen ein Großteil Sozialhilfe, Lebensumstände oder auch Gesundheit betrifft. In diesem Zusammenhang würdigt er die bemerkenswerte Arbeit des Sozialamtes der Gemeinde unter der Leitung von Frau Josée Majerus.

Anschließend geht er auf den Erfolg des PINSS-Projekts ein, das Workshops rund um die Themen Holz und Gastronomie und kreative Aktivitäten angeboten hat, wobei durch konkrete und gemeinschaftliche Erfahrungen Inklusion und Integration gefördert wurden. Er unterstreicht zudem die Bedeutung der Kommission für das Miteinander, in der er selbst aktiv mitarbeitet und die Veranstaltungen organisiert, die das Gemeinschaftsgefühl stärken, wie das internationale Gastronomie-Festival, das für nächstes Jahr erneut geplant ist.

Zum Thema Senioren erwähnt er die für sie organisierte Weihnachtsfeier mit einem eigens dafür von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Transportdienst, die ein großer Erfolg war. Er betont, wie wichtig es ist, solche Initiativen weiterzuführen, um Vereinsamung zu bekämpfen und Gemeinschaft zu schaffen. Er erwähnt zudem den sehr aktiven Verein „Aktiv Plus Stroossen“ und bekräftigt seine Unterstützung für den Bau eines neuen CIPA-Gebäudes, das er als unverzichtbar und günstig gelegen erachtet, um eine optimale Betreuung der Senioren zu gewährleisten.

Er lobt die Anstrengungen, die anlässlich des Weihnachtsmarkts unternommen wurden, um Abfall zu reduzieren, insbesondere durch die Nutzung von Geschirr das gespült und wiederverwendet werden kann. Er ermutigt die Gemeinde, noch einen Schritt weiter zu gehen und den Einwohnern Schulungen zum Thema Cybersicherheit anzubieten, ein Thema, das ihm sehr am Herzen liegt. Er erinnert auch daran, dass die Luxemburgisch- und Französischkurse, die er selbst besucht, ein wichtiger Hebel sind für Inklusion, Integration und Bürgerbeteiligung.

Was die Barrierefreiheit betrifft, freut er sich über den Bau eines inklusiven Spielplatzes in der Nähe der Kinderklinik, des Logopädiezentrums und der künftigen Straßenbahnhaltestelle. Dieses landesweit einzigartige Projekt wird es Kindern mit Beeinträchtigungen ermöglichen, in einem für alle konzipierten Raum frei zu spielen.

Anschließend erwähnt er zwei geplante Infrastrukturprojekte: eine neue Leichenhalle, die unerlässlich ist, um Familien einen würdevollen Ort zum Gedenken außerhalb des religiösen Rahmens zu bieten, sowie eine neue Apotheke, die auf dem Gelände des ehemaligen Pavillons errichtet wird. Er betont, dass diese Projekte einem konkreten Bedarf entsprechen und das Engagement der Gemeinde für die Lebensqualität ihrer Einwohner unterstreichen.

Gemeinderat Andrew Butler (CSV) beendet seine Ausführungen mit einer poetischen Metapher: „Sei wie ein Baum. Bleibe fest im Boden verankert. Verbunden mit deinen Wurzeln. Schlage nächstes Jahr ein neues Kapitel auf. Biege dich, aber zerbrich nicht. Schätze deine natürliche Schönheit. Sie ist das Ergebnis deiner Hingabe.“

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont seinerseits die wichtige Rolle sozialer Projekte wie PINSS, die zu echten Eckpfeilern der Arbeit auf Gemeindeebene geworden sind. Er unterstützt das Vorhaben, Stände auf dem örtlichen Markt zu betreiben, um so mehr Aufmerksamkeit auf interkulturelle und solidarische Projekte lenken zu können.

Dann kommt er auch auf den „Mëttesdësch“ zu sprechen, der am Jahresende stattfindet und die Weihnachtsfeier für Senioren, an denen 150 bzw. 250 Personen teilnahmen, was zeigt, wie groß das Bedürfnis nach sozialen Kontakten in dieser Altersgruppe ist. Er kündigt an, dass im Jahr 2026 drei Bürgerinnen aus Strassen ihren 100. Geburtstag feiern werden – eine Premiere, die vom aktiven Altern der Bevölkerung zeugt.

Der Bürgermeister hebt auch die hohe Qualität des letzten Weihnachtsmarkts hervor, insbesondere dank einer großen Vielfalt an Ausstellern und des starken Engagements der örtlichen Vereine. Er spricht das Thema Cybersicherheit an, welches er als

besorgniserregend einschätzt, und räumt ein, dass sich trotz der Bemühungen seitens der Gemeinde die Bedrohungen schneller ausbreiten als die entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Schließlich bekräftigt er den symbolischen und menschlichen Stellenwert von Vorhaben wie dem inklusiven Spielplatz, der Leichenhalle oder der neuen Apotheke, die Teil einer ganzheitlichen Vision einer solidarischeren, barrierefreien und menschlicheren Gemeinde Strassen sind. Dabei zitiert er die Worte des Gemeinderats Andrew Butler und richtet sie an alle: „Be like a tree. Stay grounded.“ Eine Maxime, die seiner Meinung nach jedes politische Team bei der Umsetzung seiner Vorhaben im Hinterkopf behalten sollte.

Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) würdigt die Vielfältigkeit der im Budget vorgeschlagenen Projekte, die sie als inklusiv und für alle Altersgruppen geeignet erachtet. Erst heute Morgen nahm sie an einer Nikolausfeier teil, bei der ihr die Begeisterung der Kinder, die alle im Chor sangen, ihr ein Gefühl von pulsierendem Leben und Energie gab.

Sie hebt das facettenreiche Miteinander in Strassen hervor und betont, dass die Gemeinde allen einen Platz und eine Stimme gibt - den Kindern, den jungen Menschen und den Senioren. Ihrer Meinung nach sind diese vielfältigen Initiativen eine Bereicherung und Ausdruck des guten Zusammenhalts vor Ort. Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) spricht auch von ihrer persönlichen Verbundenheit mit einer Kultur des Austauschs, wie sie es aus ihrem Heimatland kennt: zusammen sein, Ideen austauschen, konkret zusammen etwas in Angriff nehmen.

Sie freut sich, dass dieser Gemeinschaftsgeist auch in Strassen lebendig ist, sei es bei kulturellen, sozialen oder bildungsbezogenen Projekten. Für sie ist es ein Privileg, hier leben zu dürfen, vor allem in einer Welt, die zunehmend von Spannungen geprägt ist. In Strassen, sagt sie, lässt es sich gut leben, und man lebt zusammen, und das verdient Anerkennung und Wertschätzung.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) greift dies umgehend auf und spricht von einem Glücksfall, eine Sichtweise, die er oft zum Ausdruck bringt: Allein die Tatsache, in

Luxemburg geboren zu werden, sei im globalen Kontext bereits ein enormes Privileg. Er ist der Ansicht, dass die zahlreichen in Arbeit befindlichen Projekte kein Luxus sind, sondern eine Notwendigkeit für die weitere Entwicklung der Gemeinde sind.

Er unterstreicht seinerseits die aktuelle Stimmung, die von einer lebendigen Dynamik geprägt ist, sei es bei Veranstaltungen wie den Morgenkonzerten oder durch die Tatkraft der örtlichen Akteure. Er würdigt einzelne Talente wie Frau Caroline Medernach, die sich im Kinderchor engagiert, oder Herrn Ben Seil, den Dirigenten, erinnert aber auch daran, dass diese Talente sich nur dank des kollektiven Zusammenspiels voll entfalten können.

Abschließend kehrt er zur Tagesordnung zurück: die Abstimmungen über die vorgeschlagenen Änderungsanträge, insbesondere jener, die von Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) im Namen der DP-Fraktion hinsichtlich der Aufstockung des IT-Budgets eingereicht wurden.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) ergreift daraufhin das Wort, um diesen Vorschlag zu begrüßen, den er jedoch weiter ausbauen möchte. Er verweist darauf, dass die Gemeinde den Gemeinderäten einst Tablets zur Verfügung stellte, um die Digitalisierung von Dokumenten voranzutreiben. Heute jedoch nutzen die meisten ihre privaten Geräte, was ein Problem hinsichtlich des Datenschutzes darstellt.

Er betont, wie wichtig es ist, die gewählten Vertreter und die Dienststellen mit sicherer Hardware auszustatten, insbesondere im Hinblick auf das angekündigte Intranet. Er verweist auf die Risiken von Cyberangriffen auf sensible Daten, insbesondere auf solche, die von den Sozialdiensten verwaltet werden, und kommt zu dem Schluss, dass ein qualitativer Sprung notwendig ist, um die Integrität und Vertraulichkeit der Informationen zu gewährleisten.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) schlägt vor, über den Änderungsantrag der DP in der vorliegenden Form abzustimmen. Anschließend kommt er zur Verabschiedung der abgeänderten Punkte, die in der zuvor von ihm vorgestellten Liste aufgeführt sind und alle im vorgelegten Haushalt enthalten sind. Er ersucht den Gemeinderat, darüber abzustimmen.

Es folgt die Abstimmung über den berichtigten Haushalt 2025. Der Bürgermeister erinnert daran, dass sich die ordentlichen Einnahmen auf insgesamt 65 Millionen Euro belaufen. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 47,294 Millionen gegenüber. Was den außerordentlichen Haushalt angeht, so liegen die Einnahmen bei 5,213 Millionen, während die Ausgaben 41 Millionen betragen. Daraus ergibt sich ein Überschuss im ordentlichen Haushalt von 17,787 Millionen Euro und ein Defizit im außerordentlichen Haushalt von 35,912 Millionen. Unter Einbeziehung des aus dem Haushaltsjahr 2024 übertragenen Überschusses in Höhe von 34,5 Millionen beträgt der Gesamtüberschuss im ordentlichen Haushalt 52,329 Millionen, während im außerordentlichen Haushalt weiterhin ein Defizit besteht. Somit beläuft sich der voraussichtliche Überschuss des berichtigten Haushalts 2025 auf 16,417 Millionen Euro. Er fragt den Gemeinderat, ob er damit einverstanden ist, den Haushalt in der vorliegenden Form zu verabschieden.

Es folgt die Diskussion über den Haushaltsvoranschlag 2026. Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) ergreift das Wort, um der Mehrheit dafür zu danken, dass sie einige Vorschläge seiner Fraktion übernommen hat. Er begrüßt diese Geste als einen kleinen Schritt, der von großer Bedeutung ist. Er betont erneut, dass bei der Vorbereitung des Haushaltes gute Arbeit geleistet wurde, und hebt die Bedeutung der geplanten Investitionen hervor, insbesondere was die Infrastrukturprojekte betrifft, die nicht nur eine Frage der politischen Ideologie sind, sondern vielmehr konkrete Notwendigkeiten, wie etwa der Ausbau der Schule oder des Rathauses. Er hält die Einrichtung der Kommission für Großprojekte für vielversprechend und wiederholt den Wunsch der DP, konstruktiv mit der Mehrheit zusammenzuarbeiten. Die Fraktion möchte zur Entwicklung von Strassen beitragen und streckt die Hand aus, um die Projekte weiterhin in kollegialer Zusammenarbeit voranzubringen. Trotz dieser positiven Aspekte beschließt die DP dennoch, nicht für den Haushaltsvoranschlag 2026 zu stimmen. Der Gemeinderat hofft, dass die vorgebrachten Anmerkungen für das weitere Vorgehen berücksichtigt werden, dies im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit.

Der Bürgermeister erwidert, dass die DP, auch wenn sie den Haushalt nicht formell unterstützt, zumindest die Fortschritte bei der demokratischen Einbeziehung

anerkennt. Seiner Meinung nach wurde ein wichtiger Schritt nach vorne gemacht, auch wenn die Opposition sich entschieden hat, diesen nicht bis zum Ende mitzugehen.

Anschließend stellt er die Zahlen des Haushaltsvoranschlags für 2026 vor: Die ordentlichen Einnahmen werden auf 66.361.000 Euro geschätzt, bei Ausgaben in Höhe von 51.698.000 Euro, was einen Überschuss von 14.663.000 Euro im ordentlichen Haushalt ergibt. Rechnet man den aus dem Vorjahr übertragenen Überschuss (16.416.000 Euro) hinzu, beläuft sich der allgemeine Überschuss im ordentlichen Haushalt auf 31 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 10 Millionen Euro und die Ausgaben liegen bei 40.960.000 Euro, was ein Defizit von 30.239.000 Euro ergibt. Der voraussichtliche Gesamtüberschuss für 2026 beläuft sich auf 840.690 Euro.

Anschließend legt er dem Gemeinderat den Haushalt zur Genehmigung vor, mit der Schlussfolgerung, dass Strassen im Gegensatz zu anderen Gemeinden sehr wohl über einen Haushalt für 2026 verfügen wird, was es ermöglicht, gleich ab Jahresanfang effizient weiterarbeiten zu können.

Die Abstimmungen verlaufen wie folgt:

Die erste Abstimmung über die von Schöffin Anne Arend (CSV) eingebrachten Änderungsanträge wird einstimmig angenommen.

Die zweite Abstimmung, welche die Anmerkungen der DP und des Gemeinderats Paul Klensch (LSAP) mit berücksichtigt, wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Die dritte und vierte Abstimmung, die sich auf die im Jahr 2024 einstimmig angenommenen Teile des Berichtigungshaushalts beziehen, werden ebenfalls einstimmig angenommen.

Bei der fünften Abstimmung über den Rest des Berichtigungshaushalts 2025 gibt es fünf Gegenstimmen; die übrigen Mitglieder des Gemeinderats stimmen zu.

Die sechste und letzte Abstimmung über den Haushaltsvoranschlag 2026 erhält ebenfalls fünf

Gegenstimmen, nämlich die der Opposition (DP), sowie eine Mehrheit von Ja-Stimmen.

2. Genehmigung des Kostenvoranschlags für den Ausbau des Rathauses.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass dieses Projekt kürzlich in der Kommission für Großprojekte vorgestellt wurde. Es wurden einige Anpassungen vorgenommen: Die Höhe des Gebäudes wurde durch den Wegfall eines Stockwerks und die Verlegung der technischen Anlagen in das Untergeschoss reduziert. Durch diese neue Gestaltung fügt sich das Gebäude nicht nur besser in das Stadtbild ein, sondern es werden auch die Kosten für das Projekt um rund eine Million Euro gesenkt, wodurch der Kostenvoranschlag nun bei 25.113.000 Euro liegt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) meldet sich zu Wort, um einige Aspekte des überarbeiteten Entwurfs positiv hervorzuheben, insbesondere die Tatsache, dass dadurch eine harmonischere Silhouette für den Ortskern von Strassen bewahrt wird. Sie äußert jedoch ihr Bedauern darüber, dass die Mitglieder des Gemeinderats nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt die Gelegenheit hatten, die verschiedenen Alternativen zu prüfen, da sie der Ansicht ist, dass eine stärkere Einbindung im Vorfeld eine intensivere gemeinschaftliche Überlegung ermöglicht hätte. Sie erwähnt zudem, dass im Finanzplan fast drei Millionen Euro für die Einbindung des bestehenden Gebäudes vorgesehen sind, und stellt bestimmte Ausgaben in Frage, wie beispielsweise die auf jeder Etage geplanten Anschlüsse, die anders hätten konzipiert werden können.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) spricht sich grundsätzlich für das Projekt aus, äußert jedoch ähnliche Vorbehalte. Er verweist insbesondere auf die Einsparungen, die durch den Wegfall eines Stockwerks erzielt werden, dies entspricht etwa zwölf Arbeitsplätzen bei einer Million Euro, und betont, dass es angesichts dieser Summe besser gewesen wäre, dieses Stockwerk beizubehalten, um für künftige Anforderungen gerüstet zu sein. Er begrüßt jedoch die Entscheidung, die Haustechnik im Untergeschoss unterzubringen, was die Möglichkeit künftiger Ausbauten offen lässt.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Einsparung nicht exakt eine Million Euro betrage, da die Verlegung der technischen Anlagen ebenfalls mit nicht unerheblichen baulichen Anpassungen verbunden sei. Er stellt klar, dass das Gebäude in seiner vorliegenden Form für die nächsten zwanzig Jahre ausgelegt sei und dass seine Bauweise es ermögliche, bei Bedarf in Zukunft zwei Stockwerke hinzuzufügen. Er betont zudem, dass alle drei ursprünglichen Projekte des Ausschreibungsverfahrens für die neue Schule einen Ausbau des Rathauses in Betracht zogen, auch wenn dies nicht immer so wahrgenommen wurde. Er weist darauf hin, dass die Elemente auf den Plänen zu sehen waren, auch wenn bestimmte Details übersehen werden konnten, wenn man sich ausschließlich auf die Schule konzentrierte.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) vertritt eine abweichende Meinung innerhalb seiner Fraktion und erklärt, dass er gegen das Projekt stimmen werde. Er ist der Ansicht, dass dieses architektonische Konzept weder seinem persönlichen Geschmack noch seiner Vision von Stadtentwicklung entspricht, und betont, dass die Ästhetik eine wichtige Rolle für das Image der Gemeinde spiele.

Abschließend bekräftigt der Bürgermeister, dass unterschiedliche Meinungen wesentlicher Bestandteil einer Demokratie seien. Er bringt daraufhin den geänderten Kostenvoranschlag in Höhe von 25.113.000 Euro zur Abstimmung. Das Ergebnis der Abstimmung ist: eine Gegenstimme, vier Enthaltungen, die übrigen Gemeinderäte stimmen für das Projekt. Der Bürgermeister stellt fest, dass damit das Projekt innerhalb von sechs Monaten zum zweiten Mal genehmigt wurde, nachdem es bereits in der Sitzung vom 12. Juli ein erstes Mal gebilligt wurde.

3. Verabschiedung des Masterplans für die Neugestaltung des Ortskerns von Strassen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt gleich zu Beginn klar, dass es sich hierbei nicht um die Genehmigung eines konkreten oder endgültigen Projekts handelt, sondern um einen grundsätzlichen Plan, der sich aus den bisherigen Diskussionen ergibt. Bei diesem Dokument geht es darum, eine gemeinsame Basis zu schaffen, die es jedem ermöglicht, sich frei

zu äußern, ohne befürchten zu müssen, gegen Vertraulichkeitsbestimmungen zu verstoßen. Der Plan bleibt offen für Änderungen, und jedes Teilprojekt – sei es der Parkplatz, die Gestaltung des Platzes oder der Zugänge – wird zu gegebener Zeit separat vorgestellt. Es geht darum, eine klare Leitlinie zu haben, dabei aber die Möglichkeit für spätere Anpassungen offen zu halten.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) begrüßt die Initiative, ein solches Grundsatzdokument zu erstellen, mit dessen Hilfe eine kohärente künftige Gestaltung des Ortskerns der Gemeinde ermöglicht wird. Seiner Ansicht nach stellt dieser Plan eine deutliche Verbesserung gegenüber dem aktuellen Stand der Dinge dar, insbesondere hinsichtlich der Grünflächen und der Gestaltung eines einladenden öffentlichen Raums. Er weist jedoch darauf hin, dass es wichtig ist, über den im Plan streng definierten Rahmen hinauszudenken und insbesondere den Barblé-Park oder andere umliegende Bereiche mit zu berücksichtigen, um zu vermeiden, dass ein Flickenteppich aus unzusammenhängenden Projekten entsteht. Er plädiert zudem dafür, dass der Raum nicht nur rein ästhetisch gestaltet wird, sondern durch nutzbringende Funktionen belebt wird wie Cafés, Geschäfte oder Gesundheitseinrichtungen, um eine dynamische und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten.

Der Bürgermeister stimmt dem zu und teilt diese Einschätzung. Er verweist insbesondere auf das Potenzial des oberen Geländeteils, vor allem rund um den Brunnen, der in das erweiterte Planungskonzept aufgenommen werden sollte. Er bestätigt, dass der Ausbau in Richtung Süden, hin zu den Schulen, im Einklang mit diesem Masterplan fortgesetzt wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) begrüßt die Vorlage dieses Plans und hofft, dass seine Fraktion auch in die konkreten Umsetzungsphasen einbezogen wird. Er betont, wie wichtig eine transparente Kommunikation sei, insbesondere gegenüber den Einwohnern, damit es nicht zur Verbreitung von Gerüchten oder widersprüchlichen Informationen komme. Diesbezüglich erwähnt er ein Gerücht über ein mögliches provisorisches Festzelt für 25.000 Euro pro Monat und unterstreicht die Notwendigkeit, die gewählten Vertreter besser über die einzelnen Etappen und die tatsächlichen Zielsetzungen eines Projekts zu informieren.

Der Bürgermeister erwidert, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein endgültiges Projekt gebe, nicht einmal auf Ebene des Schöffenkollégiums. Die Arbeiten befänden sich noch in der Planungsphase, und jegliche Beschlussfassung oder Präsentation werde im Rahmen der zuständigen Kommissionen erfolgen. Er weist auch die Zahl von 25.000 Euro zurück und stellt klar, dass es sich hierbei beim jetzigen Stand der Dinge um haltlose Spekulationen handle. Was die anstehenden Arbeiten betrifft, so sind kurzfristig nur die Arbeiten für die vorschriftsmäßige Anpassung der Türen des Kulturzentrums Barblé vorgesehen, damit Barrierefreiheit gewährleistet werden kann. Der Rest wird bis zur Fertigstellung des Gesamtprojekts warten müssen.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich daraufhin nach den im Rahmen der Haushaltsvorlage erwähnten Renovierungsplänen für das Kulturzentrum Barblé. Sie möchte wissen, ob unabhängig vom Gesamtprojekt eine teilweise Erneuerung des Belags vorgesehen ist.

Der Bürgermeister bestätigt, dass derzeit lediglich eine gezielte Maßnahme für die Türen geplant ist, während der Rest von der Festlegung des Baustellenumfangs abhängt.

Als letzten Beitrag im Rahmen der Aussprache bringt Gemeinderat Marc Fischer (DP) seine grundsätzliche Unterstützung für die eingeschlagene Richtung zum Ausdruck, weist jedoch darauf hin, dass er sich vorerst der Stimme enthalten werde. Er möchte abwarten, bis die einzelnen Projekte im Detail vorliegen, um sie dann zu bewerten. Er erwähnt auch interessante Möglichkeiten in bestimmten Zonen, wie beispielsweise in der Umgebung der Spuerkeess, die für neue Dienstleistungen oder Funktionen in Frage kommen könnten.

Bei der anschließenden Abstimmung gibt es eine Enthaltung. Alle anderen Mitglieder des Gemeinderates stimmen für die Verabschiedung des Masterplans.

4. Verabschiedung einer Vereinbarung mit dem Versorgungsunternehmen SUDENERGIE.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass die Gemeinde Strassen plant, den Stromanbieter zu

wechseln und zwar von Enovos zu SUDENERGIE. Diese Entscheidung erfolgt ist in erster Linie aus rein wirtschaftlichen Erwägungen: Der von SUDENERGIE angebotene Strom ist schlichtweg günstiger.

Er weist darauf hin, dass SUDENERGIE ein kommunaler Anbieter ist, ein Zusammenschluss mehrerer luxemburgischer Gemeinden, dessen Ziel es ist, den Bürgern Strom zu einem möglichst günstigen Preis zu liefern. Im Gegensatz zu Enovos, die nicht einmal auf die Anfrage zur Übertragung der 160 Zähler der Gemeinde reagiert haben, zeigt sich SUDENERGIE proaktiv und bietet einen um etwa zwei Cent pro Kilowattstunde niedrigeren Tarif an. Darüber hinaus kommt ein „Energiewäert Premium“-Tarif von 0,2 Cent pro Kilowattstunde zur Anwendung, der garantiert, dass der Strom ausschließlich aus Anlagen jüngerer Datums stammt, die weniger als sechs Jahre alt sind und somit den aktuellen technologischen Standards eher gerecht werden.

Zum Vergleich: Der entsprechende Tarif bei Enovos kostet etwa 0,35 Cent mehr, was einen Wechsel des Anbieters aus wirtschaftlicher Sicht noch lohnender macht. Bei einem Jahresverbrauch von etwa 1600 MWh beläuft sich die geschätzte Ersparnis auf mindestens 30.000 Euro.

Im Saal erhebt sich kein Widerspruch, abgesehen von einer technischen Anmerkung zur Klärung der Vertragsbedingungen, insbesondere derjenigen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf einem kommunalen Parkplatz. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) präzisiert, dass die Genehmigung im Gemeinderat ausschließlich für diese Anlage beantragt worden sei, da sie ein Grundstück betreffe, das der Gemeinde Strassen gehört.

Der Beschluss zur Annahme der Vereinbarung mit SUDENERGIE wird einstimmig angenommen.

5. Verkehr:

a) Änderung des Allgemeinen Verkehrsreglements (Nachtrag 23)

Gemeinderätin Maryse Bestgen (déi gréng) erklärt, dass mehrere Änderungen geplant sind, insbesondere bei bestimmten „Verbindungswegen“, die nunmehr für

Radfahrer freigegeben sind, was eine Anpassung der jeweiligen Beschilderung zur Folge hat. Es handelt sich hierbei um die Strecken von der N34 bis zur Rue Marie Curie, zwischen der N34 und dem Skatepark, zwischen der Rue des Primeurs und der Rue des Potagers sowie auf den Verbindungswegen zwischen der Rue Michel Weyrich / Rue Thomas Edison / Rue des Primeurs / Rue Kaltacht. Auf all diesen Achsen wird die Beschilderung angepasst, um darauf hinzuweisen, dass die Straße auch für den Fahrradverkehr freigegeben ist.

Eine zweite Änderung betrifft die Ladestationen für Elektroautos. Bislang konnten die Einwohner von Strassen dort mit ihrer Anwohnerparkvignette ohne zeitliche Begrenzung parken. Künftig ist das Parken dort auf eine bestimmte Dauer begrenzt, je nach Standort auf zwei, drei oder vier Stunden, was durch die neue Beschilderung entsprechend ausgewiesen wird. Diese Maßnahme gilt insbesondere für die Z.A.I. Bourmicht – Rue du Puits Romain, für die Rue des Ardennes, die Rue des Capucines und die Rue de la Chapelle.

Drittens werden drei neue Parkplätze für Menschen mit eingeschränkter Mobilität (PMR) in der Nähe der Wohnhäuser der betroffenen Personen eingerichtet, um einem konkreten und gezielten Bedarf gerecht zu werden.

Sie erwähnt außerdem, dass bereits Schilder in der Nähe der Maison Relais angebracht wurden, um die in diesem Bereich geplante Neugestaltung vorzubereiten. Eine weitere Änderung betrifft einen spezifischen Stellplatz zwischen zwei Häusern, von dem die Anwohner annahmen, dass er für sie reserviert sei. Um jegliche Unklarheit zu vermeiden, wird die Gemeinde dort künftig eine eindeutige Beschilderung anbringen.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet um eine Klarstellung zu einem Punkt, wo angegeben ist, dass das Parken auf der gesamten Länge eines der Wege verboten ist. Diese Angabe findet sie verwunderlich, da keinerlei Beschilderung vorhanden ist.

Schöffin Maryse Bestgen (déi gréng) erwidert, dass das Verbot zwar in den Vorschriften verankert sei, jedoch eine Beschilderung angebracht werden müsse, wenn die Gemeinde es sichtbar und vollstreckbar machen wolle. Die Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng)

ergänzt, dass in einer normalen Straße ohne spezifisches Verbot prinzipiell jedes Fahrzeug maximal 48 Stunden parken darf. Dies gilt hier weiterhin, solange es nicht ausdrücklich untersagt ist.

Das geänderte Reglement wird anschließend einstimmig angenommen.

6. Änderung der Tarife für Essen auf Rädern.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass diese im Vorfeld ausführlich diskutierte Preisanpassung darauf abzielt, die Preisgestaltung an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Es wird daher vorgeschlagen, den Standardtarif von 8 auf 12 Euro pro Mahlzeit anzuheben, um den tatsächlichen Kosten dieser Dienstleistung besser Rechnung zu tragen. Für Begünstigte, deren monatliches Einkommen 2.540 Euro (indexiert auf 68,04) nicht übersteigt, wird der ermäßigte Tarif von 3,50 auf 5 Euro angehoben.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) ergreift kurz das Wort, um diese Entscheidung zu begrüßen. Er betont, dass es zwar paradox erscheinen mag, sich über eine Tarifierhöhung zu „freuen“, diese Anpassung jedoch längst überfällig war. Seiner Meinung nach habe die Tatsache, dass die Tarife zwanzig Jahre lang nicht angepasst wurden, zu einer erheblichen Diskrepanz geführt. Er weist zudem darauf hin, wie wichtig es ist, den gesamten Gebührenkatalog der Gemeinde, insbesondere die Abgaben, regelmäßig einer Prüfung zu unterziehen, um langfristig massive Haushaltsverluste zu vermeiden. Dies ist seiner Meinung nach ein Schritt in die richtige Richtung und sollte systematisch wiederholt werden.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

7. Änderung der Tarife für betreutes Wohnen im „Centre Riedgen“.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass bereits am 1. September 2025 Erhöhungen für die derzeitigen Bewohner eingeführt wurden. Um jedoch ein besseres Kostenausgleich zu gewährleisten, insbesondere nach der Covid-19-Pandemie und der Einführung zusätzlicher Dienstleistungen, wird nun

ab dem 1. Januar eine neue Preisliste für Neuzugänge vorgeschlagen.

Diese neuen Tarife liegen beispielsweise bei 1.990 Euro pro Monat für eine Person in einer 53 m² großen Wohnung und bei 2.150 Euro für eine Person in einer 57 m² großen Wohnung. Paare zahlen 2.190 Euro bzw. 2.350 Euro. Die Preise für Parkplätze bleiben unverändert.

Darüber hinaus ist eine Erhöhung der jetzigen Mieten um 5 % vorgesehen, jedoch erst ab dem 1. September 2026, um vorausschauend handeln zu können, ohne ein Zwischenverfahren einleiten zu müssen. Der Bürgermeister betont, dass die Tarife trotz dieser deutlichen Erhöhung weiterhin niedriger sind als in vielen anderen Gemeinden. Er betont zudem, dass der Staat nun Zuschüsse für betreutes Wohnen anbietet, was vorher nicht der Fall war.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) schlägt vor, als symbolische Geste auch die Parkgebühren für Anwohner zu erhöhen, um die Zahl der Autos zu reduzieren, doch der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Gemeinde diese Parkplätze nicht mehr an Anwohner vergibt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) kommt auf die ursprüngliche Bestimmung des Centre Riedgen zu sprechen, das als betreutes Wohnen für Menschen gedacht war, die noch weitgehend selbstständig leben können. Sie bedauert, dass sich das Modell hin zu einer intensiveren Betreuung entwickelt hat, ohne dass die Vereinbarung mit dem Dienstleister Sodexo überarbeitet wurde. Sie plädiert für eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Thema und eine eventuelle Neuaushandlung des Vertrags, um die Leistungen und Kosten an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

Der Bürgermeister erwidert, dass das Centre Riedgen weiterhin als betreutes Wohnen eingestuft ist und rechtlich gesehen keine intensiveren Pflegeleistungen anbieten darf. Die künftige Entwicklung, insbesondere durch das Entstehen eines CIPA in der Nähe, werde eine Rationalisierung von Dienstleistungen wie Rezeption und Restaurant ermöglichen.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) stellt eine rechtliche Frage hinsichtlich der Möglichkeit, eine jährliche

Anpassung der Mieten vorzunehmen, während für klassische Wohnungen das Prinzip einer Anpassung alle zwei Jahre gilt. Der Bürgermeister bestätigt, dass betreutes Wohnen, wo Dienstleistungen erbracht werden, dieser Auflage nicht unterliegt.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) begrüßt die durch die Betriebsabrechnungen geschaffene neue Transparenz. Er hinterfragt jedoch den Zustand der frei werdenden Wohnungen: Diese, so antwortet der Bürgermeister, werden je nach Bedarf renoviert, neu gestrichen und zum Teil saniert falls notwendig.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) betont abschließend die Notwendigkeit, die Einnahmen zu steigern und gleichzeitig die Ausgaben im Auge zu behalten. Er fordert, sich nicht auf eine systematische Anhebung der Tarife zu beschränken, sondern auch Möglichkeiten zur strukturellen Optimierung in Betracht zu ziehen.

Die vorgeschlagenen neue Tarife werden einstimmig angenommen.

8. Verabschiedung einer Resolution gegen das Kernkraftwerk Cattenom.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet das Thema ein und erklärt, dass dieser Beschluss, der nun dem Gemeinderat vorliegt, von der Gemeinde selbst überarbeitet wurde. Der ursprüngliche Antrag, der von einer nationalen Allianz von Gemeinden eingebracht wurde, sprach sich nämlich weltweit gegen die Kernenergie aus. Die Gemeinde Strassen wollte zwar klar gegen die Verlängerung der Laufzeit des Kernkraftwerks Cattenom Stellung beziehen, zog es jedoch vor, sich auf eine gezielte Erklärung zu beschränken, da sie sich der Komplexität der Energieversorgung in der Region bewusst ist.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass ein Teil der Stromversorgung Luxemburgs nach wie vor vom französischen Netz abhängt, in das auch Kernenergie einfließt. Eine absolute Ablehnung dieser Energiequelle könnte daher schwerwiegende Auswirkungen haben, insbesondere für die örtliche Industrie. Die vorgeschlagene Resolution bleibt daher realistisch: Sie spricht sich klar gegen die Verlängerung der Laufzeit des Kernkraftwerks Cattenom aus, ohne jedoch die Kernenergie generell abzulehnen.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV), der die endgültige Fassung des Textes ausgearbeitet hat, erklärt, dass sich die Resolution an den Positionen der Allianz der Gemeinden gegen die Kernenergie orientiert, die Botschaft jedoch auf Cattenom fokussiert. Er betont, dass diese Anlage für eine Betriebsdauer von vierzig Jahren ausgelegt war, die nun bald abläuft. Eine Verlängerung des Betriebs über diese Dauer hinaus wirft erhebliche Sicherheitsfragen auf. Die Resolution weist zudem darauf hin, wie wichtig es für Luxemburg und seine Gemeinden ist, in nachhaltige und lokal erzeugte Energie zu investieren, ohne sich generell zur Kernenergie als Technologie zu äußern.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) begrüßt den Text, der seiner Meinung nach den Diskussionen im Gemeinderat gerecht wird. Er betont, dass die gewählte Formulierung dem erzielten Einvernehmen entspricht.

Der Text wird einstimmig angenommen.

9. Verabschiedung einer Gebührenordnung für kommunale Einrichtungen.

Schöffin Anne Arend (CSV) führt in das Thema ein mit dem Hinweis, dass dieses Reglement schon einmal im Juli 2024 vorgeschlagen wurde, damals aber vom Ministerium abgelehnt wurde. Sie hebt hervor, dass es hier darum geht, eine bestehende Abgabe zu überarbeiten, die seit 2007 nicht mehr angepasst wurde. Bislang basierte die Abgabe auf einem festen Betrag pro Wohneinheit (325 €), was der aktuellen Situation nicht mehr gerecht wird, insbesondere angesichts der zahlreichen neuen Teilbebauungspläne (PAP), die derzeit in Arbeit sind und erhebliche Investitionen seitens der Gemeinde in den Bereichen Infrastruktur (Schulen, Spielplätze usw.) erfordern.

Da das Ministerium eine Reform gefordert hat, die sich nach der Quadratmeterzahl und nicht nach festen Beträgen richtet, schlägt die Gemeinde nun eine Steuer von 15 € pro m² für Wohnungen, einschließlich Einliegerwohnungen, und von 7,50 € pro m² für möblierte Zimmer vor. Diese letzte Kategorie ist zwar aus administrativer Sicht schwieriger zu regeln, da hier keine Baugenehmigung benötigt wird, eine eigenständige Besteuerung wird jedoch als gerechtfertigt angesehen angesichts der poten-

ziellen Zunahme der Belegungsdichte und der damit einhergehenden Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen.

Für nicht zu Wohnzwecken genutzte Bauten wird zudem gemäß den Empfehlungen des Ministeriums eine Steuer von 10 € pro m² vorgeschlagen. Bestimmte Nebengebäude (Anhang 3 des Teilbebauungsplans (PAP)) sind von der Steuer befreit, wie beispielsweise Gartenhäuschen, Garagen oder Carports, da davon ausgegangen wird, dass sie keine Auswirkungen auf öffentliche Einrichtungen haben.

Schöffin Anne Arend (CSV) erläutert, dass sämtliche Vorschläge vom Ministerium erörtert und genehmigt wurden und schriftlich bestätigt wurden. Dies um eine erneute Ablehnung zu vermeiden und sicherzustellen, dass die vorliegende Fassung des Reglements rasch genehmigt werden kann.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) äußert sich zufrieden darüber, dass dieses lange vernachlässigte Thema endlich in Angriff genommen wird. Er schlägt vor, einen Gesamtkatalog der kommunalen Abgaben zu erstellen und regelmäßig zu überarbeiten, um künftig umfangreiche Nachbesserungen zu vermeiden und die notwendigen Tarifierungen besser planen zu können.

Das Reglement wird einstimmig angenommen.

10. Vergabe von Zuschüssen für humanitäre Hilfswerke.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt kurz die Begünstigten vor. Auf internationaler Ebene wird ein Betrag von 4.000 € für ein Projekt des CVED-Cap-Vert Espoir & Développement bereitgestellt.

Auf nationaler Ebene erhalten mehrere Vereine und Initiativen Unterstützung: Inter Actions – Service premier Appel 3.500 €, Stämm vun der Strooss – Kannerstämm 3.500 €, Leederwon asbl 3.500 €, Ligue HMC 3.500 €, Maison de la Porte ouverte – Maison Siche 3.500 €, D'Stämm vun den Iwwerliwenden asbl – La voix des survivantes 3.500 €.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

11. Urbanismus:

a) Genehmigung der Vereinbarung und des Ausführungsprojekts im Rahmen des Teilbebauungsplans PAP GAASCHTBIERG TEIL 1

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass es sich um die letzte Wohnanlage auf der rechten Seite der Route d'Arlon handelt, direkt hinter dem Conforama. Die Vereinbarung gilt für ein Grundstück mit einer Fläche von 7,09 Ar. Aufgrund dieses Bauvorhabens muss eine neue Straße angelegt werden, wobei die geschätzten Kosten sich auf etwa 58.000 € belaufen. Die Vereinbarung sieht die Abtretung von 28 % des Grundstücks an die Gemeinde vor, verbunden mit der Verpflichtung, die Arbeiten innerhalb von 12 Monaten aufzunehmen und innerhalb von 18 Monaten fertigzustellen. Die gesamten erforderlichen Infrastrukturen (Straßen, Versorgungsnetze) müssen vor der Rückübertragung der Straße an die Gemeinde fertiggestellt sein.

Es werden keine Anmerkungen vorgebracht, und die Vereinbarung wird einstimmig vom Gemeinderat angenommen.

b) Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des geänderten Gesetzes vom 25.02.2022 über das Kulturerbe

Als zweiten Punkt legt der Bürgermeister eine Stellungnahme vor, die im Rahmen des geänderten Gesetzes vom 25. Februar 2022 über das Kulturerbe abzugeben ist. Es handelt sich um ein städtebauliches Projekt in der Rue des Carrières im Zusammenhang mit einem Teilbebauungsplan, der insbesondere vom Fonds du Logement getragen wird. Das Kulturministerium hat eine Stellungnahme abgegeben, die den Erhalt eines alten Bungalows aus den 1970er Jahren vorschreibt, der als außergewöhnlich und potenziell von Interesse im Rahmen des Kulturerbes eingestuft wurde.

Diese Einstufung macht eine Überarbeitung des Bebauungsplans erforderlich, da einige Elemente versetzt werden müssen, um diese neue Auflage zu erfüllen. Das Grundstück als Ganzes bleibt weiterhin bebaubar: Die im unteren Teil des Plans eingebüßte Fläche wird durch eine Erhöhung der bebaubaren Fläche im oberen Teil des Teilbebauungsplans aus-

geglichen. Die Gemeinde, die um ihre Stellungnahme gebeten wurde, hat sich für eine vorsichtige Linie entschieden: Da sie keine Fachkenntnisse in dieser Angelegenheit besitzt, zieht sie es vor, sich nicht zum denkmalpflegerischen Charakter des Gebäudes zu äußern, um so jegliches Risiko späterer Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden.

Die Gemeinderäte äußern diesbezüglich unterschiedliche Standpunkte. Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) bedauert, dass ein qualitativ hochwertiges Projekt durch die Erhaltung eines Gebäudes beeinträchtigt werden soll, das er für ungeeignet und nutzlos hält.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) weist darauf hin, dass das Haus seit sieben Jahren unbewohnt ist, was vermuten lässt, dass sich die Innenausstattung in einem schlechten Zustand befindet.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) macht jedoch einen konstruktiven Gegenvorschlag: Anstatt den Ort zu einer ungenutzten Fläche verkümmern zu lassen, könne man ihn doch zu einem Ort der Kultur machen, ihn etwa als Künstlerresidenz oder Gemeinschaftsraum nutzen, ähnlich wie es anderswo in der Region oder in anderen Gemeinden im Süden des Landes bereits der Fall ist.

Gemeinderätin Martine Dieschbourg-Nickels (DP) schließt sich dieser Idee an und verweist darauf, wie wichtig es sei, in einem neuen Stadtviertel eine Ort der Begegnung oder einen Gemeinschaftsraum vorzusehen, um das Miteinander zu fördern.

Der Bürgermeister räumt ein, dass die Gemeinde die Immobilie nicht kaufen werde, sollte sie unter Denkmalschutz gestellt werden, dass es jedoch denjenigen, die sie unter Schutz gestellt haben, zustehen könne, sie zu nutzen. Er kommt zu dem Schluss, dass die Stellungnahme der Gemeinde neutral bleiben werde, dass jedoch ein Zusatz aufgenommen werde, um vorzuschlagen, dass das Gebäude, sollte es nicht zu Wohnzwecken genutzt werden, zum Wohl des Stadtviertels beitragen könne.

Nachdem diese ergänzende Klarstellung hinzugefügt wurde, wird die Stellungnahme einstimmig angenommen.

12. Verschiedenes.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) beendet die Sitzung mit einem Wort des Dankes an alle Mitglieder des Gemeinderats. Er lobt die konstruktive und respektvolle Atmosphäre, welche das ganze Jahr über herrschte. Er bringt seine Zufriedenheit über die im Schöffengericht geleistete Arbeit zum Ausdruck und spricht seine Hoffnungen für das kommende Jahr an, das seiner Meinung nach sowohl auf kommunaler als auch auf gesellschaftlicher Ebene von zahlreichen Veränderungen geprägt sein wird. Er übermittelt allen seine herzlichsten Wünsche für das Jahr 2026.

Anschließend ergreift Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) das Wort, um auf eine historische Begebenheit hinzuweisen: Nach Angaben eines Bekannten soll ein Porzellan-Kreuzifix, das früher in der Leichenhalle stand, ein Werk des luxemburgischen Künstlers Léon Nosbusch sein, der im 20. Jahrhundert wirkte. Es handele sich dabei um ein wichtiges Element des lokalen Kulturerbes. Der Bürgermeister verspricht, diesbezüglich Nachforschungen anzustellen. Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) nutzt die Gelegenheit, um allen ein frohes neues Jahr zu wünschen und die Qualität des Austauschs zu würdigen, wobei er an ein Motto erinnert, das er zu Beginn seiner Amtszeit formuliert hat: „Man spielt den Ball, nicht den Menschen.“

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) leitet anschließend eine Bemerkung der Jugendkommission weiter. Er lobt die Bemühungen der Gemeinde, Nichtraucherzonen einzuführen, weist jedoch darauf hin, dass hinter der Brasserie, die sich im Gemeindebesitz befindet, häufig Zigarettenkippen herumliegen. Er bittet den Gemeinderat, dies mit dem Mieter anzusprechen, um hier Abhilfe zu schaffen, da dies dem Image der Gemeinde schadet. Der Bürgermeister verspricht, die Bitte weiterzuleiten.

Gemeinderat Andrew Butler (CSV) spricht anschließend ein Sicherheitsproblem im neuen Fußballstadion an: Einige Stufen sind rutschig, vor allem bei feuchtem Wetter. Der Bürgermeister verspricht, die Bemerkung an den Verantwortlichen im technischen Dienst weiterzuleiten.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) machte zwei Anmerkungen. Zunächst bittet sie darum, während

des Weihnachtsmarkts eine kleine Absperrung um das Podium der Blaskapelle herum anzubringen, um den Dirigenten und die Kinder vor Sturzgefahr zu schützen. Zweitens dankt sie der Gemeinde für die Unterstützung des Schulprojekts „Storyclub Stroossen“, bei dem Schüler der 5. Klasse Weihnachtsgeschichten schreiben und vortragen konnten. Sie lobt den pädagogischen Wert dieser Initiative und hofft, dass sie fortgesetzt wird. Der Bürgermeister bestätigt, dass dieses Projekt von Greg Melmer betreut wird, einem für solche Aktivitäten freigestellten Lehrer.

Schließlich bittet Gemeinderat Marc Fischer (DP) um die aktualisierte Gesamtsumme der Arbeitszeitkonten (CET) des Gemeindepersonals, die er noch nicht erhalten hat. Er beendet seine Ausführungen mit Toleranz und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass künftig verabschiedete Reglements die individuellen Freiheiten nicht übermäßig einschränken, insbesondere in der Weihnachtszeit.

Die Sitzung wird um 18:51 Uhr geschlossen.

Séance du conseil communal du 18 décembre 2025

ORDRE DU JOUR

1. **Discussion et vote du budget rectifié 2025 et du budget prévisionnel 2026.**
2. **Approbation du devis estimatif relatif à l'extension de la maison communale.**
3. **Adoption du plan d'ensemble relatif au réaménagement du centre de Strassen.**
4. **Adoption d'une convention avec le fournisseur SUDENERGIE.**
5. **Circulation :**
 - a) **Modification du règlement général sur la circulation (avenant 23)**
6. **Modification du tarif pour les repas sur roues.**
7. **Modification des tarifs pour le centre résidentiel Riedgen.**
8. **Adoption d'une résolution contre la centrale nucléaire de Cattenom.**
9. **Adoption d'un règlement-taxi relatif aux équipements collectifs.**
10. **Allocation de subsides à des œuvres humanitaires.**
11. **Urbanisme :**
 - a) **Approbation de la convention et du projet d'exécution dans le cadre du PAP GAASCHTBIERG PARTIE 1**
 - b) **Émission d'un avis dans le cadre de la loi modifiée du 25.02.2022 relative au patrimoine culturel**
12. **Divers.**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi gréng) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Jean Claude Roob (LSAP), membre du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la séance en souhaitant la bienvenue à l'ensemble des membres du conseil communal, réunis pour la dernière fois en cette année 2025. Il rappelle que cette session est consacrée principalement à l'adoption du budget communal. Il informe ensuite les conseillers du fait que le conseiller Jean Claude Roob (LSAP) est excusé et a donné procuration à l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP).

1. Discussion et vote du budget rectifié 2025 et du budget prévisionnel 2026.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le point central de cette séance : la discussion et le vote du budget rectifié pour 2025 ainsi que du budget prévisionnel pour 2026. Il précise que le rapport de la Commission des Finances a été remis, non sans quelques tensions au sein de ladite commission. Il invite néanmoins à avancer sereinement dans l'examen du budget.

La présentation technique est assurée par l'échevine Anne Arend (CSV) qui rappelle que les membres du conseil avaient reçu une présentation complète du budget lors de la séance précédente. Toutefois, elle indique que quelques ajustements – bien que mineurs – doivent encore être intégrés avant le vote.

Elle commence par le budget rectifié de l'exercice 2025. Dans la section des dépenses extraordinaires, un poste doit être revu à la hausse : la station de pompage Helfent, dont les coûts augmentent de 50 000 euros, passant de 1 230 000 à 1 280 000 euros, en raison d'une facture inattendue.

Ensuite, dans le budget ordinaire, plusieurs ajustements techniques sont nécessaires. Une dépense de 2 000 euros est réintégrée pour l'achat de machines à coudre, indispensable au bon déroulement du futur cours de couture pour adultes prévu dès février. Elle mentionne aussi des travaux de réparation plus importants que prévu sur l'éclairage public, occasionnant 30 000 euros supplémentaires, ainsi que 50 000 euros pour des réparations routières imprévues. Enfin, 14 000 euros doivent être ajoutés pour réparer une fuite d'eau survenue à l'étage supérieur du bâtiment administratif.

En résumé, les dépenses extraordinaires pour 2025 passent de 41 076 477 à 41 126 477 euros, tandis que les dépenses ordinaires sont portées de 47 198 599 à 47 294 599 euros.

Concernant le budget prévisionnel de 2026, elle annonce une augmentation spécifique de 31 000 euros sur les dépenses ordinaires pour tenir compte de l'adaptation tarifaire des repas sur roues, en accord avec les ajustements appliqués par le centre Riedgen. Ce montant n'avait pas encore été intégré dans le budget présenté précédemment. Ainsi, le total des dépenses ordinaires pour 2026 est corrigé à hauteur de 51 698 000 euros.

Elle précise que les montants définitifs à voter sont bien ceux nouvellement ajustés et énumérés.

Le conseiller Daniel Thein (DP) amorce son intervention en affirmant que les récentes modifications apportées au budget ne changent pas fondamentalement son analyse. Il insiste sur l'importance de cette étape budgétaire, considérant le budget non seulement comme une compilation de chiffres, mais comme un véritable instrument de pilotage politique, révélateur des priorités de la commune et de sa vision à long terme.

Il entame son analyse par les recettes. Il note que le Fonds de dotation globale augmente de 2,5 % dans le budget rectifié de 2025, représentant un apport de 1,2 million d'euros, puis de 2 millions pour 2026. L'impôt commercial communal connaît une hausse plus modeste : 900 000 euros en 2025 et 200 000 euros l'année suivante. Il souligne que près de 84 % des recettes ordinaires dépendent de telles sources sur lesquelles la commune n'a que peu de contrôle, exposant ainsi Strassen à des variations externes imprévisibles.

En ce qui concerne les recettes extraordinaires, il constate une forte diminution dans le budget rectifié 2025, passant de 11,9 à 5,2 millions d'euros. Il attribue cela à la non-réalisation de certaines ventes immobilières, notamment des appartements initialement estimés à 5,6 millions d'euros. Ces montants sont réinscrits dans le budget 2026 à hauteur de 3,7 millions, ce qui, selon lui, traduit un effet artificiel dans la présentation budgétaire.

Il salue néanmoins l'amélioration observée dans la demande et la perception de subsides. Il cite notamment la renaturation du parking, la place Pescher, un projet de logement social, le Skatepark et le terrain de football, tous subventionnés à des niveaux significatifs.

Passant aux dépenses, il relève une augmentation de 5,4 millions d'euros dans le budget rectifié 2025 par rapport à 2024, tandis que le budget 2026 prévoit des dépenses ordinaires à hauteur de 51 millions. Il attire particulièrement l'attention sur la croissance de la masse salariale : en 2024, 17 agents supplémentaires ont été engagés, générant des impacts significatifs sur les charges sociales. Avec l'agrandissement progressif de la commune, de ses infrastructures et services, il estime que cette tendance va se poursuivre, soulignant l'effet futur du compte épargne-temps sur ces dépenses.

Il regrette par ailleurs qu'aucune dotation n'ait été effectuée dans le Fonds de réserve budgétaire pour 2025 ou 2026, ce qui l'amène à recommander une surveillance rigoureuse des dépenses ordinaires.

Sur le plan extraordinaire, il note un écart important entre les montants autorisés et les montants effectivement dépensés, notamment pour les acquisitions immobilières : 5 millions en 2025 rectifié, mais seulement 1,5 million inscrit pour 2026.

Le conseiller Daniel Thein (DP) insiste également sur le niveau élevé des investissements, salué par le ministre des Finances dans la dernière circulaire budgétaire. Il énumère plusieurs projets majeurs : la nouvelle école, un parking, le centre Riedgen, la modernisation du centre de Strassen, des installations photovoltaïques, les Tiny Houses, l'agrandissement de la maison communale, la construction de la Maison des Jeunes, le chantier Reckenthal, une nouvelle morgue, un transfert de l'officine pharmaceutique vers le centre et enfin l'agrandissement du hall sportif. L'ampleur de cette liste lui évoque la chanson « I want it all » du groupe Queen, qu'il cite en filigrane comme métaphore de la stratégie d'investissement actuelle : tout vouloir, et tout vouloir maintenant.

Il appelle à plus de prudence dans le recours à l'endettement, rappelant que si la commune est encore

officiellement sans dette, cette situation pourrait basculer rapidement avec la concrétisation de tous ces projets. Il préconise un étalement réfléchi et, si nécessaire, une adaptation des projets en fonction des besoins effectifs.

Enfin, il relève que le budget rectifié de 2025 affiche un boni impressionnant de 16,5 millions, notamment grâce à un report de 11 millions issus de l'exercice 2024. Ce coussin permettra d'aborder plus sereinement 2026, dont le budget prévoit lui aussi un boni, plus modeste, de 840 000 euros. Il évoque toutefois la possibilité d'un budget rectifié en 2026 plus favorable, en raison d'une posture budgétaire plutôt prudente actuellement. Il rappelle également que la commune dispose toujours de réserves financières s'élevant à 26 millions d'euros.

En conclusion, il souligne que le budget reflète une hausse lente mais continue des recettes, une croissance plus rapide des dépenses, une diminution des bonis et une pression croissante liée aux investissements. La DP reconnaît l'utilité et la légitimité de nombreux projets, mais appelle à une définition rigoureuse des priorités et à une utilisation efficiente des ressources, afin de garantir une politique financière saine.

Le bourgmestre lui répond que l'exécutif partage cette préoccupation, en particulier concernant les dépenses ordinaires liées aux salaires. Il insiste sur la stratégie délibérée de planification progressive des projets, permettant de garder une marge de manœuvre. Il donne l'exemple du stade de football, financé sans emprunt, en opposition à la future école, projet beaucoup plus coûteux qui sera entamé une fois d'autres postes importants absorbés. Il ajoute que l'agrandissement du hall sportif a été reporté volontairement, et que la morgue ainsi que le projet CIPA sont étroitement surveillés.

L'échevine Anne Arend (CSV) renchérit, confirmant qu'une réunion critique s'est tenue pour ajuster le rythme des projets. La future école représente un investissement colossal de 50 millions et tout est fait pour ne pas cumuler les grands chantiers en même temps, tant pour des raisons financières que logistiques. Elle souligne également que certains projets, comme le CIPA, bénéficieront de subventions substantielles, à la différence des écoles.

En conclusion, le bourgmestre se réjouit du fait que le nouveau ministre souhaite revoir le mode de financement en introduisant une aide régulière tout au long des chantiers, et non uniquement en fin de parcours, ce qui permettra aux communes de limiter leur endettement structurel. Cela reflète une meilleure compréhension des réalités locales, d'autant plus bienvenue que ce ministre connaît de première main les défis communaux.

L'échevine Anne Arend (CSV) rappelle que ce principe est déjà appliqué au niveau des infrastructures sportives.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) revient sur plusieurs postes budgétaires, à commencer par les frais de réception, inscrits à hauteur de plus d'un million d'euros. Il souligne le caractère impressionnant de cette somme, surtout au vu de la qualité parfois discutable de certaines manifestations. Selon lui, les prestations offertes ne sont pas toujours à la hauteur de l'investissement. Il évoque une impression d'inflation événementielle où les citoyens sont parfois saturés d'offres, au détriment de la pertinence et de la qualité. Si certains événements – comme le « Stroossen Open Air » – sont selon lui de francs succès, d'autres suscitent de sérieuses interrogations.

Il cite le « Stroossefestival » dont le coût aurait avoisiné les 300 000 euros cette année, pour un résultat jugé décevant. Faute de conditions météo favorables et d'un concept de repli véritablement adapté, plusieurs représentations auraient été annulées ou compromises. Il en va de même pour des manifestations plus modestes, comme la Journée de l'arbre, jugée coûteuse pour ce qu'elle propose : planter un arbre et partager un verre. Selon lui, la fréquentation réelle de certains événements, comme par exemple la Nuit du Sport, est bien inférieure aux attentes, les statistiques d'affluence étant parfois, à son sens, peu représentatives de la réalité.

Il regrette un manque de remise en question face aux échecs répétés de certaines initiatives. Le Foodtruck Festival est un autre exemple : selon lui, autrefois populaire, il n'attire plus les foules. Il invite la commune à adopter une approche plus analytique et à examiner objectivement le rapport coût-bénéfice de chaque action, à la lumière des attentes d'une population jeune

et cosmopolite. Il regrette également que les 175 ans de la commune n'aient pas été une occasion pleinement saisie pour transmettre l'histoire locale aux anciens comme aux nouveaux habitants.

Il poursuit sur les questions environnementales, estimant que les efforts en matière de transition énergétique restent en deçà des ambitions affichées. Les montants effectivement investis en 2025 seraient bien inférieurs à ce qui était prévu. Il reconnaît que le nouveau parking du terrain de football intègre des panneaux solaires, mais considère qu'il reste un important potentiel inexploité à Strassen, aussi bien dans les infrastructures que dans la stratégie énergétique globale.

Il regrette l'absence de mise en œuvre d'un système intelligent de récupération des eaux de pluie, en particulier sur le terrain de football, ainsi qu'un flou persistant sur l'électrification du parc automobile communal. Le fait que le poste budgétaire des carburants a été revu à la hausse laisse entendre, selon lui, que cette transition reste insuffisamment engagée.

Il appelle à une politique environnementale ambitieuse, dépassant les seules actions symboliques comme le Repair Café. À ses yeux, la stratégie actuelle ressemble davantage à une chasse aux points bonus écologiques qu'à une véritable mise en œuvre de solutions globales et cohérentes.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît qu'un débat peut avoir lieu sur les frais de réception, tout en contestant la critique du « Stroossefestival », qu'il considère comme ayant été un événement bien organisé. Il confirme toutefois que le Foodtruck Festival ne sera pas reconduit, estimant qu'il ne répond plus aux attentes. Il insiste sur la nécessité de maintenir des petites manifestations, qui contribuent à la vie culturelle locale, même si elles ne rassemblent pas des centaines de personnes. Il réfute l'idée d'une programmation déconnectée, évoquant des retours positifs de citoyens satisfaits du professionnalisme des services culturels.

Concernant les 175 ans de Strassen, il admet que l'événement aurait pu être préparé plus en amont. Il

souligne que malgré cela, un travail historique a été amorcé, avec la volonté de valoriser le passé de la commune. Sur la question de l'inclusion des résidents étrangers, il rappelle l'existence du Café Babel et la forte participation de la communauté internationale à des événements comme la Marche gourmande.

À propos de la transition énergétique, il concède que davantage aurait pu être entrepris, mais précise que des projets innovants sont en préparation, notamment autour de groupements énergétiques citoyens et d'une application visant à suivre sa propre consommation. Il rappelle que tous les nouveaux véhicules légers achetés par la commune sont électriques. Il admet cependant que les camionnettes électriques ne sont pas encore pleinement adaptées aux besoins en termes de charge utile, une contrainte technologique qui empêche pour l'instant leur généralisation.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) prend à son tour la parole pour défendre la Nuit des Sports, qu'elle considère comme un franc succès à faible coût. Elle insiste sur l'ambiance positive, notamment pour les enfants, et réfute l'idée selon laquelle les chiffres d'affluence seraient exagérés. Concernant la Journée de l'arbre, elle souligne l'attachement symbolique des familles à ce moment, qu'elle considère comme porteur de sens.

L'échevine Anne Arend (CSV) indique que le budget initial pour la Journée de l'arbre avait été fixé à 20 000 euros, mais qu'en réalité, la manifestation a coûté beaucoup moins, aux alentours de 10 000 euros. Elle justifie ces frais par la production de nouvelles plaques ainsi que des rafraîchissements proposés, tout en soulignant que ce type d'événement, peu coûteux, suscite une joie sincère parmi les participants.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) commence son intervention en soulignant sa reconnaissance de vivre dans un pays où les débats démocratiques peuvent se tenir librement, sans crainte de répression. Elle remercie l'ensemble des personnes ayant contribué à l'élaboration du budget, en particulier les services communaux, et adresse également sa gratitude aux associations locales qui soutiennent l'organisation des nombreuses manifestations communales.

Elle partage ensuite le constat du conseiller Nicolas Kandel (DP) concernant la multiplication des événements, qui implique un engagement considérable du personnel communal. Elle appelle à une évaluation globale de ces manifestations pour envisager une rationalisation, tant pour préserver les ressources humaines que pour renforcer l'impact qualitatif de certaines initiatives. Elle suggère que la commission de la culture, sous la présidence de Paul Klensch (LSAP), pourrait piloter une telle réflexion.

Elle aborde ensuite la gestion des grands projets d'infrastructure, qu'elle juge trop peu inclusive. Elle regrette que les membres du conseil communal ne soient souvent impliqués que tardivement, face à des projets déjà finalisés. Elle plaide pour une approche plus collaborative dès les premières étapes, incluant un diagnostic partagé des besoins de la commune, l'élaboration conjointe des cahiers des charges et une analyse collective des variantes architecturales et des fiches financières. Selon elle, cette méthode favoriserait une appropriation commune des projets et permettrait des votes budgétaires plus consensuels, à l'image de ce qui se passe dans d'autres communes comme Mondorf-les-Bains ou Bascharage.

Elle évoque plus particulièrement le projet du CIPA, qu'elle considère comme stratégique mais encore trop flou, notamment concernant les éventuelles coopérations avec Bertrange ou l'opportunité d'exploiter des structures existantes sous-utilisées. Elle propose d'envisager des partenariats public-privé pour répondre plus rapidement et efficacement aux besoins en infrastructures. Elle souligne aussi que la démographie de la commune, très jeune, pourrait remettre en question la pertinence d'investir dans certains types de structures à long terme.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient également sur le hall de karaté qui ne sera plus reconnu comme centre national par la fédération. Elle y voit une opportunité pour repenser l'utilisation de la salle, en envisageant une transformation en infrastructure multisport plus flexible et adaptée à d'autres disciplines.

L'échevine Anne Arend (CSV) confirme le départ de la fédération nationale de karaté vers un nouveau centre à Niederanven, tout en précisant que la structure

actuelle pourrait continuer à accueillir d'autres arts martiaux. Elle indique qu'un rendez-vous est prévu avec le Ministère des Sports pour discuter de cette reconversion potentielle et souligne que des simulations financières sont déjà en cours.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) revient sur les grands projets, en insistant sur le fait que le plan du CIPA de 2023 reste d'actualité. Il indique que des discussions se poursuivent avec le ministère sur des aspects techniques et que des calculs sont en cours, notamment avec le prestataire actuel du centre Riedgen Sodexo, pour évaluer la faisabilité financière du projet. En ce qui concerne la participation des conseillers aux projets, il reconnaît que les discussions peuvent être enrichies, tout en soulignant que les aspects techniques sont gérés par les services compétents. Il assure que la commune veille à une planification raisonnable des événements et à une mobilisation adéquate de son personnel.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) insiste à nouveau sur l'importance d'une transparence accrue dès le début des projets, notamment en ce qui concerne les variantes présentées dans le cadre des appels d'offres. Elle regrette que certaines décisions, comme l'extension de la maison communale, aient été présentées sans alternative claire et souhaite que les conseillers puissent utiliser leur expertise respective pour enrichir les projets.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) appuie ses propos, rappelant la difficulté de juger un projet déjà finalisé sans possibilité de comparaison. Il relance également la question de la retransmission des séances du conseil communal, soulignant que cette transparence est devenue une norme dans de nombreuses autres communes.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que le projet est toujours sur la table, même si aucune ligne budgétaire spécifique ne lui est encore consacrée. Il indique qu'une première étape pourrait être une diffusion partielle ou expérimentale.

Enfin, au nom de son groupe politique, le conseiller Nicolas Kandel (DP) dépose officiellement deux amendements budgétaires relatifs à l'installation et

l'entretien du matériel adéquat à la retransmission des sessions du conseil communal. Le premier vise à porter la ligne des « acquisitions informatiques » de 70 000 à 100 000 euros. Le second propose une augmentation de 8 000 euros pour l'entretien des équipements. Il souligne que les montants proposés tiennent compte de l'inflation.

Le conseiller Marc Fischer (DP) salue explicitement l'intention exprimée par l'échevine aux finances Anne Arend (CSV) de poser une main ferme sur les projets à venir afin de s'assurer que ceux-ci soient bien menés à terme. Il évoque en exemple le hall de karaté, inauguré en 2016, mais jamais achevé dans les règles de l'art. Il estime que lorsqu'un projet repose sur un cahier des charges bien défini, celui-ci doit être considéré comme terminé une fois toutes les exigences remplies. Toute modification ou amélioration ultérieure devrait faire l'objet d'un nouveau poste budgétaire. Il se réjouit de cette approche rigoureuse qu'il juge saine.

Ensuite, il rejoint les propos de ses collègues, notamment ceux de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), en insistant sur la nécessité d'une vue d'ensemble globale. Il ne s'agit pas seulement d'être intégré dans certains projets ponctuels, mais bien de construire une stratégie cohérente et concertée autour de l'avenir de la commune. Il évoque à cet égard trois axes majeurs : les besoins en infrastructures, la constitution de réserves foncières stratégiques et la soutenabilité financière de l'ensemble. À ces éléments, il ajoute un facteur qu'il juge crucial mais trop peu présent dans les débats : la qualité de vie.

Il rappelle que, selon des chiffres évoqués en commission des finances, la commune pourrait accueillir à moyen terme jusqu'à 6 000 habitants supplémentaires. Une projection qui porterait la population totale vers 17 000, voire 18 000 personnes. Face à une telle croissance, il estime indispensable de planifier à long terme. Il évoque aussi la future extension du tram sur la route d'Arlon d'ici 2030, qui ne fera qu'accentuer la densification urbaine. Cela renforce, selon lui, l'urgence de réfléchir ensemble à l'avenir du territoire, et ce, bien au-delà des seuls chiffres du budget.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond en confirmant que, lui aussi, perçoit une forme de saturation.

Il considère que la qualité de vie n'augmente plus avec l'arrivée de nouveaux habitants, bien au contraire. Il souligne que Strassen se situe dans une zone à fort potentiel constructible au sein du tissu urbain central et qu'une éventuelle reprise économique pourrait relancer fortement la demande. Il partage néanmoins l'avis que vivre à 10 600 habitants reste plus agréable que de viser 16 600, et appelle, lui aussi, à garder la qualité de vie au cœur de chaque décision.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient sur l'acquisition par la commune de 16 logements dans le cadre du PAP Suebelfeld. Elle exprime des réserves face à cette opération, qu'elle qualifie de pas important. Selon elle, cela ouvre deux options délicates : soit la commune loue ces logements, auquel cas elle récupère 75 % de subvention de la part du ministère, soit elle les revend, ce qui ferait d'elle un acteur du marché immobilier – un rôle qu'elle ne juge pas approprié pour une administration publique.

Elle souligne également la charge de gestion que représenterait un tel parc immobilier. Il faudrait envisager un service logement ou une forme de syndicat communal pour assurer le suivi, les réparations, les entretiens. Elle rappelle que la commune dispose déjà d'environ 50 logements abordables ou sociaux et s'interroge sur la pertinence d'en ajouter davantage dans un contexte où d'autres projets majeurs doivent encore être réalisés.

Le bourgmestre répond qu'une convention a bien été signée, engageant la commune à acquérir ces logements. Cependant, il précise que des discussions sont toujours en cours avec des opérateurs sociaux pour qu'une partie, notamment l'immeuble principal, puisse être reprise par un tiers. Les autres logements, disséminés, resteraient probablement dans le giron communal. Il insiste sur le fait que la commune n'a pas vocation à devenir une agence immobilière et qu'une certaine réserve s'impose, tant pour des raisons financières que structurelles. Il conclut en affirmant que le collège des bourgmestre et échevines restera attentif à ce que cette politique d'acquisition reste maîtrisée et raisonnable.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) prend à son tour la parole pour d'abord saluer l'esprit constructif

dans lequel les discussions budgétaires ont lieu chaque année au sein du conseil communal. Elle souhaite mettre l'accent sur les points qui, à ses yeux, méritent d'être particulièrement soulignés.

Elle débute par l'engagement de la commune en matière de solidarité sociale. Dans un contexte où la pauvreté gagne du terrain, même au Luxembourg, elle rappelle combien il est crucial de ne pas oublier celles et ceux qui sont en difficulté. Pour elle, le lien social n'est possible que si chacun peut y prendre part matériellement, culturellement, linguistiquement. Elle souligne donc l'effort financier de la commune, qui consacre cette année environ 1,4 million d'euros à l'action sociale, et s'oppose clairement à toute tentative d'économie sur ce poste. Elle salue également les investissements dans le logement abordable, qu'elle considère comme un pilier essentiel pour aider les plus vulnérables, et appelle à garantir une offre suffisante de logements à loyers modérés.

Elle se félicite ensuite du budget alloué à l'enseignement et aux structures périscolaires, qui permet aux enfants de bénéficier de sorties culturelles, de projets enrichissants, de colonies éducatives et d'un encadrement solide. Elle souligne que ce niveau d'investissement dans les écoles n'est pas une évidence dans toutes les communes. Elle applaudit également le soutien aux jeunes et aux associations actives auprès des adolescents, éléments-clés selon elle pour l'épanouissement personnel, le développement de compétences sociales et l'égalité des chances.

Elle revient, comme chaque année, sur les performances énergétiques des bâtiments communaux : bien que 200 000 euros aient été prévus, seuls 50 000 ont été utilisés. Elle espère un revirement en 2026. En revanche, elle salue l'effort consacré à l'environnement et à la biodiversité, notamment à travers des projets menés en coopération avec Sicon, dont certains ont été récompensés et cofinancés. Elle regrette néanmoins que le soutien à la biodiversité privée comme l'aide à la plantation de haies, au remplacement de graviers par des jardins vivants, ou à la lutte contre l'imperméabilisation des sols reste insuffisant.

Elle évoque ensuite le prix de l'eau, qui reste en dessous du prix coûtant. Elle regrette que rien ne bouge à ce

niveau, alors qu'une tarification plus réaliste pourrait encourager les économies et l'installation de systèmes de récupération d'eau de pluie.

Sur le plan de la mobilité douce, elle estime que 25 000 euros pour les pistes cyclables sont loin d'être suffisants. Elle partage son expérience personnelle sur la dangerosité des trajets à vélo, notamment lorsqu'il faut partager la route avec les voitures. Elle appelle donc à adapter les infrastructures à la hauteur des ambitions cyclables affichées.

Elle salue l'intervention de la commune dans le dossier des logements sociaux de la rue Henri Dunant, rappelant que même si la responsabilité ne lui incombait pas directement, la commune a pris ses responsabilités. Elle qualifie cela de geste important, qui évite à des habitants de se retrouver dans la précarité.

Enfin, elle conclut en soulignant que les investissements projetés par la commune ne sont ni superflus, ni hasardeux, mais bien nécessaires. Elle reconnaît que les réserves financières diminuent, mais insiste sur le fait que ces dépenses sont faites au nom de la qualité de vie, pour les enfants, pour les agents communaux, pour les personnes âgées qui souhaitent vieillir dans leur village et pour construire un centre de localité vivant et agréable. Elle défend l'idée que les emprunts à venir, s'ils sont bien ciblés, constituent des investissements utiles pour maintenir et renforcer le bien-être à Strassen, une commune qui, aux yeux de nombreux résidents, demeure particulièrement agréable à vivre.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond en soulignant combien l'inclusion sociale est en effet essentielle. Elle ne se limite pas aux logements, mais englobe toute une série de projets, comme ceux liés au Haff Schmit ou à d'autres lieux de rencontre, où Strassen fait figure de commune pionnière. Il rappelle que l'inclusion ne concerne pas seulement les personnes en situation de handicap, mais toutes les couches de la population.

Il confirme que les efforts en matière d'enseignement et de Maison Relais sont notables. L'objectif est de proposer une éducation non formelle de qualité, que ce soit via le lien avec les associations sportives ou par des activités éducatives en forêt et dans les jardins pédagogiques.

Il ajoute que les jeunes disposent désormais d'un espace qui leur est propre et que leur accompagnement s'est considérablement amélioré ces dernières années. Enfin, il aborde la question de la mobilité douce, rappelant qu'un coordinateur sportif va développer le sport-loisir, y compris en soirée pour les personnes actives. En ce qui concerne l'amélioration énergétique, il mentionne le travail du technicien communal récemment recruté pour le service Environnement afin de reprendre les projets techniques, en tandem avec une collègue davantage spécialisée dans les aspects biologiques.

Concernant le prix de l'eau, les pistes cyclables, ou la liaison avec la ville de Luxembourg, il confirme que des projets sont en cours, parfois en coopération avec les communes voisines, bien que certaines décisions tardent à se concrétiser. Il reconnaît aussi que certaines pistes cyclables manquent d'éclairage et, face à l'inaction de l'État, la commune envisage désormais de financer elle-même ces équipements.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) dresse un tableau de la commune de Strassen, qu'il qualifie de cosmopolite et attractive, forte de plus de 10 000 habitants, grâce à sa proximité avec la ville de Luxembourg, sa liaison fluide au réseau de transport public, sa diversité d'associations et d'espaces verts. Selon lui, la commune s'est développée au fil des décennies, passant d'un simple village agricole à un faubourg urbain. Il appelle les autorités présentes et futures à continuer d'investir dans les mobilités douces et innovantes, évoquant même l'idée audacieuse d'un minibus autonome qui pourrait relier les différents quartiers.

Il rappelle ensuite les évolutions introduites depuis la réforme de la taxe déchets en 2021, soulignant les nombreux efforts en faveur du développement durable : réduction des emballages, soutien au commerce local, mise en place de Repair Café, Givebox. Il se félicite de constater que le déficit lié à la gestion des déchets a non seulement été comblé, mais qu'en 2025 la commune affiche un excédent de 450 000 €. Pour la troisième année consécutive, il encourage le collège échevinal à réfléchir à une redistribution de cet excédent au bénéfice direct des citoyens, soit sous forme de baisse des taxes, soit à travers un soutien ciblé : des politiques écologiques renforcées, des aides

pour les jeunes et les personnes âgées, ou encore un renforcement de la résilience communale, notamment via des projets énergétiques autonomes dans le cadre de l'initiative « Lëtzt Prepare ».

Il insiste aussi sur l'importance d'investir dans les infrastructures de traitement de l'eau potable et des eaux usées, évoquant les sources de Tennebiérg et de Brameschbiérg qui pourraient couvrir environ 30 % des besoins journaliers. Il a également évoqué l'incident lié à la qualité de l'eau lors du week-end du Stroossefestival 2025, estimant que les formations prévues permettront d'éviter qu'une telle situation ne se reproduise. Il se réjouit du fait que la commune continue à miser sur l'autosuffisance pour renforcer sa résilience.

Mais il rappelle que cette croissance, la population ayant augmenté de 40 % ces dernières années, entraîne aussi des problèmes structurels : hausse des loyers, trafic dense, pollution sonore et atmosphérique, criminalité, insécurité, vandalisme. Ces défis, bien que globaux, doivent selon lui être anticipés à l'échelle locale. Il souligne que, malgré tout, le budget reste solide, offrant les moyens nécessaires pour lancer ou poursuivre de nombreux projets structurants comme le Skatepark, le stade de football, la morgue, les parkings, les infrastructures scolaires, la rénovation du Centre Barblé, le CIPA ou encore le réaménagement du centre du village.

Il évoque également la jeunesse, saluant l'écoute portée à leurs propositions, et prend comme exemple une imprimante 3D souhaitée par le « Kannergemengerot », qui pourrait s'inscrire dans une démarche plus large de digitalisation éducative, en lien avec le STEAM Makerspace du programme de coalition. Il regrette que ce type d'initiative n'apparaisse pas encore dans le budget 2026 et encourage la commune à les soutenir.

Il revient sur la sécurité, félicitant la mise en place d'une vidéosurveillance dans le centre, mais appelle à aller plus loin en sécurisant davantage les écoles et leurs abords, évoquant la possibilité de fermer physiquement les cours de récréation durant les heures scolaires.

Il se réjouit que Strassen soit exemplaire dans le domaine du logement social, tout en appelant la com-

mune à continuer d'exercer son droit de préemption pour créer des projets de logements abordables ou intergénérationnels. Il rappelle également l'appel lancé en 2023 par le ministre Max Hahn pour mettre des terrains communaux à disposition pour des structures modulaires d'accueil – proposition qu'il souhaite voir aboutir à Strassen.

En tant que président de la commission de la culture, il insiste enfin sur le rôle de la culture dans la cohésion sociale, en valorisant des événements phares comme la Biennale d'art contemporain de Strassen, le « Stroossefestival » élargi à deux jours, l'Open Air Stroossen dans le cadre de la fête de la musique et les expositions locales. Il défend l'idée d'aller plus loin, par exemple avec la création d'une résidence artistique ou la mise à disposition de Tiny Houses-ateliers pour les artistes. Il soutient aussi le développement d'un accès Wi-Fi gratuit dans les lieux publics, notamment les parcs, les installations sportives et le futur centre jeunesse, dans le but d'ancrer Strassen dans une véritable Smart City.

Il conclut en affirmant qu'il votera le budget présenté, car il permet de répondre aux besoins fondamentaux de la population en termes de bien-être, de qualité de vie, de sécurité, d'éducation, de logement et d'intégration sociale. Au nom de la section LSAP, il adresse ses remerciements à toutes les personnes impliquées dans l'élaboration du budget et dans le fonctionnement quotidien de la commune, rappelant que ce sont elles, avec les habitants et les élus, qui donnent vie à ce budget.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) remercie, au nom du groupe CSV, le collègue des bourgmestre et échevines – en particulier l'échevine des finances, ainsi que l'ensemble des collaborateurs communaux qui ont collaboré à l'élaboration du budget.

Selon lui, le budget présenté s'inscrit dans la continuité de ceux des années précédentes : un budget de stabilité, marqué par des investissements nécessaires pour préparer l'avenir, tout en maintenant une situation financière saine. Il se réjouit des subventions obtenues, notamment deux aides de 500 000 € du Ministère de l'Environnement pour débétonner et reverdir certaines surfaces communales.

Il insiste ensuite sur les mesures concrètes en matière de protection de l'environnement prévues dans le budget : environ deux millions d'euros seront investis dans l'installation de panneaux photovoltaïques, principalement sur le terrain de football et les bâtiments scolaires. Il évoque également la réflexion en cours autour de modèles coopératifs ou de communautés énergétiques pour élargir encore ce type d'équipement.

Toujours dans cette logique de transition énergétique, 250 000 € sont alloués à la modernisation de l'éclairage public, via le remplacement progressif par des LEDs. 200 000 € sont destinés à l'amélioration énergétique des bâtiments communaux, et 300 000 € à des subsides pour les citoyens qui souhaitent installer des pompes à chaleur ou des panneaux solaires. Il précise que même si certaines lignes budgétaires n'ont pas été entièrement utilisées les années passées, cela ne remet pas en cause leur importance.

Concernant la hausse des coûts énergétiques, il relativise, notant que les prix du gaz et de l'électricité devraient baisser en 2026. De plus, le changement de fournisseur d'électricité ainsi que la prise en charge partielle des frais de réseau par l'État devraient permettre de réduire les dépenses réelles par rapport aux prévisions.

Abordant la question des déchets, il note que le passage au principe du « pollueur-payeur » a entraîné une amélioration notable de la situation. Il souligne aussi que 600 000 € sont prévus pour l'entretien des parcs, affirmant que les espaces verts continueront à être entretenus et valorisés.

Il revient ensuite sur la thématique de l'eau potable, particulièrement sensible après les inquiétudes liées à l'incident de 2025. Il rassure en indiquant que bien qu'aucun risque sanitaire n'ait été avéré, la commune investit fortement dans ce domaine : 200 000 € pour des équipements techniques, 300 000 € pour la modernisation de la source de Brameschbiérg, et 300 000 € pour des travaux de remise en état du réseau. En parallèle, 25 000 € sont alloués à l'installation de fontaines d'eau potable publiques, afin de garantir un accès à tous, y compris dans les lieux publics.

Sur la qualité de vie, il se réjouit du fait que le projet de réaménagement de la rue des Carrefours avance enfin,

avec un budget de 800 000 €, ce qui permettra, espère-t-il, un apaisement du trafic sur un axe très fréquenté. Il évoque également les premiers postes budgétaires liés à l'aménagement futur du centre-village, y compris l'agrandissement de la maison communale, devenu nécessaire en raison de la croissance importante du personnel communal (+17 ETP en un an). Il insiste sur l'importance d'un accès facile, réactif et efficace aux services communaux, qui constituent selon lui le point de contact le plus direct entre l'État et les citoyens.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme que la commune entend profiter des subsides étatiques quand ceux-ci sont disponibles, en s'alignant sur leurs conditions. Il rappelle que l'entretien des espaces verts pour lequel la commune travaille avec cinq à six entreprises en plus de ses propres équipes, vise à préserver la biodiversité tout en maintenant une esthétique urbaine agréable.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) intervient alors pour préciser que le réaménagement de la place Pescher était déjà prévu dans le schéma directeur initial du quartier. Il avait été convenu que cette zone resterait fermée durant la construction des dernières résidences, avant d'être transformée en place de quartier végétalisée, équipée de bancs et potentiellement bordée de terrasses de cafés. Elle se réjouit que ce projet soit aujourd'hui concrétisé, avec en plus une subvention favorable, ce qui en fait une belle opportunité pour améliorer encore le cadre de vie local.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) souligne d'emblée l'importance fondamentale du budget communal pour permettre aux citoyens de vivre ensemble dans une société multiculturelle harmonieuse. Pour lui, au-delà de l'épanouissement individuel, il est essentiel de construire une communauté solidaire où chacun peut compter sur l'autre. Il rappelle à ce titre le rôle irremplaçable des associations locales, véritable cœur battant de la commune de Strassen. Ces associations rassemblent toutes les générations, des plus jeunes aux plus âgés, et permettent de cultiver des passions communes, que ce soit dans le domaine du sport, de la musique, de la culture ou encore du scoutisme.

Il insiste sur la volonté de la commune de continuer à soutenir activement ces structures associatives, que

ce soit par le biais de subventions financières, de l'accès aux infrastructures ou grâce à l'appui des collaborateurs communaux, notamment le coordinateur sportif. Il se réjouit que, cette année, le club de tir à l'arc bénéficiera d'un nouveau rideau pour sa halle, ce qui améliorera grandement ses conditions d'entraînement. Il évoque aussi le réaménagement du Chalet Beim Fräiheetsbam, un lieu important qui pourra à l'avenir être mieux exploité par les associations et accueillir davantage d'activités communautaires.

Il poursuit son intervention en soulignant que les événements culturels et festifs, comme les expositions ou les festivals, n'existeraient tout simplement pas sans l'implication des associations. Il évoque ensuite l'exposition consacrée à la période 1930-1960, mettant en valeur des œuvres d'artistes de Strassen et du Luxembourg.

Abordant la jeunesse, le conseiller Tun Gierenz (CSV) salue les efforts déployés autour de la nouvelle Maison des Jeunes, un espace attractif et moderne offrant une alternative concrète aux loisirs passifs. Il rappelle que la commune investit aussi beaucoup dans l'éducation, non seulement à travers les nouvelles infrastructures (nouvelle école, extension de l'école Ben Heyard), mais aussi en soutenant des programmes scolaires de qualité, proposés par un personnel éducatif très impliqué. Il met également en lumière le rôle de l'école de musique, financée de manière suffisante pour proposer une offre large à toutes les tranches d'âge.

En matière de mobilité et de transport, il insiste sur l'importance d'un réseau sûr et accessible, qui favorise les alternatives à la voiture individuelle, notamment le vélo et le Bus@stroossen. Il reconnaît que développer des pistes cyclables dans une infrastructure urbaine ancienne reste un défi, mais affirme la volonté politique de poursuivre les efforts en ce sens.

Concernant le logement, il reconnaît que le problème dépasse largement les compétences d'une seule commune, mais il insiste sur la part que peut et doit jouer Strassen. La commune continue à investir dans des projets de logements abordables, notamment des Tiny Houses et des appartements à loyers modérés, tout en mobilisant l'Office social pour soutenir les citoyens en difficulté. En 2025, 110 dossiers de demande d'aide au logement ont été traités, preuve du besoin réel.

Enfin, il conclut en soulignant que, malgré les nombreux investissements réalisés ces dernières années, la commune reste sans dette en 2026, avec un excédent budgétaire de 840 000 €. Pour lui, ces investissements sont indispensables pour préparer Strassen à relever les défis de demain et ils doivent être perçus comme des choix tournés vers l'avenir, destinés à éviter les retards coûteux à long terme.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) insiste à son tour sur l'importance des associations, qui, selon lui, incarnent l'identité même de la communauté. Il rappelle que la commune soutient ses associations non seulement par des subventions directes, mais aussi en leur apportant une aide matérielle ponctuelle, éclairages, équipements, infrastructures, pour les aider à organiser leurs événements. Le réaménagement du Chalet Beim Fräiheitsbam est également une priorité, car ce lieu rénové permettra une utilisation plus riche et diversifiée.

Sur le volet scolaire, il précise que la commune suit une ligne claire : construction d'une nouvelle école, extension de l'école Ben Heyard, et réaffectation progressive des autres bâtiments, notamment pour maintenir durablement le Cycle 4 à Hueflach. En matière de transport, il rappelle que l'un des trois bus scolaires de la commune est électrique, une rareté au niveau national, et que le Bus@stroossen est également 100 % électrique.

À propos du logement, il évoque le mécanisme de préfinancement communal, qui permet à des habitants de devenir propriétaires sans supporter le prix du terrain, en achetant uniquement à prix coûtant. L'Office social est reconnu pour la qualité de son travail, tout comme l'équipe de la Maison des Jeunes, qui développe des projets innovants pour impliquer la jeunesse locale.

Il termine en revenant brièvement sur l'initiative « Fit duerch de Summer », activité sportive lancée avec succès et qui sera prolongée via les programmes Sport Loisirs, sous la coordination du nouveau coordinateur sportif communal.

Le conseiller Andrew Butler (CSV) prend la parole avec une touche d'humour et de poésie, évoquant la nécessité d'améliorer la communication autour

du budget. Selon lui, Strassen change, grandit, se transforme et cela appelle à des décisions à la hauteur de ces évolutions. D'ici 2030, plus de 11 500 habitants vivront dans la commune : un tournant majeur, qu'il faut accompagner avec clairvoyance et ambition.

Il met l'accent sur les axes sociaux du budget, en particulier la protection sociale, l'intégration, les personnes âgées, la culture, l'éducation pour adultes, et le logement. Pour lui, ces domaines représentent le cœur d'un vivre-ensemble réussi. Il rappelle les nombreuses demandes adressées à la commune, notamment 59 requêtes liées au logement, dont une part importante concerne des aides sociales, les conditions de vie ou encore la santé. Il salue à ce titre le travail remarquable de l'Office social de la commune, sous la présidence de Madame Josée Majerus.

Il revient ensuite sur le succès du projet PINSS, qui a proposé des ateliers autour du bois, de la gastronomie et d'activités créatives, en favorisant l'inclusion et l'intégration à travers des expériences concrètes et collectives. Il souligne également l'importance de la commission du vivre-ensemble, dans laquelle il est personnellement impliqué, et qui développe des événements fédérateurs comme un festival gastronomique international, prévu à nouveau pour l'année suivante.

Parlant des seniors, il évoque la fête de Noël organisée pour eux avec un transport communal dédié, qui a été un grand succès. Il insiste sur l'importance de maintenir ce type d'initiatives pour lutter contre l'isolement et créer du lien. Il mentionne également le club Aktiv Plus Stroossen, très actif, et exprime son soutien à la construction d'un nouveau bâtiment CIPA, qu'il juge essentiel et bien situé pour garantir un bon encadrement des aînés.

Il salue les efforts réalisés lors du Marché de Noël pour réduire les déchets, notamment grâce à l'utilisation de vaisselle lavable et réutilisable. Il encourage la commune à aller plus loin en proposant des formations sur la cybersécurité destinée aux habitants, un sujet qui lui tient à cœur. Il rappelle aussi l'importance des cours de luxembourgeois et de français, qu'il suit lui-même, comme levier d'inclusion, d'intégration et de participation citoyenne.

Abordant l'accessibilité, il se réjouit de l'aménagement d'une aire de jeux inclusive à proximité de la clinique pédiatrique, du centre logopédique et du futur arrêt de tram. Ce projet unique à l'échelle du pays permettra aux enfants en situation de handicap de jouer librement, dans un espace pensé pour tous.

Il évoque ensuite deux infrastructures à venir : une nouvelle morgue indispensable pour offrir aux familles un lieu digne pour se recueillir en-dehors du cadre religieux et une nouvelle pharmacie, qui sera construite à la place de l'ancien pavillon. Il souligne que ces projets répondent à un besoin réel et marquent l'attachement de la commune à la qualité de vie de ses habitants.

Le conseiller Andrew Butler (CSV) termine son intervention avec une image poétique : « Sois comme un arbre. Reste ancré. Connecté à tes racines. Tourne une nouvelle page l'année prochaine. Plie, mais ne romps pas. Apprécie ta beauté naturelle. Elle est le fruit de ton engagement. »

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne à son tour l'importance des projets sociaux comme PINSS, qui sont devenus de véritables piliers dans l'action communale. Il encourage l'initiative de tenir des stands au marché local pour donner de la visibilité aux projets interculturels et solidaires.

Il revient également sur le Mëttesdësch de fin d'année et la fête de Noël pour les seniors, qui ont rassemblé respectivement 150 et 250 personnes, soulignant le fort besoin de lien social dans cette tranche d'âge. Il annonce qu'en 2026, trois citoyennes de Strassen fêteront leurs 100 ans, une première qui témoigne du vieillissement actif de la population.

Le bourgmestre souligne aussi la qualité du dernier Marché de Noël, notamment grâce à la diversité des exposants et à la forte implication des associations locales. Il aborde la cybersécurité, thématique qu'il juge préoccupante, et reconnaît que malgré les efforts de la commune, les menaces évoluent plus vite que les protections.

Enfin, il réaffirme la valeur symbolique et humaine des projets comme l'aire de jeux inclusive, la morgue ou la nouvelle pharmacie, qui s'inscrivent dans une vision

globale d'un Strassen plus solidaire, plus accessible et plus humain. À son tour, il reprend les mots du conseiller Andrew Butler pour les adresser à tous : « Be like a tree. Stay grounded. » Une maxime, selon lui, que toute équipe politique devrait garder en tête dans la conduite de ses projets.

La conseillère Lise Jørgensen (DP) apprécie la diversité des projets proposés dans le budget, qu'elle estime inclusifs et adaptés à toutes les tranches d'âge. Ce matin encore, elle assistait à un événement de la Saint-Nicolas, où l'enthousiasme des enfants chantant tous en chœur lui a donné une impression vibrante de vie et d'énergie.

Elle insiste sur la richesse du vivre-ensemble à Strassen, soulignant que la commune offre à chacun, enfants, jeunes, seniors, une place et une voix. Selon elle, cette diversité d'initiatives est précieuse et reflète bien la cohésion locale. La conseillère Lise Jørgensen (DP) évoque aussi son attachement personnel à une culture de l'échange, comme elle l'a connue dans son pays d'origine : être ensemble, partager des idées, collaborer de façon concrète.

Elle se réjouit de voir que cet esprit collectif anime également Strassen, que ce soit dans les projets culturels, sociaux ou éducatifs. Pour elle, il s'agit d'un privilège de pouvoir vivre ici, surtout dans un monde où les tensions se multiplient. À Strassen, dit-elle, on vit bien, et on vit ensemble, et cela mérite d'être reconnu et valorisé.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rebondit immédiatement sur cette intervention en parlant de chance, une idée qu'il affirme souvent : le simple fait d'être né au Luxembourg constitue déjà un privilège immense dans le contexte mondial. Il estime que les nombreux projets en cours ne relèvent pas du luxe, mais sont nécessaires au développement de la commune.

Il souligne à son tour l'ambiance actuelle, marquée par une dynamique vivante, que ce soit lors des événements comme les concerts matinaux ou à travers la vitalité des acteurs locaux. Il salue les talents individuels, comme Madame Caroline Medernach, investie dans la chorale enfantine ou Monsieur Ben Seil, chef d'orchestre, mais rappelle aussi que c'est grâce à l'encadrement collectif que ces talents peuvent pleinement s'épanouir.

En conclusion, il revient à l'ordre du jour : les votes sur les amendements proposés, notamment ceux déposés par le conseiller Nicolas Kandel (DP) au nom de la fraction du DP concernant l'augmentation du budget dédié à l'informatique.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) prend alors la parole pour saluer cette proposition, qu'il souhaite élargir. Il rappelle que la commune avait, à une époque, fourni des tablettes aux conseillers pour favoriser la numérisation des documents. Mais il constate qu'aujourd'hui, la plupart utilisent leurs équipements personnels, ce qui pose problème en matière de sécurité des données.

Il insiste sur l'importance de doter les élus et les services de matériel sécurisé, notamment en prévision de l'intranet annoncé. Il évoque les risques de cyberattaques sur des données sensibles, notamment celles gérées par les services sociaux et estime qu'un saut qualitatif est nécessaire pour garantir l'intégrité et la confidentialité des informations.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) propose de soumettre au vote l'amendement du DP, tel que présenté. Ensuite, il passe à l'approbation des points modifiés repris dans la liste qu'il a préalablement énoncée, tous figurant dans le budget tel qu'il a été présenté. Il invite le conseil à se prononcer sur leur adoption.

Le vote se poursuit avec le budget rectifié 2025. Le bourgmestre rappelle que le total des recettes ordinaires s'élève à 65 millions d'euros, contre un total de dépenses de 47,294 millions. En ce qui concerne le service extraordinaire, les recettes sont de 5,213 millions, pour des dépenses atteignant 41 millions. Cela aboutit à un boni ordinaire de 17,787 millions d'euros et un mali extraordinaire de 35,912 millions. En intégrant le boni reporté de l'exercice 2024, qui s'élève à 34,5 millions, le boni général en ordinaire est de 52,329 millions, avec un mali maintenu en extraordinaire. Ainsi, le boni présumé du budget rectifié 2025 s'élève à 16,417 millions d'euros. Il demande alors au conseil s'il peut adopter le budget sous cette forme.

S'ouvre ensuite la discussion sur le budget prévisionnel 2026. Le conseiller Nicolas Kandel (DP) prend la parole pour remercier la majorité d'avoir intégré certaines propositions de son groupe. Il salue ce geste comme

un petit pas porteur d'une grande signification. Il insiste à nouveau sur la qualité du travail réalisé dans la préparation budgétaire et souligne l'importance des investissements envisagés, notamment dans les projets d'infrastructure, qui ne relèvent pas uniquement de l'idéologie politique, mais de nécessités concrètes, comme l'agrandissement de l'école ou de la maison communale. Il estime encourageant le fait que la commission des grands projets ait été instaurée et il réitère le souhait du DP de travailler de manière constructive avec la majorité. Le groupe souhaite contribuer au développement de Strassen et tend la main pour continuer à faire avancer les projets de manière collégiale. Toutefois, malgré ces points positifs, le DP décide de ne pas voter en faveur du budget prévisionnel 2026. Le conseiller espère que les remarques formulées seront prises en considération pour la suite, dans un esprit de collaboration renforcée.

Le bourgmestre lui répond en soulignant que, même si le DP ne soutient pas formellement le budget, il reconnaît au moins les progrès réalisés dans l'inclusion démocratique. Selon lui, un pas important a été fait, même si l'opposition a décidé de ne pas l'accompagner jusqu'au bout.

Il enchaîne avec la présentation des chiffres du budget prévisionnel 2026 : les recettes ordinaires sont estimées à 66 361 000 euros, pour des dépenses de 51 698 000 euros, soit un boni ordinaire de 14 663 000 euros. En y ajoutant le boni reporté de l'année précédente (16 416 000 euros), le boni général en ordinaire atteint 31 millions. Du côté extraordinaire, les recettes s'élèvent à 10 millions d'euros et les dépenses à 40 960 000 euros, générant un mali de 30 239 000 euros. Le boni global prévisionnel pour 2026 s'établit à 840 690 euros.

Il soumet alors le budget à l'approbation du conseil, concluant que, contrairement à d'autres communes, Strassen aura bel et bien un budget pour 2026, ce qui permettra de continuer à travailler efficacement dès le début de l'année.

Les votes se déroulent comme suit :

Le premier vote, portant sur les amendements présentés par l'échevine Anne Arend (CSV), est adopté à l'unanimité.

Le deuxième vote, intégrant les remarques du DP et du conseiller Paul Klensch (LSAP), obtient également l'unanimité.

Le troisième et le quatrième vote, relatifs aux parties du budget rectifié adoptés en 2024 à l'unanimité, sont aussi adoptés à l'unanimité.

Le cinquième vote, concernant le reste du budget rectifié 2025, reçoit cinq votes contre ; le reste du conseil approuve.

Le sixième et dernier vote, portant sur le budget prévisionnel 2026, recueille également cinq votes contre, ceux de l'opposition (DP), et une majorité de votes favorables.

2. Approbation du devis estimatif relatif à l'extension de la maison communale.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que le projet a été présenté récemment dans le cadre de la commission des grands projets. Des adaptations ont été apportées : la hauteur du bâtiment a été revue à la baisse en supprimant un étage et en relocalisant les installations techniques au sous-sol. Cette nouvelle configuration permet non seulement une meilleure intégration dans le paysage urbain, mais réduit également le coût du projet d'environ un million d'euros, portant le devis estimatif à 25 113 000 euros.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) intervient pour saluer certains aspects du projet retravaillé, notamment le fait qu'il préserve une silhouette plus harmonieuse pour le centre de Strassen. Toutefois, elle regrette que les membres du conseil n'aient pas eu l'occasion de se pencher plus tôt sur les différentes alternatives, estimant qu'une meilleure inclusion en amont aurait permis une réflexion collective plus riche. Elle mentionne par ailleurs que la fiche financière prévoit près de trois millions d'euros pour l'intégration du bâtiment existant et s'interroge sur la pertinence de certaines dépenses, comme les connexions prévues à chaque étage, qui auraient pu être pensées différemment.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) soutient globalement le projet, mais exprime des réserves similaires. Il évoque

notamment les économies réalisées en supprimant un étage, soit environ douze postes de travail pour un million d'euros, et souligne que pour une telle somme, il aurait été préférable de garder cet étage afin d'anticiper les besoins futurs. Il se félicite cependant de la décision de placer la technique au sous-sol, ce qui ouvre la possibilité d'extensions ultérieures.

Le bourgmestre répond que l'économie n'est pas exactement d'un million d'euros, car le déplacement des installations techniques implique également des ajustements structurels non négligeables. Il précise que le bâtiment tel que proposé est dimensionné pour les vingt prochaines années et que sa structure permettrait d'ajouter deux étages à l'avenir si nécessaire. Il insiste également sur le fait que les trois projets initiaux du concours pour la nouvelle école intégraient tous une vision pour l'agrandissement de la maison communale, même si cela n'a pas toujours été perçu comme tel. Il rappelle que les éléments étaient visibles sur les plans, même si certains détails pouvaient passer inaperçus si l'on se concentrait uniquement sur l'école.

Le conseiller Marc Fischer (DP) exprime pour sa part une opinion divergente au sein de son groupe, indiquant qu'il votera contre le projet. Il estime que ce choix architectural ne correspond ni à ses goûts personnels ni à sa vision du développement urbain et souligne que l'esthétique joue un rôle important dans l'image de la commune.

En conclusion, le bourgmestre affirme que cette diversité d'opinions est essentielle dans une démocratie. Il soumet alors au vote le devis estimatif modifié, fixé à 25 113 000 euros. Le résultat du vote est le suivant : une voix contre, quatre abstentions, les autres membres votent en faveur du projet. Le bourgmestre conclut que le projet est ainsi approuvé pour la deuxième fois en six mois, la première remontant à la séance du 12 juillet.

3. Adoption du plan d'ensemble relatif au réaménagement du centre de Strassen.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise d'emblée qu'il ne s'agit pas ici de l'approbation d'un projet concret ou définitif, mais bien d'un plan de principe, fruit des discussions menées jusqu'à présent. Ce document vise à fixer une base commune, permettant à chacun

de s'exprimer librement sans craindre de transgresser une quelconque confidentialité. Le plan reste évolutif et chaque sous-projet, qu'il s'agisse du parking, des aménagements de la place ou des accès, sera présenté séparément en temps voulu. L'objectif est d'avoir un fil conducteur clair, tout en maintenant la possibilité d'adaptations ultérieures.

Le conseiller Daniel Thein (DP) salue l'initiative d'un tel document cadre, qui offre la possibilité de construire un avenir cohérent pour le centre de la commune. Il voit dans ce plan une nette amélioration par rapport à l'état actuel, notamment en ce qui concerne l'aménagement paysager et la création d'un espace public agréable. Toutefois, il insiste sur la nécessité de penser au-delà du périmètre strictement défini dans le plan, en intégrant notamment le parc Barblé ou d'autres zones environnantes, afin d'éviter une mosaïque de projets déconnectés. Il plaide également pour que l'espace ne reste pas purement esthétique mais soit animé par des fonctions utiles : cafés, commerces, services de santé, pour assurer une fréquentation vivante et durable.

Le bourgmestre acquiesce et partage cette vision. Il évoque notamment le potentiel de la partie haute du site, en particulier autour de la fontaine, qui mériterait d'être incluse dans le plan élargi. Il confirme que les développements en direction du sud, vers les écoles, se poursuivront de manière cohérente avec ce schéma directeur.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) se réjouit de la mise à disposition de ce plan et exprime l'espoir que son groupe sera également impliqué dans les phases de concrétisation. Il souligne cependant l'importance d'une communication claire, notamment vis-à-vis de la population, afin d'éviter la propagation de rumeurs ou d'informations contradictoires. Il évoque notamment une rumeur concernant un éventuel chapiteau temporaire à 25 000 euros par mois, soulignant le besoin de mieux informer les élus sur les étapes et intentions réelles d'un projet.

Le bourgmestre lui répond qu'à l'heure actuelle, aucun projet finalisé n'existe encore, pas même au niveau du collège échevinal. Les travaux sont en cours de définition et toute décision ou présentation suivra dans le cadre des commissions compétentes. Il réfute

également le chiffre de 25 000 euros, précisant qu'il ne s'agit que de spéculations sans fondement à ce stade. En ce qui concerne les travaux imminents, seule la mise en conformité des portes du Centre culturel Barblé est prévue à court terme, notamment pour en assurer l'accessibilité. Le reste attendra la finalisation du projet global.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) interroge alors sur les intentions de rénovation du Centre culturel Barblé, évoquées lors de la présentation budgétaire. Elle cherche à comprendre si une réfection partielle du revêtement est prévue indépendamment du projet global.

Le bourgmestre confirme que seule une intervention ciblée sur les portes est actuellement programmée, le reste étant suspendu à la définition du périmètre du chantier.

Le conseiller Marc Fischer (DP) conclut les prises de parole en exprimant son soutien de principe à la direction prise, tout en indiquant qu'il s'abstiendra pour le moment. Il souhaite se réserver pour l'évaluation des projets spécifiques, une fois ceux-ci détaillés. Il mentionne aussi des opportunités intéressantes dans certaines zones, comme par exemple les alentours de la Spuerkeess, susceptibles d'accueillir de nouveaux services ou fonctions.

Le vote qui suit enregistre une abstention. Tous les autres membres votent en faveur de l'adoption du plan d'ensemble.

4. Adoption d'une convention avec le fournisseur SUDENERGIE.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la commune de Strassen envisage de changer de fournisseur d'électricité, en quittant Enovos au profit de SUDENERGIE. Cette décision est motivée avant tout par des considérations économiques : l'énergie proposée par SUDENERGIE est tout simplement moins chère.

Il précise que SUDENERGIE est un fournisseur communal, composé de plusieurs communes luxembourgeoises, dont la vocation est de fournir aux

citoyens une électricité à un prix aussi avantageux que possible. Contrairement à Enovos, qui n'a même pas réagi à la demande de transfert des 160 compteurs de la commune, SUDENERGIE s'est montrée proactive et propose un tarif inférieur d'environ deux centimes par kilowattheure. En supplément, un tarif « Energiewäert Premium » de 0,2 cents par kilowattheure est appliqué, ce qui garantit que l'électricité provient exclusivement d'installations récentes, âgées de moins de six ans et donc plus respectueuses des standards technologiques actuels.

À titre de comparaison, le tarif équivalent chez Enovos coûte environ 0,35 cents supplémentaire, ce qui renforce encore l'intérêt économique du changement de fournisseur. Avec une consommation annuelle d'environ 1 600 MWh, l'économie estimée s'élève à un minimum de 30 000 euros.

Aucune opposition ne s'élève dans la salle, mis à part une remarque technique concernant la clarification sur les termes de la convention, notamment ceux liés à l'installation d'une centrale photovoltaïque sur un parking communal. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que l'autorisation en conseil communal avait été requise uniquement pour cette installation, car elle concerne un terrain appartenant à la commune de Strassen.

La décision d'adopter la convention avec SUDENERGIE est approuvée à l'unanimité.

5. Circulation :

a) Modification du règlement général sur la circulation (avenant 23)

La conseillère Maryse Bestgen (déi gréng) explique que plusieurs changements sont prévus, notamment au niveau de certains « chemins de liaison » désormais ouverts aux cyclistes, ce qui entraîne la modification de la signalisation concernée. Ces itinéraires sont situés de la N34 jusqu'à la rue Marie Curie, entre la N34 et le Skatepark, entre la rue des Primeurs et la rue des Potagers et sur les chemins de liaison entre la rue Michel Weyrich / rue Thomas Edison / rue des Primeurs / rue Kaltacht. Sur tous ces axes, les panneaux seront adaptés pour indiquer que la voie est également ouverte à la circulation cycliste.

Un second changement concerne les bornes de recharge pour voitures électriques. Jusqu'ici, les résidents de Strassen pouvaient y stationner avec leur vignette sans limitation de durée. Désormais, le stationnement y sera limité à une durée précise, deux, trois ou quatre heures selon les emplacements, comme l'indiquera la nouvelle signalisation. Cette mesure s'applique notamment à la Z.A.I. Bourmicht – rue du Puits Romain, à la rue des Ardennes, à la rue des Capucines et à la rue de la Chapelle.

Troisièmement, trois nouvelles places de stationnement réservées aux personnes à mobilité réduite (PMR) seront créées à proximité des habitations où résident des personnes concernées afin de répondre à des besoins concrets et ciblés.

Elle mentionne également que des panneaux ont déjà été installés aux abords de la Maison Relais, afin de préparer l'aménagement prévu dans ce secteur. Une autre modification concerne un emplacement spécifique situé entre deux maisons, où les riverains pensaient avoir une place de stationnement réservée. Afin d'éviter toute ambiguïté, la commune y installera désormais une signalisation claire.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande une précision concernant un point, où il est indiqué que le stationnement est interdit sur toute la longueur d'un des chemins. Elle s'étonne de cette mention, étant donné qu'aucune signalisation n'est indiquée.

L'échevine Maryse Bestgen (déi gréng) répond que l'interdiction existe à titre réglementaire, mais qu'un panneau devrait être effectivement installé si la commune souhaite la rendre visible et exécutoire. La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) complète en expliquant que, dans une rue classique sans interdiction spécifique, tout véhicule peut en principe stationner 48 heures maximum, ce qui reste valable ici tant que rien ne l'interdit explicitement.

Le règlement modifié est ensuite adopté à l'unanimité.

6. Modification du tarif pour les repas sur roues.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que cette révision des prix, longuement discutée en

amont, vise à ajuster les tarifs en fonction des réalités actuelles.

Il est ainsi proposé de faire passer le tarif standard de 8 à 12 euros par repas, afin de mieux refléter les coûts réels du service. Par ailleurs, pour les bénéficiaires dont le revenu mensuel n'excède pas 2 540 euros indexés à 68,04, un tarif réduit passera de 3,50 à 5 euros.

Le conseiller Marc Fischer (DP) prend brièvement la parole pour saluer cette décision. Il souligne que, même si cela peut paraître paradoxal de « se réjouir » d'une hausse de tarif, cette révision était attendue depuis longtemps. Selon lui, ne pas avoir revu les tarifs pendant vingt ans a créé un décalage important. Il rappelle également l'importance de revoir régulièrement l'ensemble du catalogue tarifaire communal, notamment les taxes, pour éviter des pertes budgétaires massives à long terme. Il considère cette démarche comme un pas dans la bonne direction, à reproduire de manière systématique.

La proposition est ensuite adoptée à l'unanimité.

7. Modification des tarifs pour le centre résidentiel Riedgen.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que des augmentations avaient déjà été introduites le 1er septembre 2025 pour les résidents actuels. Toutefois, afin de mieux équilibrer les coûts, notamment à la suite de la pandémie de la Covid-19 et de l'introduction de services supplémentaires, une nouvelle grille tarifaire est désormais proposée pour les nouveaux arrivants à partir du 1er janvier.

Ces nouveaux tarifs s'élèveront, par exemple, à 1 990 euros par mois pour une personne logée dans un appartement de 53 m² et à 2 150 euros pour une personne dans un appartement de 57 m². Les couples paieront 2 190 euros et 2 350 euros respectivement. Les prix des parkings restent inchangés.

Par ailleurs, une augmentation de 5 % des loyers existants est envisagée, mais uniquement à partir du 1er septembre 2026, afin d'anticiper sans avoir à relancer une procédure intermédiaire. Le bourgmestre souligne que, malgré cette hausse significative, les tarifs restent

inférieurs à ceux pratiqués dans de nombreuses autres communes. Il insiste aussi sur le fait que l'État propose désormais des subventions pour les logements encadrés, ce qui n'était pas le cas auparavant.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) propose, à titre symbolique, d'augmenter également le tarif du parking pour les riverains, afin d'encourager la réduction du nombre de voitures, mais le bourgmestre rappelle que la commune n'attribue plus ces places de parking aux résidents.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient sur la vocation initiale du centre Riedgen, qui était celle du logement encadré pour personnes encore autonomes. Elle déplore que le modèle ait évolué vers un encadrement plus lourd sans que la convention avec le prestataire Sodexo ne soit revue. Elle plaide pour une réflexion en profondeur et une éventuelle renégociation du contrat pour adapter les prestations et les coûts à la réalité actuelle.

Le bourgmestre répond que le centre Riedgen reste classé comme logement encadré et ne peut pas légalement proposer des soins plus lourds. Le développement futur, notamment via la création d'un CIPA à proximité, permettra de rationaliser les services comme la réception et le restaurant.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) pose une question d'ordre juridique quant à la possibilité de revoir les loyers chaque année, alors que les logements classiques sont encadrés par une règle de révision bisannuelle. Le bourgmestre confirme que les logements encadrés, bénéficiant de services, ne sont pas soumis à cette contrainte.

Le conseiller Daniel Thein (DP) salue la transparence nouvelle apportée par les comptes d'exploitation. Il s'interroge néanmoins sur l'état des appartements libérés : ceux-ci, répond le bourgmestre, sont rénovés en fonction des besoins, repeints et parfois remis à neuf si nécessaire.

Le conseiller Marc Fischer (DP) insiste, pour conclure, sur la nécessité de combiner augmentation des recettes et maîtrise des dépenses. Il appelle à ne pas se limiter à une hausse systématique des tarifs, mais

à considérer aussi les pistes d'optimisation structurelle. La proposition de nouveaux tarifs est adoptée à l'unanimité.

8. Adoption d'une résolution contre la centrale nucléaire de Cattenom.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le sujet en expliquant que cette résolution, désormais présentée au conseil, a été remaniée par la commune elle-même. En effet, la motion initiale, émise par une alliance nationale de communes, s'exprimait contre l'énergie nucléaire à l'échelle mondiale. La commune de Strassen, tout en souhaitant exprimer une opposition claire à la prolongation de la centrale de Cattenom, a préféré se limiter à une déclaration ciblée, consciente de la complexité du contexte énergétique régional.

Le bourgmestre rappelle qu'une partie de l'approvisionnement en électricité du Luxembourg dépend encore du réseau français, qui inclut l'énergie nucléaire. Une position de rejet absolu de cette source pourrait donc avoir des répercussions lourdes, notamment pour l'industrie locale. La résolution proposée reste donc réaliste : elle s'oppose clairement à la prolongation de la durée de vie de la centrale de Cattenom, sans pour autant rejeter globalement l'énergie nucléaire.

Le conseiller Laurent Braun (CSV), à l'origine de la version finale du texte, précise que la résolution s'inspire des positions de l'Alliance des communes contre l'énergie nucléaire, tout en recentrant le message sur Cattenom. Il insiste sur le fait que cette installation avait été conçue pour une durée de vie de quarante ans, durée qui touche aujourd'hui à sa fin. Prolonger son fonctionnement au-delà de ce seuil soulève des questions majeures de sécurité. La résolution rappelle également l'importance pour le Luxembourg et ses communes d'investir dans des énergies durables et locales, sans se prononcer plus largement sur le nucléaire en tant que technologie.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) accueille favorablement le texte, qu'il juge fidèle aux discussions qui ont eu lieu au sein du conseil. Il souligne que la formulation retenue reflète bien le consensus trouvé.

Le texte est adopté à l'unanimité.

9. Adoption d'un règlement-taxé relatif aux équipements collectifs.

L'échevine Anne Arend (CSV) introduit le sujet en rappelant que ce règlement, déjà tenté en juillet 2024, avait à l'époque été rejeté par le ministère. Elle souligne qu'il s'agit ici de revoir une taxe existante qui n'a pas été adaptée depuis 2007. Jusqu'ici, la taxe reposait sur une base fixe par unité d'habitation (325 €), ce qui ne reflète plus la réalité actuelle, notamment face aux nombreux nouveaux plans d'aménagement particuliers (PAP) en cours, qui impliquent d'importants investissements communaux en matière d'infrastructures (écoles, aires de jeux, etc.).

Le ministère ayant requis une réforme fondée sur les mètres carrés plutôt que sur des montants fixes, la commune propose donc désormais un tarif de 15 € par m² pour les habitations, y compris les logements intégrés, et de 7,50 € par m² pour les chambres meublées. Cette dernière catégorie, bien que plus délicate à encadrer administrativement car ne nécessitant pas de permis de construire, justifie sa propre taxation compte tenu de l'augmentation potentielle de la densité d'occupation et donc de la pression sur les équipements publics.

Par ailleurs, pour les constructions non résidentielles, un tarif de 10 € par m² est proposé, conformément aux recommandations ministérielles. Sont exemptées certaines annexes (annexe 3 du PAP), telles que les cabanes de jardin, garages ou carports, jugées sans impact sur les infrastructures collectives.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise que toutes les propositions ont été discutées et validées par le ministère, avec confirmation écrite à l'appui, afin d'éviter un nouveau rejet et garantir que cette version du règlement puisse être validée rapidement.

Le conseiller Marc Fischer (DP) exprime sa satisfaction que ce sujet, longtemps négligé, soit enfin traité. Il propose qu'un catalogue général des taxes communales soit élaboré et régulièrement révisé afin d'éviter à l'avenir les rattrapages importants, et de mieux planifier les adaptations tarifaires nécessaires.

Le règlement est adopté à l'unanimité.

10. Allocation de subsides à des œuvres humanitaires.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente brièvement les bénéficiaires. Au niveau international, un montant de 4 000 € est attribué à un projet au CVED-Cap-Vert Espoir & Développement.

Au niveau national, plusieurs associations et initiatives reçoivent un soutien : Inter Actions – Service premier Appel 3 500 €, Stëmm vun der Strooss – Kannerstëmm 3 500 €, Leederwon asbl 3 500 €, Ligue HMC 3 500 €, Maison de la Porte ouverte – Maison Sichem 3 500 €, D'Stëmm vun den Iwwerliwenden asbl – La voix des survivantes 3 500 €.

Le vote est adopté à l'unanimité.

11. Urbanisme :

a) Approbation de la convention et du projet d'exécution dans le cadre du PAP GAASCHT-BIERG PARTIE 1

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique qu'il s'agit de la dernière résidence située sur le côté droit de la route d'Arlon, juste derrière Conforama. La convention concerne un terrain, d'une superficie de 7,09 ares. En raison de ce développement, une nouvelle rue doit être construite, dont le coût estimé s'élève à environ 58 000 €. La convention prévoit la cession de 28 % du terrain à la commune, avec obligation de démarrer les travaux dans un délai de 12 mois et de les achever sous 18 mois. L'ensemble des infrastructures nécessaires (voirie, réseaux) devra être mis en place avant rétrocession de la rue à la commune.

Aucune remarque n'est formulée et le conseil vote unanimement en faveur de la convention.

b) Émission d'un avis dans le cadre de la loi modifiée du 25.02.2022 relative au patrimoine culturel

Dans un second point, le bourgmestre soumet un avis à émettre dans le cadre de la loi modifiée du 25 février 2022 relative au patrimoine culturel. Il s'agit d'un développement urbanistique dans la rue des Carrières, en lien

avec un PAP porté notamment par le Fonds du Logement. Le Ministère de la Culture a émis un avis imposant la conservation d'un ancien bungalow des années 1970, jugé singulier et potentiellement d'intérêt patrimonial.

Ce classement rend nécessaire la révision du projet d'aménagement, car il faudra déplacer certains éléments pour respecter la nouvelle contrainte. Le terrain reste constructible dans son ensemble : la surface perdue au bas du plan sera compensée par une majoration de la constructibilité dans la partie supérieure du PAP. La commune, sollicitée pour avis, a choisi une position prudente : n'étant pas experte en la matière, elle préfère ne pas se prononcer sur le caractère patrimonial du bâtiment, évitant ainsi tout risque de contentieux ultérieur.

Les conseillers municipaux expriment diverses opinions. Le conseiller Nicolas Kandel (DP) déplore qu'un projet de qualité doive être compromis pour la conservation d'un bâtiment qu'il juge inadapté et inutile.

Le conseiller Marc Fischer (DP) rappelle que la maison est inhabitée depuis sept ans, ce qui laisse présager un état intérieur dégradé.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) propose cependant une alternative constructive : plutôt que de voir l'endroit devenir un site abandonné, pourquoi ne pas en faire un lieu culturel, tel qu'une résidence d'artistes ou un espace communautaire à l'image de ce qui se fait ailleurs dans la région ou dans d'autres communes du Sud.

La conseillère Martine Dieschbourg-Nickels (DP) appuie cette idée, évoquant l'intérêt de doter un nouveau quartier d'un lieu de rencontre ou d'une salle commune pour favoriser la convivialité.

Le bourgmestre admet que si le bien devait être classé, la commune ne l'achètera pas, mais qu'il pourrait appartenir à ceux qui l'ont protégé de le valoriser. Il conclut que l'avis de la commune restera neutre, mais qu'un ajout sera fait pour suggérer que, si le bâtiment ne devait pas être utilisé à des fins d'habitation, il puisse bénéficier au quartier.

L'avis est adopté à l'unanimité, avec l'insertion de cette précision finale.

12. Divers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) clôture la séance par un mot de remerciement adressé à tous les membres du conseil. Il salue l'ambiance constructive et respectueuse qui a marqué l'année. Il exprime sa satisfaction quant au travail accompli au sein du collège échevinal et fait part de ses espoirs pour l'année à venir, marquée, selon lui, par de nombreuses mutations, tant au niveau communal que sociétal. Il adresse à chacun ses vœux les plus sincères pour 2026.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) prend ensuite la parole pour évoquer un souvenir historique : selon les informations d'un proche, un crucifix en porcelaine, autrefois placé à la morgue, serait une œuvre de l'artiste luxembourgeois Léon Nosbusch, actif au XX^e siècle. Il s'agirait d'un élément important du patrimoine local. Le bourgmestre s'engage à effectuer des recherches à ce sujet. Le conseiller Nicolas Kandel (DP) en profite également pour souhaiter à tous une bonne année et saluer la qualité des échanges, rappelant une devise prononcée à ses débuts : « On joue le ballon, pas l'homme. »

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) transmet ensuite une remarque issue de la commission de la jeunesse. Il salue les efforts de la commune pour instaurer des zones sans tabac, mais attire l'attention sur la présence fréquente de mégots à l'arrière de la brasserie, propriété communale. Il demande au collège d'en parler

au locataire afin de remédier à cette situation qui nuit à l'image de la commune. Le bourgmestre promet de faire suivre la demande.

Le conseiller Andrew Butler (CSV) évoque ensuite un problème de sécurité dans le nouveau stade de football : certaines marches sont glissantes, surtout par temps humide. Le bourgmestre s'engage à transmettre la remarque au responsable technique.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) formule deux observations. D'abord, elle demande qu'une mini-barrière soit installée autour du podium de la fanfare lors du marché de Noël, afin de protéger le chef d'orchestre et les enfants des risques de chute. Ensuite, elle remercie la commune pour le soutien apporté au projet scolaire « Storyclub Stroossen » qui a permis aux élèves de 5e année d'écrire et de présenter des contes de Noël. Elle en salue la valeur éducative et espère que ce type d'initiative sera reconduit. Le bourgmestre confirme que ce projet est encadré par Greg Melmer, enseignant détaché pour ce type d'activités.

Le conseiller Marc Fischer (DP) demande enfin à recevoir le total actualisé du CET du personnel communal, qu'il n'a pas encore obtenu. Il conclut sur une note de tolérance, espérant que les règlements adoptés à l'avenir n'empiètent pas de manière excessive sur les libertés individuelles, surtout en cette période de fêtes.

La séance est levée à 18h51.

Meeting of the Municipal Council of 18 December 2025

AGENDA

1. Discussion and vote on the amended 2025 budget and the provisional 2026 budget.
2. Approval of the estimate for the extension of the Town Hall.
3. Adoption of the master plan for the redevelopment of the town centre.
4. Adoption of an agreement with SUDENERGIE.
5. Traffic:
 - a) Amendment to the General Traffic Regulation (Amendment 23)
6. Amendment to the “meals on wheels” rates.
7. Amendment to the Riedgen Centre rates.
8. Adoption of a resolution against the Cattenom nuclear power station.
9. Adoption of a tax regulation relating to community facilities.
10. Grants for humanitarian organisations.
11. Town planning:
 - a) Approval of the agreement and the implementation plan under the “GAASCHTBIERG PAP PART 1”
 - b) Issuance of an opinion under the amended Act of 25 February 2022 on Cultural Heritage
12. Any other business.

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Jean Claude Roob (LSAP), member of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the meeting by welcoming all the members of the Municipal Council to the last session of 2025. He noted that the discussions would primarily focus on the adoption of the municipal budget. He then informed the councillors that Councillor Jean Claude Roob (LSAP) was excused and had given his proxy to Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP).

1. Discussion and vote on the amended 2025 budget and the provisional 2026 budget.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the main item on the agenda, i.e. the discussion and vote on the amended budget for 2025 and the provisional budget for 2026. He noted that the Finance Committee's report had been submitted, albeit not without some tension within the Committee itself. He nevertheless urged the members of the Municipal Council to proceed with the examination of the budget in a serene fashion.

The technical presentation was given by Alderwoman Anne Arend (CSV), who reminded the councillors of the fact a full presentation of the budget had been given at the previous meeting. That said, she added that a few minor adjustments still needed to be incorporated before the vote.

She began with the revised budget for the 2025 tax year. Under extraordinary expenditure, one item required an upward revision: €50,000 had been added to the Helfent pumping station's costs due to an unexpected invoice, making the overall amount rise from €1,230,000 to €1,280,000.

Next, in the ordinary budget, several technical adjustments were required. An expenditure of €2,000 was reinstated for the purchase of sewing machines, which were key to the success of the future adult sewing course scheduled for February. She also mentioned that the repair work on street lighting had been more extensive than anticipated, incurring an additional cost of €30,000, as well as €50,000 for unforeseen road repairs. Finally, €14,000 had to be spent on fixing a water leak on the upper floor of the administrative building.

In summary, extraordinary expenditure for 2025 had risen from €41,076,477 to €41,126,477, and ordinary expenditure had increased from €47,198,599 to €47,294,599.

Regarding the provisional budget for 2026, she announced a specific increase of €31,000 to the ordinary expenditure to account for the price adjustment for the “meals on wheels” service due to the rise applied by the Riedgen Centre. This amount had not yet been included in the budget presented previously. Thus, the revised total ordinary expenditure for 2026 totalled €51,698,000.

She clarified that the final amounts to be voted on were the revised ones.

Councillor Daniel Thein (DP) began by remarking that the recent changes to the budget did not significantly alter his opinion. He emphasised the importance of this budgetary stage, viewing the budget not merely as a compilation of figures, but as a genuine policy-steering instrument, a reflection of the Municipality’s priorities and long-term vision.

He began his analysis with revenue. He noted that the General Endowment Fund had increased by 2.5% in the amended 2025 budget, representing an injection of €1.2 million, followed by €2 million for 2026. The increase to the municipal corporate tax was more modest: €900,000 in 2025 and €200,000 the following year. He added that nearly 84% of ordinary revenue depended on sources over which the Municipality had little control, thereby exposing Strassen to unpredictable external fluctuations.

As regards the extraordinary revenue, he had noticed a sharp decrease in the revised 2025 budget from €11.9 million to €5.2 million. He attributed this to the failure to complete some property sales, namely apartments that had initially been valued at €5.6 million. These amounts were re-entered in the 2026 budget at €3.7 million, which, in his view, distorted the budget as presented.

However, he welcomed the improvements in terms of grant applications and allocation. He gave the specific examples of the greening project for the car park,

Pescher Square, a social housing project, the Skatepark and the football pitch, all of which had benefited from significant funding.

Turning to expenditure, he pointed to an increase of €5.4 million in the amended 2025 budget compared to 2024, while the 2026 budget provided for ordinary expenditure of €51 million. He drew the councillors’ attention to the rise in expenditure on wages: in 2024, 17 additional staff members were hired, which had significantly increased social security contributions. In his opinion, this trend would continue due to the gradual expansion of the Municipality, its infrastructures and services, highlighting the future impact of the time-saving scheme on these expenditure items.

He bemoaned the fact that no allocation had been made to the Budget Reserve Fund for 2025 or 2026 and recommended a rigorous monitoring of ordinary expenditure.

In terms of extraordinary expenditure, he remarked that there was a significant discrepancy between the authorised amounts and those actually spent, particularly regarding property acquisitions: €5 million in the revised 2025 budget, but only €1.5 million allocated for 2026.

Councillor Daniel Thein (DP) also pointed to the high level of investment, praised by the Minister for Finance in the latest circular on the budget. He listed several large-scale projects: the new school, a car park, the Riedgen Centre, the modernisation of the town centre, solar panels, the Tiny Houses, the extension of the Town Hall, the construction of the Maison des Jeunes (youth club), the Reckenthal site, a new mortuary, the relocation of the pharmacy to the centre and, finally, the extension of the Sports Hall. The sheer length of this list reminded him of Queen’s “I Want It All”, which he said was a metaphor for the current investment strategy: wanting it all and wanting it now.

He called for greater caution when it came to getting into debt, pointing out that although the Municipality was still officially debt-free, that could change rapidly following the implementation of all those projects. He advocated for a sensible phased approach and, if necessary, an adjustment of the projects to real needs.

Finally, he noted that the revised 2025 budget showed an impressive surplus of €16.5 million, largely thanks to a carry-over of €11 million from the 2024 tax year. This buffer would allow the Municipal Council to enter 2026 with greater confidence, as its budget also forecast a somewhat more modest surplus of €840,000. He added that there was the possibility of a more favourable amended budget in 2026, given the current rather cautious budgetary stance. He also underscored the fact that the Municipality still had financial reserves totalling €26 million.

In conclusion, he said that the budget revealed a slow but steady rise in revenue, faster growth in expenditure, a reduction in surpluses and increasing pressure linked to investments. The DP acknowledged the value and legitimacy of numerous projects but called for rigorous priority-setting and the efficient use of resources in order to ensure sound financial management.

The Mayor replied that the executive shared this concern, particularly regarding recurrent expenditure on salaries. He highlighted the deliberate strategy of phased project planning, which allowed for flexibility. He gave the example of the football stadium, which had been funded without resorting to loans, in contrast to the future school, a much more costly project that would only begin once other large-scale projects had been completed. He added that the extension of the Sports Hall had been deliberately postponed, and that the mortuary and the CIPA (Integrated Centre for the Elderly) project were being closely monitored.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that a critical meeting had taken place to adjust the pace of the projects. The future school represented a colossal investment of €50 million, and for both financial and logistical reasons, every effort was being deployed to avoid simultaneous major construction projects. She also emphasised that some projects such as the CIPA (Integrated Centre for the Elderly) would benefit from substantial grants, unlike the schools.

In conclusion, the Mayor welcomed the fact that the new Minister wished to review the funding model by introducing regular support throughout the construction phase, rather than only at the end. Indeed, this would allow local authorities to limit their structural

debt and reflected a better understanding of local realities. This was all the more welcome given that this Minister had first-hand knowledge of municipal challenges.

Alderwoman Anne Arend (CSV) pointed out that this principle was already applied to sports facilities.

Councillor Nicolas Kandel (DP) addressed several budget items, starting with event-related costs, which amounted to over one million euros. He said the sum was staggering, particularly given the questionable quality of some of the events. In his view, the sums paid out were not always justified. He spoke of excessive means being poured into celebrations, and the fact that citizens were sometimes overwhelmed by the excessive offer, where quantity seemed to take priority over relevance and quality at times. In his opinion, some events were a resounding success, such as the “Stroossen Open Air”, but others raised serious doubt.

He gave the example of the “Stroossefestival”, the cost of which was said to have been around €300,000 that year, but the result of which was disappointing. Due to bad weather and a lack of a suitable contingency plan, several performances had reportedly been cancelled or compromised. The same applied to smaller-scale events, such as Tree Day, which was costly considering what it entailed, i.e. planting trees and having drinks together. In his view, the actual attendance at events such as Sports Night, for example, was well below what was expected and the figures sometimes failed to reflect reality.

He bemoaned the Municipal Council’s lack of self-reflection in the face of the repeated failure of some initiatives. The Food Truck Festival was yet another example: once popular, it no longer attracted crowds. He urged the Council to adopt a more analytical approach to these matters and objectively assess the cost-benefit ratio of each initiative in light of the expectations of a young, cosmopolitan population. He was also of the opinion that the Municipal Council had failed to fully seize the opportunity of Strassen’s 175th anniversary to convey local history to both long-standing and new residents.

He went on to address environmental issues, arguing that efforts regarding the energy transition fell short of

stated ambitions. The amounts invested in 2025 were well below what had been planned. He acknowledged the fact that the new car park at the football ground incorporated solar panels, but thought there was still significant untapped potential in Strassen, both in terms of infrastructure and the overall energy strategy.

He criticised the failure to implement a smart rainwater harvesting system, particularly at the football pitch, as well as the persistent lack of clarity regarding the electrification of the Council's vehicle fleet. The fact that the budget allocation for fuel had been increased suggested that this transition was not moving forward fast enough.

He called for an ambitious environmental policy that went beyond purely symbolic actions such as the Repair Café. In his view, the current strategy resembled a scramble for brownie points rather than the genuine implementation of comprehensive and coherent ecological solutions.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that discussions about expenditure at events may be warranted, but he contested the criticism of the "Stroossefestival", which he thought was well organised. He confirmed that the Foodtruck Festival would not be repeated because it no longer met the public's expectations. He insisted on the need for continued small-scale events, because they contributed to local cultural life even if they did not attract hundreds of people. He refuted the idea of a disjointed programme, citing positive feedback from citizens praising the professionalism of the cultural offer.

Regarding Strassen's 175th anniversary, he admitted that the celebrations could have been prepared further in advance. However, he underscored the fact that a history-focused project had been launched, with the aim of raising awareness about the Municipality's past. Regarding the inclusion of foreign residents, he highlighted the existence of Café Babel and the active participation of the international community at events such as the "Marche gourmande" (Gourmet Walk).

As to the energy transition, he agreed that more could have been done, but pointed out that innovative projects were in the pipeline, e.g. citizen energy

cooperatives and an app designed to track individual energy consumption. He said that the Municipality only purchased electric vehicles for its new light vehicle fleet. He admitted that electric vans did not yet fully meet payload requirements, a technological constraint that currently prevented their widespread use.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) then took the floor to defend Sports Night, which she considered to have been a resounding success at a low cost. She described the good atmosphere there, particularly for children, and disagreed with the idea of inflated attendance figures. Regarding Tree Day, she said it was meaningful and families were attached to it for symbolic reasons.

Alderwoman Anne Arend (CSV) said that the initial budget for Tree Day had been set at €20,000, but that the event had only cost around €10,000. She justified the expense by mentioning the production of new plaques and the refreshments provided, and she said that low-cost events of this kind brought genuine joy to the participants.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) began by expressing her gratitude for the fact she lived in a country where democratic debates could take place freely, without fear of repression. She thanked everyone who contributed to drafting the budget, particularly the municipal services, as well as the local associations who had supported the organisation of numerous events.

She then echoed Councillor Nicolas Kandel's (DP) observation regarding the proliferation of celebrations, which required considerable commitment from municipal staff. She called for a comprehensive assessment with the aim of finding ways to streamline them, both to reduce the staff's workload and improve the quality of some of the initiatives. She suggested that the Culture Committee, chaired by Paul Klensch (LSAP), lead the review.

She then addressed the management of major infrastructure projects, which she found insufficiently inclusive. She was displeased that members of the Municipal Council often only got involved at a late stage, when the projects had already been finalised.

She advocated for a more collaborative approach from the outset, including a shared assessment of the Municipality's needs, the joint drafting of specifications, and a collective analysis of architectural options and financial statements. In her view, this would foster a shared sense of project ownership and lead to more consensual budget votes, such as in other municipalities like Mondorf-les-Bains or Bascharage.

She referred in particular to the CIPA (Integrated Centre for the Elderly) project: it was strategic but still too vague, particularly regarding potential cooperation with Bertrange or the opportunity to utilise existing under-used facilities. She proposed exploring public-private partnerships to respond more quickly and effectively to infrastructure needs. She also emphasised that the Municipality's very young population could call investments in certain types of facilities into question in the long term.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also raised the issue of the Karate Hall, which would no longer be recognised as a national centre by the Federation. She saw this as an opportunity to rethink the use of the hall, e.g. its conversion into a more flexible multi-sports facility suited to other disciplines.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that the National Karate Federation was moving to a new centre in Niederanven. However, the current facility could continue to host other martial arts classes. She told the councillors that a meeting had been scheduled with the Ministry of Sport to discuss this potential conversion and said financial simulations were already being done.

Mayor Nico Pundel (CSV) went back to the large-scale projects. He said that the 2023 CIPA (Integrated Centre for the Elderly) plan was still on the agenda, discussions on technical aspects were ongoing with the Ministry, and calculations were being performed with the CIPA's current service provider, Riedgen Sodexo, to assess the project's financial feasibility. Regarding the councillors' involvement in the projects, he acknowledged that discussions could be more productive but clarified that technical matters were managed by the relevant departments. He added that the Municipality ensured reasonable event planning and the appropriate deployment of its staff.

Once more, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) emphasised the crucial need for greater transparency about projects from the outset, particularly regarding the options resulting from calls for tenders. She was displeased that some decisions had been presented without any clear alternative (e.g. the extension of the Town Hall). She hoped that the projects could still benefit from the councillors' expertise.

Councillor Nicolas Kandel (DP) backed up those comments, saying it was difficult to evaluate a project that had already been finalised and without any basis for comparison. He also raised the issue of broadcasting Municipal Council meetings, saying that such transparency had become the norm in many other municipalities.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that this proposal was still on the table, even though no specific budget line had yet been allocated to it. He suggested that initially, the broadcasts could be partial, or they could have a trial.

Finally, on behalf of his party, Councillor Nicolas Kandel (DP) officially tabled two budget amendments relating to the installation and maintenance of the necessary equipment for broadcasting the Municipal Council meetings. The first aimed to increase the "IT acquisitions" budget line from €70,000 to €100,000. The second proposed an increase of €8,000 for equipment maintenance. The proposed amounts take inflation into account.

Councillor Marc Fischer (DP) explicitly welcomed the intention of Alderwoman of Finance Anne Arend (CSV) to take a firm stance vis-à-vis future projects to ensure they were properly completed. He gave the example of the Karate Hall, which was inaugurated in 2016 but never completed to the required standards. When a project was based on clearly defined specifications, it should only be considered complete once all those criteria had been met. Any subsequent modifications or improvements should be the subject of a new budget item. He welcomed this rigorous approach, and considered it sound.

He then echoed the comments of his colleagues, particularly those of Councillor Martine Dieschburg-

Nickels (DP), highlighting the need for a comprehensive overview. It was not simply a matter of being involved in specific one-off projects, but rather of building a coherent and coordinated strategy for the future of the Municipality. In this regard, he spoke of three key areas: infrastructure needs, the establishment of strategic land reserves, and overall financial sustainability. In addition, there was another element he believed was crucial but only too rarely mentioned in debates: quality of life.

He went on to say that, according to figures discussed in the Finance Committee, the Municipality could accommodate up to 6,000 additional residents in the medium term. This would bring the total population to around 17,000 or even 18,000 people. Faced with such growth, long-term planning was essential. He also mentioned the future extension of the tram line along Route d'Arlon by 2030, which would accelerate urban densification. He argued that this underscored the urgency of joint reflection about the future of the area, looking well beyond mere budget figures.

Mayor Nico Pundel (CSV) responded by confirming that he too thought that there was a risk of saturation. In his opinion, quality of life no longer improved with the arrival of new residents – quite the contrary. He emphasised that Strassen was located in an area with high development potential within the central urban fabric, and that a possible economic recovery could significantly boost demand. That said, he shared the view that living with a population of 10,600 was more pleasant than with 16,600 and he called for quality of life to remain at the heart of every decision.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) returned to the subject of the Council's acquisition of 16 homes as part of the Suebelfeld PAP (Special Development Plan). She expressed reservations about this transaction, which she described as significant. In her view, this action led to two tricky options: either the Municipality could rent out these homes, in which case it would receive a 75% subsidy from the Ministry, or it could sell them, which would turn it into a player on the property market – a role she thought inappropriate for a public authority.

She also underscored the administrative burden that such a housing stock would entail. A housing department

or some form of municipal property management body would have to be created to oversee the properties and manage repairs and maintenance. She pointed out that the Municipality already had around 50 affordable and social housing units. She wondered if it would be wise to add more to that stock against a backdrop of other unfinished large-scale projects.

The Mayor replied that an agreement had indeed been signed, so the Municipality had committed to acquiring these properties. However, he pointed out that discussions were still ongoing with social housing providers so that part of the portfolio, namely the main building, could be taken over by a third party. The other scattered units would likely remain under municipal ownership. He emphasised that the Municipality did not intend to become a real estate agency, and that they had to be careful, both for financial and structural reasons. He concluded by stating that the College of Mayor and Alderwomen would ensure that this acquisition policy stayed under control and reasonable.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) then took the floor. First, she commended the constructive spirit in which the budget discussions took place each year within the Municipal Council. She wished to highlight some points which she believed deserved particular attention.

She began by addressing the Municipality's commitment to social solidarity. Poverty was on the rise even in Luxembourg, and she stressed how crucial it was not to forget those in need. Social cohesion was only possible if everyone could participate in society in material, cultural and linguistic terms. She therefore pointed to the Municipality's financial commitment to social welfare: this year, Strassen would allocate around €1.4 million to that item. She flatly opposed any attempt to cut back on that specific budget line. She also welcomed the investment in affordable housing, which she regarded as an essential pillar to help the most vulnerable in society, and she called for a guaranteed supply of low-rent housing to meet demand.

She then welcomed the budget allocated to education and extracurricular facilities, which allowed children to benefit from cultural outings, enriching projects, educational camps, and good supervision. She

emphasised that this level of investment in schools was not a given in all municipalities. She also applauded the support given to young people and organisations working with teenagers: this was key for personal growth, the development of social skills and equal opportunities.

Like every year, she had reviewed the energy performance of municipal buildings: although €200,000 had been budgeted, only €50,000 had been spent. She hoped for a turnaround in 2026. On the other hand, she welcomed the efforts deployed to protect the environment and biodiversity, particularly through projects carried out in cooperation with Sicona (Nature Conservation Association for Central and Western Luxembourg), some of which had received awards and co-funding. However, she was saddened that there was still insufficient support for private biodiversity initiatives, e.g. hedge planting, the replacement of gravel with living gardens, or combating soil sealing.

She then raised the issue of water prices, which remained below cost. Nothing had been done to resolve this, yet more realistic pricing could encourage water-saving and the installation of rainwater harvesting systems.

Concerning soft mobility, she believed that €25,000 for cycle paths was far from sufficient. She shared her personal experience of the dangers of cycling, particularly when having to share the road with cars. She therefore called for the infrastructures to be adapted to come into line with the Municipality's stated cycling ambitions.

She commended the Municipal Council's intervention regarding the social housing units on Rue Henri Dunant, noting that although the responsibility did not lie directly with the Council, it had taken charge of the situation. She described this as a significant gesture, which prevented the residents from finding themselves in a precarious situation.

Finally, she concluded by emphasising that the investments planned by the Municipality were neither superfluous nor risky, but indeed necessary. She acknowledged that the financial reserves were dwindling but insisted that those expenditures were made in the name of quality of life and with the aim of building a

vibrant and pleasant town centre for the children, municipal staff, and the elderly who wished to grow old in their town. She argued that future loans, if well-targeted, constituted useful investments to maintain and enhance well-being in Strassen, a municipality which remained a particularly pleasant place to live in the eyes of many residents.

Mayor Nico Pundel (CSV) responded by underlining just how essential social inclusion was. It was not limited to housing, it encompassed a whole range of projects, such as those linked to the Haff Schmit or other meeting places, and for which Strassen was seen as a pioneering municipality. He pointed out that inclusion did not concern only people with disabilities, but all segments of the population.

He confirmed that the efforts made in the areas of education and the Maison Relais were significant. The goal was to provide high-quality non-formal education, whether by means of collaboration with sports clubs or through educational activities in the forest and in educational gardens.

He added that young people now had a space of their own and that the support provided to them had improved considerably in recent years. Finally, he addressed the issue of soft mobility, noting that a sports coordinator would be working on expanding the recreational sports offer, including evening sessions for those who worked during the day. Regarding energy efficiency improvements, he mentioned the tasks undertaken by the recently recruited municipal technician for the Environment Department, who would oversee technical projects jointly with a colleague who was more specialised in biological matters.

Regarding water prices, cycle paths, or the link with the city of Luxembourg, he confirmed that projects were underway, sometimes in cooperation with neighbouring municipalities. That said, some decisions were slow in materialising. He also acknowledged that some cycle paths lacked lighting, and in the face of the State's inaction, the Municipality was now considering funding this itself.

Councillor Paul Klensch (LSAP) painted the following picture of the Municipality of Strassen: cosmopolitan

and attractive, with a population of over 10,000 inhabitants thanks to its proximity to Luxembourg City, seamless connections to the public transport network, and a diverse range of community groups and green spaces. In his view, the Municipality had developed over the decades, evolving from a simple farming village into an urban suburb. He urged both current and future authorities to continue investing in sustainable and innovative transport solutions, even boldly suggesting the idea of a driverless minibus to connect the various neighbourhoods.

He then highlighted the changes introduced since the waste tax reform in 2021, emphasising the many steps taken in favour of sustainable development: reducing packaging, supporting local businesses, as well as setting up Repair Cafés and the Givebox. He was pleased to note that the deficit related to waste management had not only been eliminated, but that by 2025 the Municipality would have a surplus of €450,000. For the third consecutive year, he encouraged the Municipal Council to consider redistributing this surplus for the direct benefit of citizens, either in the form of tax cuts or through targeted support: enhanced environmental policies, support for young people and the elderly, or strengthening the Municipality's resilience, notably through autonomous energy projects under the "LëtZ Prepare" initiative.

He also emphasised the importance of investing in drinking water and wastewater treatment infrastructures, mentioning the Tennebiërg and Brameschbiërg springs, which could cover around 30% of daily needs. He referred to the water quality incident during the "Stroossefestival 2025" weekend, believing that the planned training would prevent such situations from recurring. He welcomed the fact that the Municipality continued to focus on self-sufficiency to strengthen its resilience.

However, he pointed out that this growth – with the population having risen by 40% in recent years – also incurred structural problems: rising rents, heavy traffic, noise and air pollution, crime, insecurity and vandalism. These challenges, although global in nature, had to be addressed on a local level. He added that, despite everything, the budget remained sound, providing the necessary resources to launch or continue numerous

key projects such as the Skatepark, the football stadium, the mortuary, car parks, school facilities, the renovation of the Barblé Centre, the CIPA (Integrated Centre for the Elderly), and the redevelopment of the town centre.

He mentioned the young of Strassen, praising the attention paid to their proposals, and gave the example of a 3D printer requested by the "Kannergemengerot" (Children's Municipal Council), which could form part of a broader approach to educational digitalisation, in line with the "STEAM Makerspace" in the coalition's programme. He was sorry that such initiatives did not yet feature in the 2026 budget and encouraged the Municipality to support them.

He went back to the subject of security, commending the installation of CCTV in the town centre. However, he called for further action to improve security in schools and their surroundings, suggesting the possibility of locking school playgrounds up during school hours.

He welcomed Strassen's exemplary position in the field of social housing but called upon the Municipality to continue exercising its right of pre-emption to create affordable or intergenerational housing projects. He reminded the councillors of the call made in 2023 by Minister Max Hahn to make municipal land available for modular accommodation facilities – a proposal he hoped to see come to fruition in Strassen.

Finally, as the Chair of the Culture Committee, he underscored the role of culture in social cohesion, highlighting flagship events such as the "Strassen Contemporary Art Biennale", the "Stroossefestival" (which had been extended to two days), the "Open Air Stroossen" as part of the "Fête de la Musique" (Music Day), and local exhibitions. He advocated going further, for example by creating an artist's residency or providing Tiny House studios for artists. He also supported the roll-out of free Wi-Fi in public spaces, particularly in parks, sports facilities and the future Maison des Jeunes (youth club), with the aim of establishing Strassen as a true smart city.

He concluded by stating that he would vote in favour of the proposed budget, as it addressed the fundamental needs of the population in terms of well-

being, quality of life, security, education, housing and social integration. On behalf of the LSAP, he extended his thanks to everyone involved in drafting the budget and in the day-to-day running of the Municipality, noting that they were the ones who brought the budget to life, alongside the residents and elected representatives.

On behalf of the CSV, Councillor Laurent Braun (CSV) expressed his gratitude to the College of the Mayor and Alderwomen – in particular the Alderwoman for Finance – as well as all to the municipal staff who had contributed to drafting the budget.

In his view, the budget presented was in line with those of the previous years: a stable budget characterised by the necessary investments to pave the way to the future, while maintaining a sound financial base. He welcomed the grants secured, notably two €500,000 subsidies from the Ministry of the Environment to remove concrete and re-green some municipal areas.

He then emphasised the specific environmental protection measures included in the budget: around two million euros would be invested in the installation of solar panels, mainly on the football pitch and school buildings. He mentioned the ongoing discussions regarding cooperative models or energy communities to further expand such infrastructures.

In line with this energy transition strategy, €250,000 had been allocated to the modernisation of street lighting by means of the gradual replacement of the current lights with LEDs. €200,000 had been earmarked for energy efficiency improvements to municipal buildings, and €300,000 had been reserved for grants for residents wishing to install heat pumps or solar panels. He pointed out that even though some budget lines had not been fully utilised in previous years, in no way did this affect their importance.

He put the rise of energy costs into perspective, noting that gas and electricity prices were expected to fall in 2026. Furthermore, switching electricity suppliers, along with the State covering part of the network costs, was expected to help reduce actual expenditure compared to the forecasts.

Turning to the issue of waste, he pointed out that the move to the “polluter pays principle” had led to significant improvements. He also highlighted that €600,000 had been earmarked for the maintenance of parks, stating that green spaces would continue to be maintained and enhanced.

He then returned to the issue of drinking water, a particularly sensitive topic following concerns arising from the 2025 incident. He took a reassuring stance, stating that although no health risks had been confirmed, the Municipality was investing heavily in this area: €200,000 for technical equipment, €300,000 for the modernisation of the Brameschbiërg spring, and €300,000 for network refurbishment works. At the same time, €25,000 had been allocated to the installation of public drinking fountains to ensure water access for all, including in public places.

On the subject of quality of life, he was delighted that the redevelopment project for Rue des Carrefours was finally moving forward with a budget of €800,000, which he hoped would help reduce traffic on this busy thoroughfare. He also mentioned the first budget items relating to the future development of the town centre, including the extension of the Town Hall, which had become necessary due to the significant growth in municipal staff numbers (17 additional full-time employees in one year). He emphasised the importance of easy, responsive and efficient access to municipal services, which he believed constituted the most direct point of contact between the State and citizens.

Mayor Nico Pundel (CSV) confirmed that the Municipality intended to make use of State subsidies whenever they were available, while complying with their conditions. He pointed out that the maintenance of green spaces – for which the Municipality worked with five to six contractors in addition to its own teams – aimed to preserve biodiversity while maintaining an attractive urban environment.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then intervened to clarify that the redevelopment of Pescher Square had already been included in the neighbourhood’s original master plan. It had been agreed that the area would remain closed during the construction of the final residential buildings, before

being transformed into a green neighbourhood square equipped with benches and potentially lined with café terraces. She was delighted that this project was now coming to fruition, with the added benefit of a generous subsidy, making it a wonderful opportunity to further improve the local living environment.

Councillor Tun Gierenz (CSV) was quick to point out the fundamental importance of the municipal budget in enabling citizens to live together in a harmonious, multicultural society. Beyond individual fulfilment, it was essential to build a supportive community where everyone could rely on each another. In this regard, he highlighted the irreplaceable role of local associations, which he said represented the true heartbeat of the Municipality. These associations brought together all generations, from the youngest to the oldest, allowing people to cultivate shared passions, whether it be sport, music, culture or the Scouts.

He underscored the Municipality's commitment to actively supporting these community organisations by means of financial grants, access to facilities or the support of municipal staff, particularly the Sports Coordinator. He was delighted that the Archery Club would be given a new protective curtain for its hall this year, which would greatly improve training conditions. He also mentioned the refurbishment of the Fräiheetsbam Chalet, an important venue that could be used better by associations and host more community activities in the future.

He continued by saying that cultural and festive events, such as exhibitions or festivals, simply would not exist without the involvement of local associations. He then mentioned the exhibition showcasing works by artists from Strassen and Luxembourg from the 1930s to the 1960s.

Turning to the subject of young people, Councillor Tun Gierenz (CSV) was pleased about the efforts made regarding the new Maison des Jeunes (youth club): it was an attractive and modern space offering a concrete alternative to passive leisure activities. He added that the Municipality was also investing heavily in education, not only through new infrastructures (e.g. the new school and the extension of the Ben Heyard School), but also by supporting top-quality school programmes

delivered by highly committed teaching staff. He also mentioned the role of the Music School, which was adequately funded so it could offer a wide range of activities for all age groups.

On the subject of mobility and transport, he mentioned the importance of a safe and accessible network that promoted alternatives to private cars, particularly cycling and the Bus@stroossen service. He acknowledged that developing cycle paths within an older urban infrastructure remained a challenge, but said there was the political will to continue pursuing those efforts.

On housing, he acknowledged that the problem went far beyond the remit of a single municipality but stressed the role that Strassen could play, adding it had the obligation to act. The Municipality continued to invest in affordable housing projects, namely Tiny Houses and low-rent flats, while encouraging the Social Office to support citizens in need. In 2025, 110 applications for housing assistance were processed, which was evidence of this real need.

Finally, he concluded by telling the members of the Municipal Council that, despite the numerous investments made in recent years, the Municipality remained debt-free in 2026, with a budget surplus of €840,000. In his view, these investments were essential to prepare Strassen to meet the challenges of the future, and they should be seen as forward-looking choices, designed to avoid costly delays in the long term.

Mayor Nico Pundel (CSV) in turn underscored the importance of the local associations, which he thought embodied the very identity of the community. He pointed out that the Municipality supported its associations not only by means of direct grants, but also by providing ad hoc practical assistance (e.g. lighting, equipment and infrastructure) to help them organise their events. The refurbishment of the Fräiheetsbam Chalet was also a priority, as it would allow for a wider range of uses.

On the education front, he explained that the Municipality was following a clear strategy: the construction of a new school, the extension of the Ben

Heyard School, and the gradual repurposing of other buildings, particularly to ensure the long-term future of Cycle 4 in Hueflach. Regarding transport, he said that one of Strassen's three school buses was electric – an uncommon feat in Luxembourg – and that the Bus@stroossen was also 100% electric.

As to housing, he mentioned the municipal pre-financing scheme, which allowed residents to become homeowners and purchase dwellings at cost price only, without having to pay for the land. He added that the Social Office was recognised for the quality of its work, as was the team at the Maison des Jeunes (youth club), which proposed innovative projects to engage local young people.

He concluded by briefly returning to the “Fit duerch de Summer” (“Fit throughout Summer”) initiative, a successful sports programme which would be extended through the “Sport Loisirs” (sport and leisure) programmes, under the coordination of the new municipal Sports Coordinator.

Councillor Andrew Butler (CSV) took the floor with a touch of humour and poetry, highlighting the need to improve communication regarding the budget. In his view, Strassen was changing, growing and transforming, and this called for corresponding decisions. By 2030, there would be over 11,500 inhabitants in Strassen, which represented a major turning point requiring both foresight and ambition.

He mentioned the social aspects of the budget, in particular social protection, integration, the elderly, culture, adult education, and housing. He thought that these areas constituted the foundations of successful community life. He pointed to the numerous requests made to the Municipality, as for instance the 59 housing-related enquiries, a significant proportion of which concerned social assistance, living conditions or health. In this regard, he congratulated the Social Office chaired by Ms Josée Majerus on its work.

He then returned to the success of Strassen's Social Inclusion Project (PINSS), which offered woodwork, cooking and creative workshops, thus promoting inclusion and integration through practical, collective experiences. He also emphasised the importance

of the Committee for Intercultural Coexistence, in which he was personally involved, and which organised community-building events such as an international food festival, scheduled to take place again next year.

Speaking of senior citizens, he mentioned the Christmas party organised for the elderly with dedicated local transport, and which was a great success. He stressed the importance of maintaining such initiatives to combat isolation and foster connections. He also spoke of the dynamic “Aktiv Plus Stroossen” club and expressed his support for the construction of a new CIPA (Integrated Centre for the Elderly) building: it was essential, well-located, and would provide proper care for the elderly.

He was glad about the waste-reduction efforts at the Christmas Market, particularly by means of washable and reusable tableware. He encouraged the Municipality to go a step further in terms of cybersecurity by offering training for the residents. This was a subject close to his heart. He also underscored the importance of Luxembourgish and French language courses as a means of fostering inclusion, integration and civic participation. Indeed, he attended them himself.

Turning to accessibility, he welcomed the development of an inclusive playground near the children's hospital, the speech therapy centre and the future tram stop. This project, unique in the country, would allow children with disabilities to play freely in a space designed for everyone.

He then mentioned two upcoming infrastructure projects: the new mortuary, which was crucial to provide families with a dignified place to gather outside a religious setting, and the new pharmacy, which would be built on the site of the old pavilion. He said that these projects met a real need and demonstrated the Municipality's commitment to the quality of life of its residents.

Councillor Andrew Butler (CSV) concluded with a poetic image: “Be like a tree. Stay rooted. Connect to your roots. Turn a new page next year. Bend, but do not break. Appreciate your natural beauty. It is the fruit of your commitment.”

Mayor Nico Pundel (CSV) in turn highlighted the importance of social projects such as the PINSS, Strassen's Social Inclusion Project, which had become true pillars of the Municipality's work. He encouraged the initiative to run stalls at the local market to raise the profile of intercultural and solidarity-based initiatives.

He also reflected on the end-of-year "Mëttesdësch" and the Christmas party for senior citizens, which had attracted 150 and 250 people respectively. This reflected this age group's intense need for social connection. He announced that in 2026, three residents of Strassen would be celebrating their 100th birthdays, a positive demonstration of active population ageing.

The Mayor also spoke of the good quality of the latest Christmas Market, particularly thanks to the diversity of the stallholders and the involvement of local associations. He addressed cybersecurity, a topic he considered a true cause for concern, and acknowledged that despite the Municipality's efforts, the threats were evolving faster than the erection of defences.

Finally, he reaffirmed the symbolic and human value of projects such as the inclusive playground, the mortuary and the new pharmacy, which formed part of an overarching vision of a more united, more accessible and more humane town. In turn, he echoed the words of Councillor Andrew Butler, addressing them to everyone: "Be like a tree. Stay grounded." This was a saying that all political groups should bear in mind when carrying out their projects.

Councillor Lise Jørgensen (DP) appreciated the diversity of the projects proposed in the budget, which she found to be inclusive and suitable for all age groups. Just this morning, she had attended a Saint Nicholas celebration, where the enthusiasm of the children singing in unison had given her a vibrant sense of life and energy.

She underscored the wealth of community life in Strassen, saying that the Municipality offered everyone – children, young people and senior citizens – a place and a voice. In her view, the breadth of initiatives was not only invaluable, but it also reflected local cohesion. Councillor Lise Jørgensen (DP) then mentioned her personal attachment to a culture of exchange, as she

had experienced it in her home country in the form of being together, sharing ideas, and collaborating in practical ways.

She was delighted to see that this collective spirit also animated Strassen in cultural, social and educational projects. For her, it was a privilege to be able to live in Strassen, especially in a world where tensions were on the rise. She said people lived well in this town, they lived together, and that deserved to be recognised and valued.

Mayor Nico Pundel (CSV) immediately picked up on this point and spoke of good fortune, something he often referred to: the simple fact of being born in Luxembourg was already a tremendous privilege in a global context. The many ongoing projects were not a luxury, they were necessary for the development of the Municipality.

He talked of the lively atmosphere at events such as the morning concerts and of the vitality of local stakeholders. He paid tribute to individual talents, such as Ms Caroline Medernach, who was involved in the children's choir, or Mr Ben Seil, the conductor, without forgetting to mention that it was thanks to collective support that such talents could flourish fully.

To conclude, he returned to the agenda, i.e., the votes on the proposed amendments, namely those concerning the increase in the IT budget tabled by Councillor Nicolas Kandel (DP) on behalf of the DP.

Councillor Paul Klensch (LSAP) took the floor to welcome this proposal, which he wished to expand upon. He recalled that the Municipality had at one time provided tablet computers to the councillors for the easier digitisation of documents. However, he noted that today, most used their personal devices, which posed a data security problem.

He insisted on the importance of providing elected representatives and departments with secure equipment, particularly in anticipation of the announced intranet. He highlighted the risks of cyberattacks on sensitive data, particularly that managed by social services, and believed that a significant improvement was necessary to guarantee the integrity and confidentiality of information.

Mayor Nico Pundel (CSV) proposed putting the amendment to the draft budget as presented to the vote. He then moved on to the approval of the amended items included in the list he had previously set out, all of which appeared in the budget as presented. He invited the members of the Municipal Council to vote on their adoption.

The vote continued with the amended 2025 budget. The Mayor pointed out that total ordinary revenue stood at €65 million, compared with total expenditure of €47.294 million. As regards extraordinary expenditure, revenue amounted to €5.213 million, while expenditure was €41 million. This resulted in an ordinary surplus of €17.787 million and an extraordinary deficit of €35.912 million. Taking into account the surplus carried forward from the 2024 tax year, which totalled €34.5 million, the overall ordinary surplus was €52.329 million, while the extraordinary deficit remained unchanged. Thus, the projected surplus for the amended 2025 budget totalled €16.417 million. He then asked the members of the Municipal Council whether the budget could be adopted in this form.

The discussion on the 2026 draft budget then began. Councillor Nicolas Kandel (DP) took the floor to thank the majority for incorporating some of his party's proposals. He hailed this gesture as a small yet very meaningful step. He once again mentioned the quality of the work carried out in preparing the budget, and underlined the importance of the planned investments, particularly in infrastructure projects, which were not merely a matter of political ideology but of concrete necessities (e.g. the expansion of the school or the Town Hall). He found it encouraging that the Large-scale Projects Committee had been established. He then reiterated the DP's wish to work constructively with the majority, saying it wanted to contribute to the development of Strassen and would cooperate to pushing projects forward in a collegial manner. However, despite these positive points, the DP had decided not to vote in favour of the 2026 draft budget. The Councillor hoped that the comments made would be taken into account going forward, in a spirit of enhanced collaboration.

The Mayor replied by saying that, even though the DP did not formally support the budget, at least

it acknowledged the progress made in terms of democratic inclusion. In his view, a significant step had been taken, even if the opposition had opted not to see it through to the end.

He went on to present the figures for the 2026 draft budget: the ordinary revenue was estimated at €66,361,000, with expenditure of €51,698,000, resulting in an ordinary surplus of €14,663,000. Adding the surplus carried over from the previous year (€16,416,000), the overall ordinary surplus reached €31 million. On the extraordinary side, revenue amounted to €10 million and expenditure to €40,960,000, resulting in a deficit of €30,239,000. The projected overall surplus for 2026 stood at €840,690.

He then submitted the budget to the Municipal Council for approval, concluding that, unlike other municipalities, Strassen would indeed have a budget for 2026, which would allow it to continue its work efficiently from the start of the year.

The votes took place as indicated below.

The first vote on the amendments tabled by Alderwoman Anne Arend (CSV) was passed unanimously.

The second vote, incorporating the comments of the DP and Councillor Paul Klensch (LSAP), was also passed unanimously.

The third and fourth votes, relating to the parts of the amended budget adopted unanimously in 2024, were also adopted unanimously.

The fifth vote, concerning the remainder of the 2025 amended budget, received five votes against; the rest of the members of the Municipal Council approved it.

The sixth and final vote on the 2026 draft budget also received five votes against (those of the opposition (DP)), and a majority of votes in favour.

2. Approval of the estimate for the extension of the Town Hall.

Mayor Nico Pundel (CSV) noted that the project had recently been presented to the Large-scale Projects

Committee. Adjustments had been made: the height of the building had been reduced by removing one floor and relocating the technical installations to the basement. This new configuration not only allowed for the building's better integration into the urban landscape but also reduced the project cost by approximately one million euros, bringing the estimated budget to €25,113,000.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) spoke favourably of some aspects of the revised project, notably that it provided for a more harmonious silhouette for the centre of Strassen. However, she bemoaned the fact that the Council members had not had the opportunity to consider the various alternatives at an earlier stage. She thought that greater involvement at the outset would have allowed for a more fruitful collective discussion. She also noted that the financial statement allocated nearly three million euros for the integration of the existing building, and questioned the relevance of certain expenditure items, such as the connections planned on each floor, which could have been designed differently.

Councillor Paul Klensch (LSAP) broadly supported the project but expressed similar reservations. In particular, he spoke of the savings made by removing a floor (equivalent to around twelve workstations for one million euros). For that amount of money, it would have been preferable to retain this floor in view of future needs. However, he welcomed the decision to place the technical systems in the basement, which opened the possibility of future extensions.

The Mayor replied that the savings made were not exactly one million euros, as relocating the technical installations also involved significant structural adjustments. He pointed out that the building as proposed was designed to last for the next twenty years and that two additional floors could be added in the future if necessary. He added that the three initial competition entries for the new school had all incorporated a vision for the extension of the Town Hall, even if it was not always perceived as such. He pointed out that these elements were visible on the plans, but some details may have gone unnoticed if one focused solely on the school.

Councillor Marc Fischer (DP) expressed a dissenting view within his party, stating that he would vote against the project. This architectural choice was not aligned with his personal taste nor with his vision of urban development. It was his firm belief that aesthetics played an important role in the image of the Municipality.

In conclusion, the Mayor stated that diversity of opinion was essential in a democracy. He then put the amended estimate of €25,113,000 to the vote. The result of the vote was as follows: one vote against, four abstentions, with the remaining councillors voting in favour of the project. The Mayor announced that the project had thus been approved for the second time in six months, the first approval having taken place at the meeting on 12 July.

3. Adoption of the master plan for the redevelopment of the town centre.

From the outset, Mayor Nico Pundel (CSV) made it clear that this step was not the approval of a concrete or final project. Instead, it concerned a framework plan and was the result of discussions held to date. The document at hand aimed to establish a common basis, allowing everyone to express themselves freely without fear of breaching any confidentiality. The plan remained flexible, and each sub-project (e.g. the car park, the square's layout or access routes) would be presented separately in due course. The goal was to have a clear guiding principle, while keeping the possibility of future adjustments.

Councillor Daniel Thein (DP) welcomed the initiative underlying the framework document, which offered the opportunity to construct a coherent future for the town centre. He saw this plan as a clear improvement on the current situation, particularly with regard to landscaping and the creation of a pleasant public space. However, he pointed to the need to think beyond the strictly defined perimeter of the plan, namely by incorporating Barblé Park or other surrounding areas to avoid a patchwork of disconnected projects. He also argued that the space should not remain purely aesthetic but should be brought to life by useful elements such as cafés, shops, and health services, to ensure a regular and sustainable level of footfall.

The Mayor shared this vision. He said the upper part of the site had particular potential, especially around the fountain, and it deserved to be included in the expanded plan. He confirmed that developments towards the south, in the direction of the schools, would be in line with this master plan.

Councillor Nicolas Kandel (DP) welcomed this plan and hoped that his party would also be involved in the implementation phases. He insisted on the importance of clear communication, particularly with the public, to prevent the spread of rumours or conflicting information. As an example, he mentioned a rumour concerning a possible temporary marquee costing €25,000 per month, thus highlighting the need to better inform elected representatives about the actual stages and intentions of given projects.

The Mayor replied that the project plans had not yet been finalised, not even at the level of the College of the Mayor and Alderwomen. The works were currently being defined, and any decision or presentation would follow within the framework of the relevant committees. He also refuted the figure of €25,000, stating that such speculations were unfounded at this stage. As regards imminent works, the only plan was to upgrade the doors at the Barblé Cultural Centre soon to ensure accessibility. The rest would have to wait until the overall project had been finalised.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then asked about the plans to renovate the Barblé Cultural Centre, which had been mentioned during the budget presentation. She wanted to understand whether a partial refurbishment of the flooring had been planned independently of the overall project.

The Mayor confirmed that the only work that had been scheduled at the time of the meeting was the work on the doors. The rest was subject to the definition of the scope of the works.

Councillor Marc Fischer (DP) concluded the discussion by expressing his support in principle for the direction taken but said he would abstain for the time being. He wanted to wait until the specific projects had been evaluated in detail. He also mentioned interesting

opportunities in certain areas, such as the vicinity of the Spuerkeess, which could accommodate new services or uses.

There was one abstention in the subsequent vote. All the other members of the Municipal Council voted in favour of adopting the master plan.

4. Adoption of an agreement with SUDENERGIE.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the Municipality of Strassen was considering changing its electricity supplier, switching from Enovos to SUDENERGIE. The decision was mainly an economic one: SUDENERGIE was quite simply cheaper.

SUDENERGIE was a municipal supplier, comprising several Luxembourg municipalities, whose aim was to provide citizens with electricity at the most competitive price possible. Unlike Enovos, which had not even responded to the Municipality's request to transfer its 160 meters, SUDENERGIE had been proactive and was offering a tariff that was approximately two cents lower per kilowatt-hour. In addition, an "Energiewäert Premium" tariff of 0.2 cents per kilowatt-hour would be applied, guaranteeing that the power came exclusively from installations that were less than six years old and therefore more in line with current technological standards.

By way of comparison, the equivalent tariff at Enovos cost around 0.35 cents more, which further reinforced the financial benefits of switching suppliers. With an annual consumption of around 1,600 MWh, the estimated savings would be at least €30,000 per year. None of the councillors present opposed this proposal. There was only one request for a technical clarification on the terms of the agreement, particularly concerning the installation of a solar power plant on a municipal car park. Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the authorisation from the Municipal Council had been sought solely for this installation, as it concerned land belonging to Strassen.

The decision to adopt the agreement with SUDENERGIE was approved unanimously.

5. Traffic:

a) Amendment to the General Traffic Regulation (Amendment 23)

Councillor Maryse Bestgen (déi gréng) explained that several changes had been planned, namely regarding a number of connecting paths that were now open to cyclists, and which would require signage changes. The routes in question were located from the N34 to Rue Marie Curie, between the N34 and the Skatepark, between Rue des Primeurs and Rue des Potagers, and on the connecting paths between Rue Michel Weyrich, Rue Thomas Edison, Rue des Primeurs and Rue Kaltacht. On all these routes, the signs would be modified to indicate that the roads were also open to cyclists.

A second change concerned the charging points for electric cars. Until now, residents of Strassen could park on those spots with their permits for an unlimited duration. This would no longer be allowed and parking there would be limited to a specific duration (two, three or four hours, depending on the place), as indicated by the new signs. This measure applied in particular to the Bourmicht Z.A.I. – Rue du Puits Romain, Rue des Ardennes, Rue des Capucines and Rue de la Chapelle.

Thirdly, three new parking spaces reserved for people with reduced mobility (PRM) would be created near those individuals' homes, in order to meet their specific needs.

She also mentioned that signs had already been installed near the Maison Relais in preparation for the planned development in that area. Another change concerned a specific spot located between two houses that local residents seemed to believe was their reserved parking space. To prevent any misunderstanding, the Municipal Council would now put up a clear sign there.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked for clarification regarding a point where it is stated that parking was prohibited along the entire length of one of the lanes. She was surprised by that statement, given that there were no signs there.

Councillor Maryse Bestgen (déi gréng) replied that by law, no one could park there, but a sign was required if the Municipality wished to make this clear and enforceable.

Alderwoman Anne-Marie Linden (déi gréng) added that on a standard street with no specific ban, in principle, any vehicle could park for maximum 48 hours, and this was the case if nothing explicitly prohibited it.

The amended regulation was adopted unanimously.

6. Amendment to the “meals on wheels” rates.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that this price review had already been discussed at length. It aimed to adjust the rates to current circumstances.

It was therefore proposed to increase the standard rate from €8 to €12 per meal to come closer into line with the actual cost of the service. For beneficiaries whose monthly income did not exceed €2,540 (indexed to 68.04), the reduced rate would rise from €3.50 to €5.

Councillor Marc Fischer (DP) briefly took the floor to welcome this decision. He emphasised that although it may seem paradoxical to welcome a price increase, this revision had been long overdue. In his view, the failure to review rates for twenty years had created a significant gap. He also highlighted the importance of regularly reviewing the entire municipal list of fees, particularly taxes, to prevent massive budget losses in the long term. In his opinion, this approach was a step in the right direction and it should be replicated systematically.

The proposal was adopted unanimously.

7. Amendment to the Riedgen Centre rates.

Mayor Nico Pundel (CSV) began by saying that the increases had already been introduced on 1 September 2025 for current residents. However, in order to better balance costs, particularly following the Covid-19 pandemic and the introduction of additional services, a updated fee table had been announced for new residents as from 1 January.

These new rates would be €1,990 per month for a person living in a 53 m² flat and €2,150 for a person in a 57 m² flat. Couples would pay €2,190 and €2,350 respectively. Parking fees would remain unchanged.

Furthermore, a 5% increase to existing rents was under consideration, but only as from 1 September 2026. This would allow forward planning without resorting to an interim procedure. Despite this significant rise, the Mayor said that the rates were still lower than those charged in many other municipalities. He also added that the State offered subsidies for social housing, which was not the case previously.

As a symbolic gesture, Councillor Nicolas Kandel (DP) proposed to also increase the parking fee for local residents in order to encourage a reduction in the number of cars, but the Mayor responded that the Municipality no longer allocated the parking spaces to residents.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) mentioned that the original purpose of the Riedgen Centre was to provide sheltered accommodation to people who were still independent. She was saddened by the fact that this initial model had evolved towards more intensive care without any prior review of the agreement with the service provider, Sodexo. She called for in-depth consideration and a possible renegotiation of the contract to adapt the services and costs to the current reality.

The Mayor replied that the Riedgen Centre remained classified as sheltered accommodation and it could not legally offer more intensive care. Future developments, namely through the creation of a CIPA (Integrated Centre for the Elderly) nearby, would allow services such as the reception and the restaurant to be streamlined.

Councillor Paul Klensch (LSAP) raised a legal question regarding the possibility of an annual review of rents, when standard housing was subject to a biennial review rule. The Mayor confirmed that sheltered accommodation, which benefited from services, was not subject to this restriction.

Councillor Daniel Thein (DP) welcomed the new transparency provided by the operating accounts. Nevertheless, he enquired about the condition of the vacated flats. The Mayor explained that they were renovated as required, repainted and sometimes refurbished if necessary.

Councillor Marc Fischer (DP) concluded by emphasising the need to combine increased revenue with expenditure control. He called for the Municipal Council not to limit itself to a systematic increase in rates, but also to consider avenues for structural optimisation. The proposal for the new rates was adopted unanimously.

8. Adoption of a resolution against the Cattenom nuclear power station.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the topic by explaining that this resolution, which was now being presented to the members of the Municipal Council, had been revised by the Municipality itself. Indeed, the initial motion had been put forward by a national alliance of municipalities and had expressed opposition to nuclear energy on a global scale. The Municipality of Strassen wanted to express its clear opposition to the extension of the Cattenom power station but preferred to limit itself to a targeted statement, remaining mindful of the complexity of the regional energy supply setup.

The Mayor pointed out that part of Luxembourg's electricity supply still depended on the French grid, which included nuclear power. A position of outright rejection of this source could therefore have serious repercussions, particularly for the local industry. As a result, the proposed resolution remained realistic: it clearly opposed the extension of the Cattenom power station's lifespan, without rejecting nuclear energy outright.

Councillor Laurent Braun (CSV), the author of the final version of the text, explained that the resolution had drawn from the positions of the Alliance of Municipalities Against Nuclear Energy and had brought the Cattenom plant back into focus. He explained that the facility had been designed for a lifespan of forty years, and this was drawing to a close. Extending its operation beyond that date raised major safety concerns. The resolution also highlighted the importance for Luxembourg and its municipalities of investing in sustainable and local energy sources, without taking a broader stance on nuclear power as a technology.

Councillor Nicolas Kandel (DP) welcomed the text, which he considered to be a faithful reflection of the

discussions that had taken place within the Municipal Council. He said that the wording accurately depicted the consensus.

The text was adopted unanimously.

9. Adoption of a tax regulation relating to community facilities.

Alderwoman Anne Arend (CSV) introduced the topic by pointing out that this regulation, which had already been proposed in July 2024, had been rejected by the Ministry at the time. She said that the aim was to review an existing tax that had not been updated since 2007. To date, it had been based on a fixed rate per dwelling (€325), but this no longer reflected the circumstances, particularly in light of the numerous new PAPs (Special Development Plans) underway which involved significant municipal investments in infrastructures (e.g. schools, playgrounds, etc.).

The Ministry had called for a reform based on square metres rather than on fixed amounts, so the Municipal Council was now proposing a rate of €15 per m² for dwellings, including integrated housing, and €7.50 per m² for furnished rooms. Although the latter category was more difficult to regulate administratively as it did not require planning permissions, its own tax was warranted, given the potential increase in occupancy density and the resulting pressure on public facilities.

Furthermore, for non-residential buildings, a rate of €10 per m² was proposed, in line with the ministerial recommendations. Certain outbuildings (Annex 3 of the PAP (Special Development Plan)), such as garden sheds, garages or carports were exempt because they were deemed not to have any impact on public infrastructures.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that all the proposals had been discussed and approved by the Ministry. There was a written confirmation to back this up to prevent a further rejection and ensure that the present version of the regulation could be approved swiftly.

Councillor Marc Fischer (DP) expressed his satisfaction that this long-neglected issue was finally being

addressed. He proposed that a general catalogue of municipal taxes be drawn up. It should be regularly revised to avoid major catch-up exercises in the future and allow for the better planning of the necessary adjustments.

The regulation was adopted unanimously.

10. Allocation of grants to humanitarian projects.

Mayor Nico Pundel (CSV) briefly presented the beneficiaries.

A sum of €4,000 was allocated to a project abroad run by CVED (Cap-Vert Espoir & Développement).

In Luxembourg, several associations and initiatives would receive support: Inter Actions – First Response Service, €3,500; Stëmm vun der Strooss – Kannerstëmm, €3,500; Leederwon asbl, €3,500; Ligue HMC, €3,500; Maison de la Porte ouverte – Maison Siche, €3,500.00; and D'Stëmm vun den lwwerliwenden asbl – La voix des survivantes, €3,500.

The motion was passed unanimously.

11. Urban Planning:

a) Approval of the agreement and the implementation plan under the “GAASCHTBIERG PAP PART 1”

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that this item concerned the last residential property on the right-hand side of Route d'Arlon, just behind Conforama. The agreement related to a plot of land covering an area of 7.09 ares. As a result of this development, a new street would have to be built at an estimated cost of approximately €58,000. The agreement provided for the transfer of 28% of the land to the Municipality, with an obligation to commence the works within 12 months and complete them within 18 months. All the necessary infrastructure (e.g. roads, utilities) would have to be put in place before the street was handed back over to the Municipality.

No comments were made, and the members of the Municipal Council voted unanimously in favour of the agreement.

b) Issuance of an opinion under the amended Act of 25 February 2022 on Cultural Heritage

For the second item, the Mayor submitted an opinion to be issued under the amended Act of 25 February 2022 on Cultural Heritage. It concerned an urban development project on Rue des Carrières, linked to a PAP (Special Development Plan) supported by the Housing Fund. The Ministry of Culture had issued an opinion requiring the preservation of a former 1970s bungalow, deemed unique and potentially constituting cultural heritage.

This listing required a revision of the plan, because some elements would have to be relocated to comply with this new requirement. The site remained buildable as a whole: the area lost at the bottom of the plan would be offset by an increase in buildable area in the upper part of the Special Development Plan (PAP). The Municipal Council was asked for its opinion and had adopted a cautious stance: it was not an expert in such matters so preferred not to comment on the heritage value of the building, thereby avoiding any risk of future litigation.

The members of the Municipal Council expressed differing views. Councillor Nicolas Kandel (DP) lamented that a high-quality project had to be compromised for the sake of preserving a building he deemed unworthy and unnecessary.

Councillor Marc Fischer (DP) pointed out that the house had been unoccupied for seven years, meaning that the inside was probably in a state of disrepair.

Councillor Paul Klensch (LSAP) proposed a constructive alternative: rather than letting the site become derelict, he suggested turning it into a cultural venue, such as an artists' residence or a community space. There had been similar situations elsewhere in the region and in other municipalities in the south.

Councillor Martine Dieschbourg-Nickels (DP) supported this idea, highlighting the value of providing a new neighbourhood with a meeting place or a communal hall to foster a sense of community.

The Mayor said that if the property were to be listed, the Municipality would not purchase it. It would be up

to those who protected it to do something with it. He concluded that the Municipality's opinion would remain neutral, but that an addition would be made to the text suggesting that if the building was not inhabited, then it could benefit the neighbourhood.

The opinion was adopted unanimously, with the inclusion of this final comment.

12. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) closed the meeting with a word of thanks to all the members of the Municipal Council. He praised the constructive and respectful atmosphere that had characterised the year. He expressed his satisfaction at the work accomplished within the College of the Mayor and Alderwomen and shared his hopes for the upcoming year, which he said would be marked by numerous changes, both at the local and societal levels. He extended his most sincere wishes to everyone for 2026.

Councillor Nicolas Kandel (DP) then took the floor to share a historical anecdote: according to information from a relative, a porcelain crucifix that used to be in the mortuary was believed to be a work by the Luxembourgish 20th century artist Léon Nosbusch, in which case it would be an important local heritage piece. The Mayor undertook to investigate the matter. Councillor Nicolas Kandel (DP) also took the opportunity to wish everyone a Happy New Year and praise the quality of the discussions, recalling a motto he used to quote when he first started: "We play the ball, not the man."

Councillor Paul Klensch (LSAP) then conveyed a comment from the Youth Committee. He congratulated the Municipality on its efforts to establish smoke-free zones but drew its attention to the many cigarette butts behind the Brasserie, which was municipal property. He asked the Municipal Council to raise this problem with the tenant, because it was damaging to Strassen's image. The Mayor promised to pass on the request.

Councillor Andrew Butler (CSV) then raised a safety issue at the new football stadium: some steps were slippery, especially in wet weather. The Mayor said he would pass on the comment to the Technical Manager.

Alderwoman Anne-Marie Linden (déi gréng) made two comments. Firstly, she requested that a small barrier be installed around the brass band's podium during the Christmas market, to protect the conductor and the children from the risk of falling. Secondly, she thanked the Municipal Council for its support for the "Storyclub Stroossen" school project, which had enabled Year 5 pupils to write and present Christmas stories. She praised its educational value and hoped that such initiatives would be repeated. The Mayor said that this project was led by Greg Melmer, a teacher seconded to oversee such activities.

Councillor Marc Fischer (DP) asked to be provided with the updated total of the municipal staff's time savings accounts, which he had not yet received. He concluded on a note of tolerance, hoping that regulations adopted in future would not unduly encroach on individual freedoms, especially during this festive season.

The meeting was adjourned at 6.51 pm.



COMMUNE DE
Strassen

